

Susanne Feigl

FRAUEN IN VORARLBERG

Zahlen, Fakten und Probleme

**Herausgegeben vom Amt der Vorarlberger Landesregierung,
der Arbeiterkammer Vorarlberg und dem ÖGB Vorarlberg**

Für wesentliche Informationen und grundlegendes Datenmaterial sei den MitarbeiterInnen folgender Stellen herzlichst gedankt:

Innerhalb des Amtes der Vorarlberger Landesregierung dem Frauenreferat, der Abteilung Gesellschaft und Soziales, der Personalabteilung, der Abteilung Schule, der Abteilung Wohnbauförderung und der Landesstelle für Statistik; darüber hinaus - Landesschulrat für Vorarlberg, Arbeiterkammer Vorarlberg, ÖGB Vorarlberg, Arbeitsmarktservice Vorarlberg, Wirtschaftskammer Vorarlberg, Landwirtschaftskammer Vorarlberg, Fachhochschule Vorarlberg, Studienzentrum Bregenz, Verein Aktion Mitarbeit Dornbirn, IfS-Schuldenberatung, Landesverband Hauskrankenpflege, Arbeitsgemeinschaft Mobile Hilfsdienste, Verein Tagesbetreuung Feldkirch, Mädchenzentrum AmaZone, Fraueninformationszentrum Femail, FrauennotWohnung Dornbirn, IfS-Interventionsstelle gegen Gewalt, Regionalanwältin für Gleichbehandlungsfragen in Innsbruck, Abteilung Statistik des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung, Statistik Austria, Abteilung Statistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeiterkammer Wien, Bundeswirtschaftskammer, Interdisziplinäres Forschungsinstitut Sozialwissenschaften (IFS), Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Österreichische Ärztekammer.

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	9
BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR/ LEBENSFORMEN	13
Frauenanteil.....	13
Anteil der ausländischen Bevölkerung	14
Umgangssprache.....	14
Bevölkerungsprognose	15
Religion	16
Personenstand.....	16
Ledig.....	17
Verheiratet	18
Verwitwet.....	18
Geschieden	19
Lebensgemeinschaften.....	19
AlleinerzieherInnen.....	20
Familienformen der Zukunft.....	21
Geburtenentwicklung	21
Geburtenfolge.....	22
Haushaltsgröße/ Haushaltszahl	23
Wohnsituation.....	24
HAUSARBEIT/ KINDERBETREUUNG/ PFLEGE VON ANGEHÖRIGEN	26
Zum Thema Rollenverteilung	26
Haushaltsführung.....	27
Familiäre Kinderbetreuung.....	31
Elternkarenz	31
Außerfamiliäre Kinderbetreuung.....	33
Kleinkinderbetreuung	36
Kindergärten	37
Betreuung von Schulkindern	38
Unterstützung und Pflege älterer Angehöriger	39
Freizeitaktivitäten	41

INHALTSVERZEICHNIS

AUSBILDUNG	44
Ausbildungsniveau	44
Schul-, Studien- und Berufswahl.....	49
Hauptschule – AHS	53
Polytechnische Schule.....	54
Lehrausbildung	54
Berufsbildende mittlere Schulen	57
Berufsbildende höhere Schulen.....	57
Berufsreifeprüfung.....	58
Studienberechtigungsprüfung.....	59
Hochschulverwandte Ausbildungen.....	59
Fachhochschule	60
Universitäten	60
Schulerfolg.....	62
Frauen im Lehrberuf.....	63
ERWERBSARBEIT	66
Wirtschaftsstruktur.....	66
Erwerbsbeteiligung.....	68
Struktur der Erwerbstätigkeit	73
Stellung im Beruf.....	75
Selbständig Erwerbstätige/Mithelfende Angehörige	75
Unselbständig Erwerbstätige	77
Arbeitszeit.....	78
Regelarbeitszeit	78
Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse.....	78
Teilzeitarbeit.....	79
Andere Sonderformen der Arbeitszeit	82
Andere atypische Beschäftigungsformen.....	84
Arbeitslosigkeit	85
Gleichbehandlung in der Privatwirtschaft.....	87
Interessenvertretungen	88
EXKURS: FRAUEN IM LANDESDIENST	90
Zum Thema Gleichstellung.....	90
Landesbedienstete	92
Landesverwaltung	92
Krankenanstalten	93
Landesschulen.....	95

ÖKONOMISCHE SITUATION.....	96
Einkommen.....	96
Unselbständig Erwerbstätige	96
Selbständig Erwerbstätige	103
Arbeitslosengeld und Notstandshilfe	104
Pensionen	104
Ursachen der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen	106
Schul- und Berufswahl.....	107
Teilzeitarbeit.....	107
Qualifikationsniveau.....	108
Karriereknick infolge Karenzzeit und Kinderbetreuung.....	109
Kollektivverträge und Betriebsvereinbarungen.....	110
Wirtschaftlicher Strukturwandel.....	111
Armutgefährdung	112
Einkommensarmut.....	114
Versorgungsarmut	122
Schulden.....	123
SozialhilfeempfängerInnen	125
Soziale Sicherheit?	126
GESUNDHEIT/ KRANKHEIT.....	127
Geschlechtssensible Medizin	127
Säuglingssterblichkeit.....	128
Lebenserwartung	128
Vorsorgeuntersuchungen	128
Krankenstände.....	129
Spitalsaufenthalte.....	130
Krebsneuerkrankungen	130
Todesursachen	131
Selbstmorde.....	131
Alkoholkonsum	132
Rauchen	132
Medikamentenkonsum	132
Essstörungen.....	133
Frauen in medizinischen Berufen	133

INHALTSVERZEICHNIS

EXKURS: GEWALT GEGEN FRAUEN IN DER FAMILIE.....	137
FrauennotWohnung.....	137
Gewaltschutzgesetz.....	139
Interventionsstelle	139
POLITIK.....	141
Politische Vertretung	141
Gemeinderäte	141
Landtag und Landesregierung	142
Parlament und EU-Parlament	143
Bundesregierung	143
Ehrenzeichen	143
LITERATURVERZEICHNIS.....	145
DIE AUTORIN.....	150
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	151
MASSNAHMENKATALOG	152

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Personenstand der Vorarlberger und Vorarlbergerinnen über 15	17
Tabelle 2: Zahl der EinwohnerInnen, der Eheschließungen, Ehescheidungen und der Lebendgeborenen in Vorarlberg 1951 – 2001	18
Tabelle 3: Familienformen 2001	21
Tabelle 4: Geborene des Jahres 2001 nach Geburtenfolge	23
Tabelle 5: Durchschnittlicher wöchentlicher Zeitaufwand für unbezahlte und bezahlte Arbeit nach Geschlecht	28
Tabelle 6: Aufteilung der wöchentlichen Gesamtarbeitszeit auf unbezahlte und bezahlte Arbeit nach höchster abgeschlossener Schulbildung und Geschlecht	29
Tabelle 7: Öffnungszeiten der Kindergartengruppen 2000 – 2003	38
Tabelle 8: SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache in Vorarlberg nach Schulart im Schuljahr 2001/02	46
Tabelle 9: SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache nach Geschlecht und Schulart im Schuljahr 2001/2002	46
Tabelle 10: Ausbildungsniveau der Vorarlberger Wohnbevölkerung ab 15 Jahren nach Geschlecht, 1981 und 1991	48
Tabelle 11: Höchste abgeschlossene Ausbildung der Vorarlberger Wohnbevölkerung und der Vorarlberger Erwerbspersonen nach Geschlecht, 1998 und 2002	49
Tabelle 12: Mädchen in Lehrberufen (Einfachlehren) im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien im Jahr 2002	51
Tabelle 13: SchülerInnen an technischen und gewerblichen Schulen in Vorarlberg nach Geschlecht 1971/72 bis 2001/02	51
Tabelle 14: SchülerInnen in Vorarlberg nach Geschlecht und Schulart im Schuljahr 2001/02	52
Tabelle 15: Lehrlinge nach Sparten und Geschlecht, 2001	54
Tabelle 16: Die zehn in Vorarlberg am häufigsten gewählten Lehrberufe nach Geschlecht, 2002	56
Tabelle 17: Bestandene Reifeprüfungen nach Schulart und Geschlecht, 1987 – 1997 – 2000	58
Tabelle 18: Studierende aus Vorarlberg an österreichischen Universitäten und Fachhochschulen, WS 1997/98 bis 2001/02	61
Tabelle 19: Lehrerinnen und Direktorinnen an Vorarlbergs Schulen im Schuljahr 2002/03	64
Tabelle 20: Mitglieder der Schulaufsicht nach Geschlecht im Schuljahr 2002/03	65
Tabelle 21: Übernachtungen nach Bundesländern und EinwohnerInnen, 2002	66
Tabelle 22: Wirtschaftsstruktur der Bundesländer	67
Tabelle 23: Bruttoregionalprodukt je EinwohnerIn nach Bundesländern	68
Tabelle 24: Erwerbsquoten der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64) nach Geschlecht	69
Tabelle 25: Erwerbsquoten der VorarlbergerInnen nach Alter und Geschlecht, 2001 (Labour-Force-Konzept)	73
Tabelle 26: Erwerbstätige Vorarlberger und Vorarlbergerinnen nach Wirtschaftssektoren, 2002	74
Tabelle 27: Vorarlberger Unternehmerinnen (Einzelfirmen) nach Sparten	76
Tabelle 28: Inländische und ausländische Beschäftigte in Vorarlberg nach Geschlecht und beruflicher Stellung, Jahresdurchschnitt 2002	77
Tabelle 29: Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in Vorarlberg	79
Tabelle 30: Teilzeitquoten der unselbständig erwerbstätigen Vorarlbergerinnen nach Zahl der Kinder	81
Tabelle 31: KammerrätInnen in den Landeskammern der Kammer für Arbeiter und	

TABELLENVERZEICHNIS

Angestellte nach Geschlecht	89
Tabelle 32: FunktionärInnen in den Wirtschaftsparlamenten der Wirtschaftskammern Österreichs nach Geschlecht	89
Tabelle 33: Beschäftigte der Landesverwaltung nach Funktion und Geschlecht	92
Tabelle 34: Personal der Krankenanstalten nach Tätigkeitsbereichen, Funktion und Geschlecht	94
Tabelle 35: Durchschnittliches Monats-Netto-Einkommen lohnsteuerpflichtiger Personen in Vorarlberg nach Geschlecht und politischen Bezirken, 2001	96
Tabelle 36: Durchschnittliches Monats-Netto-Einkommen lohnsteuerpflichtiger Personen in Vorarlberg nach Geschlecht und Gemeinden, 2001	98
Tabelle 37: Netto-Jahreseinkommen unselbständig Erwerbstätiger nach Geschlecht, 2000	101
Tabelle 38: Netto-Jahreseinkommen unselbständig Erwerbstätiger nach Stellung im Beruf und Geschlecht, 2000	102
Tabelle 39: Durchschnittliche einkommenssteuerpflichtige Einkünfte nach Bundesländern und Geschlecht, 2000	103
Tabelle 40: Durchschnittliches Pensionszugangsalter nach Geschlecht, 2001	105
Tabelle 41: Mittlere Pensionen der Pensionsneuzugänge, 2001	105
Tabelle 42: Einkommensnachteile vollzeitbeschäftigter Frauen nach Qualifikationsebenen und Altersstufen, 2000	108
Tabelle 43: Armutsgefährdung nach Geschlecht, Alter und Familienstand	110
Tabelle 44: Armutsgefährdung nach Schulbildung, Region und Staatsangehörigkeit	117
Tabelle 45: Armutsgefährdung nach Haushaltstyp	118
Tabelle 46: Auswirkungen nicht monetären Mangels auf die soziale Integration	123
Tabelle 47: Die wichtigsten Ursachen von Ver- und Überschuldung	124
Tabelle 48: FachärztInnen in Vorarlberg nach Fachrichtung und Geschlecht	135
Tabelle 49: Frauen in den Vorarlberger Gemeinderäten nach politischen Parteien	142
Tabelle 50: Frauen im Vorarlberger Landtag nach politischen Parteien	143
Tabelle 51: Auszeichnungen nach Geschlecht	144



VORWORT

Im Jahre 2000 haben wir den ersten Frauensituationsbericht für Vorarlberg herausgegeben. Ich freue mich, dass wir im nunmehr vorliegenden zweiten aktualisierten Frauensituationsbericht die neuen Volkszählungsdaten einarbeiten konnten.

Mit diesem Frauensituationsbericht erhalten Sie einen sehr guten Überblick über die derzeitige Situation der Frauen in Vorarlberg. Der Bericht bildet dadurch eine gute und wesentliche Grundlage für die gemeinsame Weiterentwicklung unserer Vorarlberger Frauenpolitik. Wichtig ist es, zielgerechte Maßnahmen für Frauen zu setzen. Einen Auszug aus bereits bestehenden Maßnahmen und Leistungen finden Sie im Anhang dieses Frauensituationsberichtes.

Eine wesentliche Komponente der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre bildet die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen. Nach wie vor sind in der Lebens- und Arbeitssituation zwischen Frauen und Männern Unterschiede, die nachteilig für die Frauen wirken, erkennbar. So verdienen Frauen nachweislich weniger als Männer. Auch sind sie in Führungspositionen und in einigen politischen Gremien unterrepräsentiert.

Als zuständige Landesrätin konnte ich bereits eine Reihe von Akzenten und Maßnahmen für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauen setzen. Gerade im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie im Speziellen in der Kinder- und Schülerbetreuung können wir auf eine erfreuliche Entwicklung blicken.

Es ist mein Bestreben, in der Kinder- und speziell in der Schülerbetreuung auch zukünftig in Kooperation mit den Gemeinden bedarfsgerechte und qualitativ gute Angebote weiterzuentwickeln und weiter auszubauen. Wichtig ist mir dabei, dass wir das Wohl unserer Kinder nicht aus den Augen verlieren. Es sind sich sicher alle einig, dass ihre Bedürfnisse unser Maßstab sein müssen!

Eine weitere essenzielle Grundlage für Frauen bildet eine gute und fundierte Aus- und Weiterbildung unabhängig davon, für welchen Lebensweg sie sich entscheiden. Eine gute Ausbildung erhöht den Grad der Wahlfreiheit.

Wir müssen uns aber auch dafür einsetzen, dass die Familien- bzw. Erziehungsarbeit in unserer Gesellschaft besser bewertet wird. Diese wertvolle Aufgabe, die mit großen Herausforderungen verbunden ist und meist von den Frauen übernommen wird, verdient Anerkennung und eine entsprechende Bewertung.

Ich möchte der Autorin Frau Dr. Feigl für die Aktualisierung sowie allen, die am Zustandekommen des vorliegenden Frauensituationsberichtes mitgewirkt haben, recht herzlich danken.

Dr. Greti Schmid

Landesrätin



Das Frauenreferat der Vorarlberger Landesregierung, die Arbeiterkammer Vorarlberg und das Frauenreferat des ÖGB Vorarlberg arbeiten seit 1998 für Verbesserungen der Situation der Frauen zusammen. Der zweite aktualisierte Frauensituationsbericht liegt nun vor. Er soll eine wichtige Grundlage für die weitere frauenpolitische Arbeit sein, weitere Handlungsmöglichkeiten erschließen und Argumentationsgrundlagen bieten.

Einer der wesentlichsten Trends in den letzten Jahren ist die kontinuierliche Zunahme berufstätiger Frauen. Immer mehr Frauen betrachten den Beruf und die Karriere als Möglichkeit des persönlichen Weiterkommens und der eigenständigen Absicherung. Der Anstieg der Erwerbsquote der Frauen basiert im Wesentlichen auf einem Anstieg der Teilzeitbeschäftigungen.

Vorarlberg ist das Bundesland mit den meisten teilzeitbeschäftigten und geringfügig beschäftigten Frauen. Eine Vielzahl der Arbeitnehmerinnen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen versuchen auf diese Art, Beruf und Familie zu vereinbaren. Die Möglichkeit der freiwilligen Kranken- und Pensionsversicherung nimmt nur etwa ein Drittel der Betroffenen in Anspruch. Die soziale Absicherung der atypisch Beschäftigten durch die Einbeziehung in die Pflichtversicherung ist unbedingt erforderlich – auch und gerade im Hinblick auf eine eigenständige Alterssicherung.

Die Einkommensschere schließt sich nicht, sondern driftet auch auf Grund der zunehmenden Teilzeitbeschäftigungen weiter auseinander. Immer noch verdienen Frauen im Bundesdurchschnitt um ein Drittel weniger als ihre männlichen Kollegen - in Vorarlberg ist die Diskrepanz sogar noch höher. Die Ursachen sind vielfältig, wie der vorliegende Bericht belegt, ebenso die Gegenstrategien: Mehr Frauen in Kollektivvertrags-gremien und Gremien, die die Arbeitsplätze bewerten, sind ebenso erforderlich wie eine Erhöhung des Frauenanteils in der Interessenpolitik.

Besonders Hausarbeit und Kinderbetreuung sind noch vorwiegend Frauensache. Männer

definieren sich immer noch sehr stark über ihre berufliche Tätigkeit. Jedoch könnte gemeinsame Familienarbeit eine Bereicherung für alle Beteiligten bringen. Durch neue Betrachtungsweisen herkömmlicher Rollen entstehen interessante Perspektiven für Frauen und Männer. Unsere gemeinsamen Initiativen werden wir auch dahingehend verstärken, den Ausstieg in die Familienphase möglichst kurz zu halten, sowie den Wiedereinstieg durch entsprechende Bildungsmaßnahmen zu fördern und zu erleichtern, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten. In der Vereinbarkeit von Beruf und Familie steckt der Erfolg wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unseres Landes.

Das Bildungsniveau der Frauen stieg in den letzten Jahrzehnten stärker an als jenes der Männer, trotzdem haben sie mit den Männern noch nicht gleichgezogen. Viele junge Frauen ergreifen, weil es „immer schon so war“ so genannte Frauenberufe, die entsprechend überlaufen und oft schlecht bezahlt werden. Das Schul- und Berufswahlverhalten ändert sich nur langsam. Unsere Aktivitäten in diesem Bereich werden wir beibehalten.

Wir werden unsere Maßnahmen und Handlungen dahingehend abzielen, um die im Bericht aufgezeigten Benachteiligungen von Frauen im Erwerbsleben, im Familienleben und in der Gesellschaft abzubauen. Wir werden unsere Aktivitäten im Bildungs- und Informationsbereich verstärkt weiterführen!

Josefine Winkler

Vizepräsidentin der
Arbeiterkammer Vorarlberg

Mag. Monika Lindermayr

Frauenreferentin
der Vorarlberger Landesregierung

Mag. Sabine Rudigier

Frauenreferentin
des ÖGB Vorarlberg

BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR/ LEBENSFORMEN

FRAUENANTEIL

In Vorarlberg leben - laut Volkszählung 2001 - 351.100 Personen. Das sind 4,4 Prozent der österreichischen Bevölkerung. Die Zahl der EinwohnerInnen Vorarlbergs stieg in den letzten zehn Jahren um rund 20.000.

Nach politischen Bezirken teilt sich die Bevölkerung wie folgt auf:

- Bezirk Bregenz 35 Prozent,
- Bezirk Feldkirch 26 Prozent,
- Bezirk Dornbirn 22 Prozent und
- Bezirk Bludenz 17 Prozent.

Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung, nämlich 50,6 Prozent, sind Frauen (= 177.760). Dieses – verglichen mit anderen Bundesländern - zahlenmäßig ziemlich ausgewogene Geschlechterverhältnis ist

- zum einen die Folge eines relativ hohen Anteils an MigrantInnen, unter denen die Männer deutlich in der Mehrheit sind,
- zum anderen darauf zurückzuführen, dass Vorarlberg das kinderreichste österreichische Bundesland und das Durchschnittsalter der Bevölkerung daher relativ niedrig ist und es innerhalb der jüngeren Bevölkerung generell mehr Männer als Frauen gibt.

Frauen sind nämlich keineswegs in allen Altersgruppen in der Mehrheit. Bis zum Alter von 60 Jahren sind in Vorarlberg die Männer in der Überzahl. Dies ist darauf zurückzuführen ist, dass grundsätzlich mehr Buben als Mädchen geboren werden. Mit steigendem Alter wird der Anteil der Frauen – aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung - in der Bevölkerung immer größer. Die Vorarlberger Bevölkerung über 75 besteht bereits zu 69 Prozent aus Frauen, die über 85 sogar zu 74 Prozent.

In den zehn Jahren zwischen den Volkszählungen 1991 und 2001 ist die österreichische Bevölkerung strukturell älter geworden. Es gibt weniger Kinder und mehr Menschen über 60. Die Bevölkerung im Westen Österreichs ist allerdings jünger als jene im Osten und im Süden des Landes. Vorarlberg hat von allen Bundesländern den höchsten Anteil an Kindern unter 14 Jahren (19,4 % der Bevölkerung; Österreich: 16,8 %) und den niedrigsten Anteil an Menschen über 60 (17,4 %; Österreich: 21 %).

ANTEIL DER AUSLÄNDISCHEN BEVÖLKERUNG

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung beträgt laut Volkszählung 2001 in Vorarlberg 13,3 Prozent (in Zahlen: 46.700 Personen) und ist damit gleich hoch wie er bei der Volkszählung 1991 war. Vorarlberg ist – nach Wien (16 %) - das österreichische Bundesland mit dem zweithöchsten Anteil an Personen, die eine andere als die österreichische Staatsbürgerschaft haben.

Mit einem Ausländeranteil von knapp neun Prozent der Bevölkerung steht Österreich – zusammen mit Deutschland – an vierter Stelle der europäischen Staaten. Einen deutlich höheren Ausländeranteil haben die Staaten Luxemburg (35,6 %), Liechtenstein (34,3 %) und die Schweiz (19,1 %).

Den höchsten Anteil an ausländischer Bevölkerung hat in Vorarlberg der Bezirk Dornbirn (14,3 %), gefolgt von den Bezirken Bregenz (14,1 %) und Feldkirch (12,8 %), den niedrigsten der Bezirk Bludenz (11 %). Der Großteil der ausländischen Wohnbevölkerung stammt aus der Türkei (40,3 %) und dem ehemaligen Jugoslawien (33,6 %). Der Anteil der EinwohnerInnen mit türkischer Staatsbürgerschaft ist – auch aufgrund von Einbürgerungen - in den letzten zehn Jahren etwas zurückgegangen. Deutlich gestiegen hingegen ist der Anteil der in Vorarlberg lebenden deutschen StaatsbürgerInnen. Mit einem Anteil von 12,6 Prozent sind sie inzwischen die drittstärkste Gruppe der in Vorarlberg lebenden AusländerInnen. Unter den Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft sind Frauen zwar nach wie vor in der Minderheit, ihr Anteil hat sich jedoch zwischen den Volkszählungen 1991 und 2001 von 44 auf 47 Prozent erhöht.

UMGANGSSPRACHE

Insgesamt ist für 86 Prozent der Vorarlberger Bevölkerung Deutsch die einzige Umgangssprache, weitere elf Prozent verwenden neben Deutsch noch eine oder mehrere andere Umgangssprachen, und drei Prozent verwenden eine andere Umgangssprache als Deutsch.

Ein wesentlicher Faktor für das Gelingen der sozialen und beruflichen Integration von MigrantInnen sind Kenntnisse und Gebrauch der deutschen Sprache.

Von den im Ausland geborenen und in Vorarlberg lebenden österreichischen StaatsbürgerInnen bezeichnen sich 30 Prozent als mehrsprachig, 67 Prozent verwenden nur Deutsch als Umgangssprache. Knapp drei Prozent sprechen im privaten Bereich kein Deutsch.

Von den MigrantInnen der ersten Generation, den im Ausland geborenen ausländischen Staatsangehörigen, verwendet etwas mehr als ein Viertel (26,1 %) Deutsch noch nicht als Umgangssprache, gut die Hälfte bezeichnet sich als mehrsprachig (51,6 %). Innerhalb der 2. und 3. Migrantengeneration, den schon in Österreich geborenen AusländerInnen, bezeichnen sich bereits zwei Drittel als mehrsprachig. Der Anteil jener, die Deutsch nicht als Umgangssprache

verwenden, reduziert sich in der 2. und 3. Migrantengeneration auf 16 Prozent. Deutsch nicht als Umgangssprache zu verwenden, kann, muss aber nicht heißen, dass die betreffende Person über keine Deutschkenntnisse verfügt, bedeutet aber, dass der private Umgang mit der deutschsprachigen Bevölkerung für sie nicht alltäglich ist.

Obwohl 94 Prozent der MigrantInnen es für wichtig halten, Deutsch sprechen zu können, stufen 21 Prozent ihre Deutschkenntnisse als schlecht ein, und zwar besonders beim Schreiben. Nur wenige haben einen Sprachkurs besucht. Eine gezielte Förderung der Deutschkenntnisse von MigrantInnen ist aber die Voraussetzung für einen gleichberechtigten Zugang zu (Weiter-)Bildung und Erwerbstätigkeit, den Angeboten im Gesundheitswesen und Sozialbereich. Diesem Faktum wird in den letzten Jahren zunehmend Beachtung geschenkt. Das Angebot dezentraler Sprachkurse speziell für aus der Türkei stammende Migrantinnen mit niedrigem Ausbildungsniveau nimmt zu. Organisiert werden diese Kurse zum Teil auch von Gemeinden, Elternvereinen und Frauenvereinen. Diese regelmäßigen Treffen haben für die Kursteilnehmerinnen über das Erlernen der deutschen Sprache hinaus eine wichtige soziale Funktion, sie erleichtern ihnen, an Informationen heranzukommen und bei Problemen um Rat fragen zu können.

Auch in den Trainingsprogrammen des Arbeitsmarktservice (AMS) finden sich vermehrt Angebote, die der Qualifizierung speziell benachteiligter Gruppen von Migrantinnen dienen (z.B. Alphabetisierungskurse).

BEVÖLKERUNGSPROGNOSE

Laut den Vorausschätzungen der Demographen wird die Bevölkerung Österreichs weiterhin leicht wachsen. Im Jahr 2030 wird die Einwohnerzahl um etwa drei Prozent höher sein, danach wird sie sinken. Die Alterstruktur der Bevölkerung wird sich jedoch bereits in naher Zukunft stark verändern, und zwar im Wesentlichen aufgrund des Geburtenrückgangs und der zunehmend höheren Lebenserwartung. Sowohl die Zahl als auch der prozentuelle Anteil der Kinder und Jugendlichen sowie der Personen im Erwerbsalter werden zurückgehen, gleichzeitig wird der Anteil der Personen über 60 steigen. Das heißt, die Bevölkerung wird insgesamt altern. Während derzeit etwa ein Fünftel der ÖsterreicherInnen älter als 60 Jahre alt ist, wird 2015 ein Viertel und 2035 ein Drittel dieser Altersgruppe angehören. Soweit die Prognose für Österreich insgesamt.

Die Situation in Vorarlberg ist jedoch eine spezielle: In Vorarlberg wird es – ähnlich wie in den anderen westlichen Bundesländern – in den nächsten drei Jahrzehnten noch einen starken Bevölkerungszuwachs geben. Und zwar wird Vorarlberg den Schätzungen zufolge bis zum Jahr 2037 einen Bevölkerungszuwachs von zehn Prozent zu verzeichnen haben. In absoluten Zahl werden die Personen über 60 in Vorarlberg am stärksten wachsen, sie werden sich mehr als verdoppeln. Der Anteil der über Sechzigjährigen wird allerdings auch im Jahr 2050 in Vorarlberg geringer sein als im österreichischen Durchschnitt. Der Anteil der Personen unter 15 Jahren wird auch in Vorarlberg sinken, aber der höchste von allen Bundesländern bleiben (15 %).

Das Durchschnittsalter der Vorarlberger Bevölkerung wird bis 2050 von derzeit 38 auf 46 Jahre steigen (Österreich: 40 auf 48 Jahre), aber es wird in Vorarlberg – verglichen mit den anderen Bundesländern - immer noch das niedrigste sein.

RELIGION

Laut Volkszählung 2001 sind 78 Prozent der Vorarlberger Bevölkerung römisch-katholisch (1981: 87 %, 1991: 82 %). Der Anteil der katholischen Bevölkerung ist in Vorarlberg überdurchschnittlich hoch, geht aber so wie in den anderen Bundesländern seit Jahren sukzessive zurück.

Innerhalb Vorarlbergs ist der Anteil der katholischen Bevölkerung in den ländlichen Gebieten deutlich höher als in den Städten. Während im Bezirk Bludenz 82 Prozent der Bevölkerung KatholikInnen sind, sind es im Bezirk Dornbirn nur 74 Prozent.

Die zweitstärkste Religionsgemeinschaft in Vorarlberg ist – aufgrund des relativ hohen Anteils an MigrantInnen aus der Türkei – der Islam (8,4 %). Bundesweit hat Vorarlberg den höchsten Anteil an Muslimen (Österreich gesamt: 4,2 %). Seit 1991 ist dieser Anteil in Vorarlberg um 1,8 Prozentpunkte gestiegen.

Der Anteil der konfessionslosen Bevölkerung hat sich in Vorarlberg seit 1991 verdoppelt, und zwar von drei auf sechs Prozent, ist aber nur halb so hoch wie im Österreichdurchschnitt (12 %). An Personen, die evangelisch sind, hat Vorarlberg den niedrigsten Anteil von allen österreichischen Bundesländern (2,2 %).

PERSONENSTAND

Nicht von ungefähr bezeichnen Demographen die späten fünfziger und frühen sechziger Jahre als die Jahre des „Heirats- und Babybooms“ . Zu heiraten (und Kinder zu kriegen) war zu dieser Zeit fast eine Selbstverständlichkeit. Weder die Generationen davor, noch die danach waren zu

einem so hohen Prozentsatz verheiratet. 1963 war auch das Jahr mit der höchsten Geburtenrate der Zweiten Republik.

Tabelle 1: Personenstand der Vorarlberger und Vorarlbergerinnen über 15

Geschlecht	Personenstand			
	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden
	in %			
Frauen	28,9	52,2	10,8	8,2
Männer	35,7	55,6	2,0	6,7
Gesamt	32,2	53,8	6,5	7,4

Quelle: Volkszählung 2001; eigene Berechnungen

Mitte der sechziger, Anfang der siebziger Jahre haben neue Entwicklungen eingesetzt, und zwar nicht nur in Österreich, sondern in allen vergleichbaren Ländern. Die Trends, die im Wesentlichen bis heute anhalten, sind:

- Rückgang der Geburten
- Zunahme der Personen, die ledig sind (und damit auch des Anteils unehelicher Kinder)
- Anstieg des Heiratsalters
- Zunahme der Scheidungen

Hinsichtlich des Familienstandes gibt es jedoch auffallende Unterschiede zwischen den Geschlechtern (Tab.1).

LEDIG

Der Anteil der ledigen Personen an der Vorarlberger Bevölkerung steigt leicht an, und zwar sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen. Insgesamt sind 45,3 Prozent der Vorarlberger Bevölkerung ledig. Von den Vorarlbergern und Vorarlbergerinnen ab 15 sind 32,2 Prozent ledig (1981: 31,1 %); 1991: 31,5 %), und zwar mehr Männer (35,7 %) als Frauen (28,9 %), da Männer traditionellerweise etwas später heiraten.

Dass sich der Anteil der ledigen Personen innerhalb der Bevölkerung vergrößert, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass immer später geheiratet wird.

Von den VorarlbergerInnen zwischen 20 und 24 Jahren waren 2001 noch 82 Prozent (1991: 72 %) der Frauen und 92 Prozent (1991: 85 %) der Männer unverheiratet. Von den 25 bis 29-Jährigen waren es noch 51 Prozent (1991: 35 %) der Frauen und 69 Prozent (1991: 52 %) der Männer.

In der älteren Generation ist der Anteil der Ledigen, vor allem bei den Frauen, übrigens deutlich höher als in der mittleren Generation, was zeigt, dass es früher keineswegs selbstverständlicher war, zu heiraten.

VERHEIRATET

Gleichzeitig mit dem Anstieg der ledigen Bevölkerung, kam es zu einer Abnahme der verheirateten Bevölkerung. 2001 betrug der Anteil der Verheirateten an der gesamten Vorarlberger Bevölkerung 43 Prozent. Von den Vorarlbergern und Vorarlbergerinnen über 15 sind knapp 54 Prozent verheiratet (1981: 58 %; 1991: 56 %), und zwar mehr Männer (55,6 %) als Frauen (52,2 %).

Die Zahl der Eheschließungen geht – trotz Zunahme der Wohnbevölkerung – deutlich zurück. 2001 wurden in Vorarlberg 1.324 Ehen geschlossen (1991: 2.002). Das ist der niedrigste Stand an Eheschließungen seit 1945. Das gilt nicht nur für Vorarlberg, sondern für ganz Österreich.

Auf 1.000 EinwohnerInnen kommen in Vorarlberg 3,8 Eheschließungen (Österreich: 4,2). Nach Kärnten ist Vorarlberg das Bundesland mit der in Relation zur Bevölkerung geringsten Zahl an Eheschließungen.

Es wird jedoch nicht nur weniger, sondern auch später geheiratet. Das mittlere Erstheiratsalter steigt weiter an. Zwischen 1988 und 2001 ist es bei den Frauen in Vorarlberg von 24 auf 26,5 Jahre gestiegen, bei den Männern von 26 auf 29,4. Allerdings wird in Vorarlberg etwas früher geheiratet als im Österreichdurchschnitt (Frauen: 27,3; Männer: 30).

Tabelle 2: Zahl der EinwohnerInnen, der Eheschließungen, Ehescheidungen und der Lebendgeborenen in Vorarlberg 1951 - 2001

	1951	1961	1971	1981	1991	2001
EinwohnerInnen	193.657	226.323	277.154	305.164	331.472	351.095
Eheschließungen	1.686	2.085	1.880	1.888	2.002	1.324
Ehescheidungen	134	131	256	555	663	991
Lebendgeborene	3.730	5.729	5.298	4.775	4.643	3.990

Quelle: Statistik Austria

VERWITWET

Die Zahl der verwitweten Frauen – im Jahr 2001 waren dies in Vorarlberg 15.661 - ist um ein Vielfaches höher als die der verwitweten Männer (2.820). 2001 war in Vorarlberg etwa jede zehnte Frau, aber nur jeder 50. Mann verwitwet. Diese Diskrepanz geht zu einem kleinen Teil noch immer auf den Zweiten Weltkrieg zurück (Kriegerwitwen), hat aber auch andere Gründe: Frauen sind zumeist etwas jünger als ihr Ehepartner, haben überdies eine höhere Lebenserwartung und gehen nach dem Tod des Partners viel seltener eine neue Ehe ein als Männer.

GESCHIEDEN

Die Zahl der Scheidungen steigt seit Jahrzehnten kontinuierlich an (Tab.2). 2001 hat sie einen Höchststand erreicht. In Vorarlberg ebenso wie im gesamten Bundesgebiet. Allerdings ist die Zahl der Scheidungen in Vorarlberg – gemessen an der Wohnbevölkerung - überdurchschnittlich hoch und steigt auch stärker an als im Bundesdurchschnitt. Von 2000 auf 2001 nahm die Zahl der Ehescheidungen in Vorarlberg um 16,5 Prozent zu, im gesamten Bundesgebiet nur um fünf Prozent. Österreichweit kamen 2001 auf 1.000 EinwohnerInnen 2,5 Scheidungen, in Vorarlberg 2,8 (1991: 2,0). Nur in Wien gibt es anteilmäßig mehr Scheidungen als in Vorarlberg.

2001 wurden in Vorarlberg erstmals mehr Ehen geschieden als durch den Tod des Partners oder der Partnerin beendet.

Die Gesamtzahl der Ehescheidungen betrug 2001 in Vorarlberg 991, die mittlere Ehedauer zehneinhalb Jahre (Österreich: 9,5 Jahre). Die tatsächliche Dauer der 2001 in Vorarlberg geschiedenen Ehen lag zwischen fünf Monaten und 39 Jahren, 93 Prozent der Scheidungen erfolgten einvernehmlich. 30 Prozent der in Vorarlberg geschiedenen Ehen waren kinderlos. Betroffen von der Scheidung ihrer Eltern waren 2001 in Vorarlberg 1.337 Kinder, 600 davon unter 14 Jahren.

In 283 der geschiedenen Ehen (29 %) war die Frau nicht erwerbstätig.

Innerhalb der Bevölkerung gibt es auch in Vorarlberg deutlich mehr geschiedene Frauen (2001: 11.792) als Männer (2001: 9.279). Das hat zum Teil mit der höheren Lebenserwartung von Frauen zu tun, vor allem aber mit der Tatsache, dass geschiedene Frauen, denen in den allermeisten Fällen die Kinder zugesprochen werden, deutlich seltener eine neue Ehe eingehen als geschiedene Männer.

Im Jahr 2002 war die Scheidungsrate in Österreich erstmals seit dem Jahr 1986 rückläufig (- 4,8 %). In Vorarlberg ging die Zahl der Scheidungen um 15 Prozent, in Wien um fast neun Prozent zurück. Über die Gründe sind sich Fachleute einstweilen nicht klar. Erst die Zahlen des Jahres 2003 werden zeigen, ob es sich dabei um eine statistische Einmaligkeit oder um eine Trendwende handelt.

LEBENS-GEMEINSCHAFTEN

Die Zahl der Paare, die unverheiratet zusammenleben, ist in den letzten Jahren weiter gestiegen (Tab.3). 1991 waren in Vorarlberg 5,6 Prozent der Familien Lebensgemeinschaften, 2001 waren es 9,6 Prozent (Österreich: 10,1 %). In 43 Prozent der Lebensgemeinschaften in Vorarlberg, in Zahlen sind das fast 4.000, leben Kinder. Waren Lebensgemeinschaften noch Anfang der neunziger Jahre eher eine Vorstufe für eine spätere Ehe, und deshalb auch zwei Drittel davon

kinderlos, stieg in den letzten zehn Jahren vor allem die Zahl der Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren. In Vorarlberg stieg sie um 138 Prozent (Österreich: 113 %). Seit 1971 hat sich die Zahl der Paare ohne Trauschein österreichweit fast vervierfacht, in Vorarlberg hat sie sich verzehnfacht.

In den letzten Jahrzehnten hat ein grundlegender Wandel hinsichtlich Familiengründung stattgefunden. Sowohl Töchter als auch Söhne wohnen deutlich länger mit den Eltern zusammen. Im Unterschied zur Generation ihrer Eltern, in der die Hälfte einer Heirat und nur zehn Prozent einer Lebensgemeinschaft wegen aus der elterlichen Wohnung auszogen, ist für die jüngere Generation das Eingehen einer Lebensgemeinschaft der am häufigsten genannte Grund für den Auszug. An zweiter Stelle stehen berufliche Gründe bzw. eine Ausbildung. Sowohl für Frauen als auch für Männer hat eine Eheschließung als Grund, von zu Hause auszuziehen, nur noch untergeordnete Bedeutung. Allerdings gibt es diesbezüglich deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Für mehr junge Frauen als Männer ist die Heirat der Grund, um von zu Hause auszuziehen. Und mehr junge Männer als Frauen machen diesen Schritt einer Ausbildung wegen.

ALLEINERZIEHER/INNEN

16 Prozent aller Familien in Österreich sind – laut Volkszählung 2001 - Familien mit nur einem Elternteil. In Vorarlberg beträgt der Anteil der Familien mit einem Elternteil (das sind 14.500 Familien) 15 Prozent. Der Anteil der AlleinerzieherInnenfamilien an den Familien mit Kindern (aller Alterstufen) beträgt in Vorarlberg 22 Prozent, ihr Anteil an Familien mit Kindern unter 15 Jahren, 17 Prozent.

Die überwiegende Mehrheit - nämlich 87 Prozent - der Vorarlberger AlleinerzieherInnen sind Frauen. Damit liegt der Anteil der Alleinerzieherinnen in Vorarlberg geringfügig über dem Bundesdurchschnitt (85 %). In den 14.500 Teilfamilien Vorarlbergs leben 9.381 Kinder unter 15 Jahren. Das heißt: Jedes siebente Kind unter 15 Jahren in Vorarlberg stammt aus einer Alleinerzieher-Familie. Der Großteil dieser Kinder, nämlich 93 Prozent, wächst bei der Mutter auf. Im Unterschied zu Alleinerziehern haben Alleinerzieherinnen viel häufiger kleinere Kinder zu betreuen: 49 Prozent der Alleinerzieherinnen, aber nur 24 Prozent der Alleinerzieher betreuen Kinder unter 15 Jahren. Hinsichtlich Familienstand setzen sich die allein erziehenden Mütter in Vorarlberg wie folgt zusammen:

- 40 Prozent sind geschieden
- 27 Prozent sind verwitwet
- 22 Prozent sind ledig
- 11 sind verheiratet und leben getrennt vom Ehemann

FAMILIENFORMEN DER ZUKUNFT

Den Vorausschätzungen der Demographen zufolge wird die Zahl der Familien insgesamt in Vorarlberg bis zum Jahr 2030 steigen, allerdings nicht die aller Familienformen. Die Zahl der Ehepaare ohne Kinder, die der Lebensgemeinschaften (mit und ohne Kinder) und die Zahl der AlleinerzieherInnen nimmt zu. Die Zahl der Ehepaare mit Kindern und die Zahl der Kinder werden jedoch zurückgehen. Nach wie vor allerdings wird das „Ehepaar mit Kind/ern“ der häufigste Familientyp sein. Während die Demographen für Österreich insgesamt schätzen, dass die Zahl der Ehepaare mit Kindern im Jahr 2030 nur um drei bis vier Prozent über jener der Ehepaare ohne Kinder liegen wird, soll in Vorarlberg die Zahl der Ehepaare mit Kindern auch im Jahr 2030 deutlich größer sein als die der Ehepaare ohne Kinder, nämlich um 38 Prozent.

Tabelle 3: Familienformen 2001

Region	Familien gesamt	Paare				Elternteile	
		Ehepaare		Lebensgemeinschaften		Männer	Frauen
		ohne Kind	mit Kind	ohne Kind	mit Kind		
absolut	in %						
Vorarlberg	95.642	24,8	50,4	5,4	4,2	2,0	13,2
Österreich	2.206.151	29,4	44,6	5,6	4,5	2,3	13,6

Quelle: Volkszählung 2001

Diese Entwicklung ist einerseits eine Folge des Geburtenrückganges und der Zunahme von Scheidungen, andererseits aber auch des Trends zu alternativen Lebensformen. Zu diesen gesellschaftlichen Entwicklungen kommen aber auch demographische Fakten, die mit der Alterung der Bevölkerung zusammenhängen (z.B. steigende Lebenserwartung, Nachrücken stärkerer Geburtenjahrgänge). Die Zunahme der kinderlosen Paare erfolgt nämlich vor allem innerhalb der älteren Generation, das heißt, in einer Altersgruppe, in der die Kinder das Elternhaus üblicherweise bereits verlassen haben.

GEBURTENENTWICKLUNG

Die Zahl der Geburten ist EU-weit rückläufig. Die Geburtenziffern in den einzelnen Mitgliedstaaten unterscheiden sich jedoch deutlich voneinander. Die höchsten Geburtenziffern haben die Staaten Irland (15 Lebendgeborene auf 1.000 EinwohnerInnen), Frankreich (13,1) und die Niederlande (12,7). Österreich hatte 2001 mit 9,3 Lebendgeborenen auf 1.000 EinwohnerInnen nach Deutschland (8,9) die niedrigste Geburtenziffer von allen EU-Staaten.

Unter dem EU-Durchschnitt lag die Geburtenziffer auch in den Staaten Italien, Griechenland und Spanien.

Vorarlberg gehört zu jenen österreichischen Bundesländern, die einen so genannten „Geburtenüberschuss“ haben (= mehr Geburten als Sterbefälle). Im Jahr 2001 betrug die Geburtenziffer in Vorarlberg 11,3 Promille. Lag also deutlich über dem Österreichdurchschnitt.

Die Zahl der Geburten geht zwar auch in Vorarlberg seit langem zurück, aber eher geringfügig (Tab.2). 2001 lag die Zahl der Geburten erstmals wieder über der des Vorjahres, und zwar um knapp 100.

2001 wurden in Vorarlberg 3.990 Kinder lebend geboren, 1.068 davon unehelich. Die Unehelichenquote stieg damit in den letzten zehn Jahren von 13 auf 26,8 Prozent, liegt aber deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt (33,1 %). Nicht selten holen Eltern unehelicher Kinder eine Eheschließung nach. Die Paare, die 2001 in Vorarlberg heirateten, hatten 298 gemeinsame voreheliche Kinder, die durch die Eheschließung legitimiert wurden.

2001 war das durchschnittliche Alter der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes in Vorarlberg 27,2 Jahre (1988: 25 Jahre; 1998: 26,7 Jahre). Dass zunehmend später geheiratet und später Kinder geboren werden, ist eine Folge der qualifizierteren (und länger dauernden) Ausbildung und der damit verbundenen stärkeren Berufsorientierung sowie einer gezielten Familienplanung.

Der Anteil der ausländischen Kinder an den Lebendgeborenen ging in Vorarlberg von 17,6 Prozent im Jahr 1996 auf 16 Prozent im Jahr 2001 zurück. Dieser Rückgang erfolgte parallel zur Abnahme der ausländischen Wohnbevölkerung als Folge von Einbürgerungen einerseits und der Einschränkung des Zuzugs von AusländerInnen andererseits. Der Anteil an Neugeborenen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft liegt in Vorarlberg deutlich über dem österreichischen Durchschnitt (13 %). Nur Wien hat einen höheren Anteil (20,7 %).

GEBURTENFOLGE

In den 97.800 Familien, die es 2001 in Vorarlberg gab, leben insgesamt 66.400 Kinder unter 15 Jahren. Von diesen 97.800 Familien hatten

- 61 Prozent kein Kind unter 15 Jahren,
- 17 Prozent ein Kind unter 15 Jahren,
- 17 Prozent zwei Kinder unter 15 Jahren
- 5 Prozent drei oder mehr Kinder unter 15 Jahren.

Tabelle 4: Geborene des Jahres 2001 nach Geburtenfolge

Geburtenfolge	Geborene	
	Absolute Zahl	Prozentueller Anteil
1. Kind	1.718	43
2. Kind	1.466	37
3. Kind	583	15
4. Kind	162	4
5. und weiteres Kind	76	2
Geborene gesamt	4.005	100

Quelle: Statistik Austria; eigene Berechnungen.

HAUSHALTSGRÖSSE/ HAUSHALTZAHL

Österreichs Haushalte werden zusehends kleiner. In Vorarlberg sank die durchschnittliche Zahl der in einem Haushalt lebenden Personen zwischen 1991 und 2001 von 2,9 auf 2,6 (Österreich: 2,4). Die Zahl der Einpersonenhaushalte stieg in diesem Zeitraum in Vorarlberg um ein Drittel (Österreich: 29 %), die Zahl der Haushalte, in denen fünf und mehr Personen leben, ging in Vorarlberg um fast ein Viertel zurück.

Der Anteil der Einpersonenhaushalte ist in Vorarlberg um fast sechs Prozentpunkte geringer als im Österreichdurchschnitt, der Anteil der Zwei- und der Dreipersonenhaushalte entspricht etwa dem Österreichdurchschnitt. Der Anteil der Haushalte, in denen vier und mehr Personen leben, liegt um zwei bis drei Prozentpunkte darüber.

Während sich die Zahl der in einem Haushalt lebenden Personen kontinuierlich verringert, steigt die Zahl der Haushalte an. Zwischen 1991 und 2001 ist die Zahl der Haushalte in Vorarlberg um 18 Prozent gestiegen (Österreich: 12 %).

Von den in der Volkszählung 2001 ausgewiesenen 134.526 Vorarlberger Haushalten sind

- 28 Prozent Einpersonenhaushalte (Österreich: 34 %)
- 27 Prozent Zweipersonenhaushalte (Österreich: 28 %)
- 17 Prozent Dreipersonenhaushalte (Österreich: 16 %)
- 18 Prozent Vierpersonenhaushalte (Österreich: 14 %)
- 10 Prozent Haushalte mit fünf oder mehr Personen (Österreich: 8 %)

Innerhalb Vorarlbergs unterscheidet sich die durchschnittliche Haushaltsgröße in ländlichen Gebieten deutlich von jener in städtischen. So hat der ländlich dominierte Bezirk Bludenz im Durchschnitt die größten Haushalte, der städtische Bezirk Dornbirn hingegen die kleinsten.

Die Haushaltsgröße im Bezirk Bregenz entspricht dem Landesdurchschnitt. In Gemeinden mit weniger als 5.000 EinwohnerInnen leben überdurchschnittlich viele Personen in einem Haushalt. Die Tatsache, dass immer weniger Personen in einem Haushalt leben, hat mehrere Ursachen. Sie ist zum einen die Folge des Anstiegs der Einpersonenhaushalte, zum anderen die Folge des Rückganges der Geburten und der Zunahme der Scheidungen.

Der Trend zum Alleinleben zeigt sich vor allem bei jungen Erwachsenen im Alter von 25 bis 34 Jahren. 16 Prozent dieser Altersgruppe leben als Single. 1991 waren es erst zehn Prozent. Die meisten Alleinlebenden sind jedoch keine jungen Singles, sondern ältere Menschen. In 43 Prozent aller Einpersonenhaushalte leben Menschen über 60, und zwar überwiegend Frauen.

WOHNSITUATION

Vorarlberg hat einen auffallend hohen Wohnstandard. Vorarlbergs Wohnungen sind überdurchschnittlich gut ausgestattet, überdurchschnittlich groß, aber auch besonders teuer.

Von den 2002 gezählten 131.100 Hauptwohnsitzen in Vorarlberg sind 40 Prozent Einfamilienhäuser und weitere 19 Prozent Zweifamilienhäuser. Etwas mehr als die Hälfte aller Wohnungen (51 %) werden vom Hauseigentümer bewohnt, weitere fünf Prozent von Verwandten des Hauseigentümers. Etwa ein Drittel der entgeltlich benützten Wohnungen sind Eigentumswohnungen, zwei Drittel Hauptmietwohnungen. Die durchschnittliche Nutzfläche pro Wohnung beträgt in Vorarlberg rund 98 m² (Österreich: 92 m²). Damit hat Vorarlberg nach dem Burgenland, Niederösterreich und Kärnten die größten Wohnungen. Der durchschnittliche Wohnungsaufwand ist in Vorarlberg mit € 438,- pro Monat mit Abstand der höchste von allen Bundesländern (Österreich: € 320,-). Berechnet man den Wohnungsaufwand nach Quadratmetern der Nutzfläche so liegt Vorarlberg mit € 5,92/m² ebenfalls an führender Stelle, gefolgt von Salzburg. (Österreich: € 4,60) Der mit dem Wohnen verbundene finanzielle Aufwand ist für die ausländische Bevölkerung in sechs der österreichischen Bundesländer, darunter auch Vorarlberg, erheblich höher als für ÖsterreicherInnen (Kohlbacher/Reeger 2003, 99), da AusländerInnen nur einen eingeschränkten Zugang zur Wohnbauförderung haben.

Der Ausstattungsgrad der Wohnungen war in Vorarlberg jahrzehntelang überdurchschnittlich gut und liegt noch immer etwas über dem österreichischen Durchschnitt. 88 Prozent der Wohnungen (Hauptwohnsitze) gehören zum besten Ausstattungstyp (Kategorie A des Mietrechts), das heißt, sie haben Bad, WC und Zentralheizung. Dieser Prozentsatz ist inzwischen

Österreichdurchschnitt. Elf Prozent der Vorarlberger Wohnungen gehören zur Kategorie B; sie verfügen über Bad, WC und Einzelofenheizung. In dieser Kategorie liegt Vorarlberg um fast vier Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Das restliche Prozent der Vorarlberger Wohnungen, also ein sehr geringer Anteil, entfallen auf die Ausstattungskategorien C und D, zu denen bundesweit vier Prozent der Wohnungen gehören.

HAUSARBEIT/ KINDERBETREUUNG/ PFLEGE VON ANGEHÖRIGEN

ZUM THEMA ROLLENVERTEILUNG

Was als Familie bezeichnet wird, hat sich im Laufe der Geschichte immer wieder verändert, und es unterscheidet sich auch von einer Kultur zur anderen. Die Strukturen der Familie, der Status und die Aufgaben der Familienmitglieder wurden und werden im Wesentlichen durch wirtschaftliche Erfordernisse, staatliche Gesetze und Religion bestimmt.

Die so genannte traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau, der zufolge der Mann für den Unterhalt der Familie sorgt und die Frau sich ausschließlich um Haushalt und Kinder kümmert, hat sich in ihrer extrem polarisierten Form erst im 19. Jahrhundert herausgebildet, und sie hatte nie für alle sozialen Schichten Geltung. In den unteren Sozialschichten mussten Frauen immer auch erwerbstätig sein, weil das Einkommen des Mannes nicht ausreichte, eine Familie zu erhalten. Und ab der oberen Mittelschicht haben Frauen sich nicht mit Hausarbeit und Kinderbetreuung abgegeben, sondern diese Tätigkeiten weitgehend an Personal delegiert.

Realisiert wurde das bürgerliche Familienideal des Alleinverdieners und der Vollhausfrau vor allem in der unteren Mittelschicht. Diesen Frauen garantierte die Ehe (geschieden werden können Ehen in Österreich erst seit 1938) die materielle Versorgung und ihren Männern garantierte sie die Entlastung von jeglicher Reproduktionsarbeit (= die gesamte unbezahlt geleistete Hausarbeit sowie die Betreuung von Kindern). Die Männer konnten sich so voll auf den Beruf konzentrieren, was auch notwendig war, hatten sie doch die komplette Familie zu erhalten. Frauen hatten im 19. Jahrhundert ja keine Berufsausbildung, höhere Schulen und erst recht Hochschulen waren ihnen verschlossen, ebenso der Zugang zu den meisten Angestelltenberufen.

Im Laufe des vorigen Jahrhunderts hat sich diesbezüglich vieles grundlegend geändert. Am wenigsten, so scheint es, die private Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau. Immer mehr Frauen haben eine qualifizierte Ausbildung und die Zahl der Kinder pro Familie hat sich deutlich verringert. Die Berufstätigkeit der Frauen, auch der verheirateten Frauen, ist inzwischen eine Selbstverständlichkeit. Es ist allerdings auch eine Selbstverständlichkeit geblieben, dass sich Frauen trotzdem um den Haushalt kümmern. Nicht ganz so selbstverständlich ist bis heute die Berufstätigkeit von Müttern. Tatsächlich ist es für Frauen immer noch schwierig, Familie und Beruf zu vereinbaren. Denn im Unterschied zur Rolle der Frau hat sich die der Männer kaum geändert.

Keine Frage, Kinder brauchen ihre Eltern, sie brauchen Zuwendung, sie brauchen Zeit, sie brauchen Förderung. Die Frage ist, ob Kinder haben weiterhin einseitig zu Lasten der Mütter gehen muss. Warum sind es immer die Mütter, die der Kinder wegen beruflich zurückstecken und damit auf Einkommen, soziale Absicherung und eine existenzsichernde Pension verzichten (müssen)?

Diese Arbeitsteilung geht finanziell einseitig zu Lasten der Frauen. Gewiss, Geld ist nicht alles. Aber angesichts der Tatsache, dass immer mehr Ehen geschieden werden, ist es auch für Frauen wichtig, die eigene Existenz und die ihrer Kinder materiell abzusichern.

Aber auch Männer zahlen für die traditionelle Rollenverteilung ihren Preis. Viele Männer spielen in ihrer eigenen Familie – aufgrund des hohen Zeitaufwands für den Beruf - eine Randexistenz. Auch verheiratete Frauen haben oft das Gefühl, de facto Alleinerzieherinnen zu sein. Mit ihren Erlebnissen, Sorgen und Problemen kommen die Kinder zur Mutter. Der Vater spielt gleichsam eine Außenseiterrolle. Dazu kommt, dass es langfristig gesehen eine enorme Belastung darstellt, allein für das finanzielle Wohl der gesamten Familie verantwortlich zu sein. Alleinverdiener wissen, es darf ihnen nichts passieren, sie sollen möglichst nicht arbeitslos werden, sie können sich keinen Berufswechsel leisten, weil niemand da ist, der die Familie – und sei es nur vorübergehend - erhalten könnte.

So gesehen fragt sich und fragen sich immer mehr Paare, ob eine partnerschaftliche Teilung der beruflichen und familiären Pflichten (bzw. der bezahlten und unbezahlten Arbeit) nicht für alle Beteiligten ein Gewinn wäre. Einschließlich der Kinder. Denn die traditionelle Arbeitsteilung schränkt sowohl Männer wie Frauen in ihren Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten ein.

HAUSHALTSFÜHRUNG

Obwohl bei Befragungen 83 Prozent der Frauen die Meinung vertreten, dass Hausarbeit (und Erwerbsarbeit) partnerschaftlich geteilt werden soll, entspricht dies in den seltensten Fällen der Realität. Was die familiäre Arbeitsteilung betrifft, so kann von Partnerschaft zwischen Männern und Frauen nicht wirklich die Rede sein. Bestenfalls helfen Männer ein wenig mit. Frauen tragen die Hauptverantwortung für den Haushalt und leisten den Großteil der anfallenden Arbeit. Der Anteil der Männer, die einkaufen gehen oder kochen, hat sich in den letzten 20 Jahren zwar erhöht. Genau betrachtet änderten sich die Muster familiärer Arbeitsteilung jedoch nicht grundlegend.

Insgesamt gibt es in Vorarlberg – laut Mikrozensus 2002 - 30.600 (Voll-)Hausfrauen, aber nur 400 Hausmänner. Gegenüber 1998 hat sich in Vorarlberg die Zahl der Hausfrauen um 5.000

verringert, die der Hausmänner um 100. Der Anteil der Hausmänner an der männlichen Bevölkerung entspricht dem bundesweiten Durchschnitt (0,2 %). Der Anteil der Hausfrauen liegt in Vorarlberg hingegen darüber, er beträgt 17,2 Prozent (Österreich: 13,9 %). Einen höheren Anteil an Hausfrauen als Vorarlberg haben die Bundesländer Tirol (19,8 %) und Kärnten (19,1 %).

Tabelle 5: Durchschnittlicher wöchentlicher Zeitaufwand für unbezahlte und bezahlte Arbeit nach Geschlecht

Region	Frauen				Männer			
	Gesamt- arbeitszeit	Arbeitszeit im Haushalt	Arbeitszeit Kinderbetre- uung	Erwerbs- arbeitszeit	Gesamt- arbeitszeit	Arbeitszeit im Haushalt	Arbeitszeit Kinderbetre- uung	Erwerbs- arbeitszeit
	in Stunden							
Vorarlberg	48,7	22,3	10,3	16,2	36,2	4,2	2,7	29,2
Österreich	45,2	20,0	8,0	17,3	35,1	4,7	2,5	27,9

Quelle: Statistik Austria/ Mikrozensus-Sonderprogramm September 2002

Am Faktum, dass Hausarbeit immer noch weitgehend Frauenarbeit ist, ändert auch die Erwerbstätigkeit einer Frau nur wenig. Die letzte im September 2002 durchgeführte Mikrozensus-Sondererhebung zum Thema „Pflege, Haushaltsführung und Kinderbetreuung“ kommt zu dem Schluss, dass sich die Muster der innerfamiliären Arbeitsteilung seit Mitte der neunziger Jahre nicht wirklich geändert haben. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass sich zwar etwas mehr Männer an Hausarbeit und Kinderbetreuung beteiligen, dass das zeitliche Ausmaß der Beteiligung jedoch zurückgegangen ist. Eine partnerschaftliche Aufteilung der Hausarbeit gibt es bestenfalls bei jüngeren Paaren, die noch keine Kinder haben. Einige Ergebnissen dieser Erhebung:

- Österreichs Frauen (ab 18 Jahren) sind pro Woche im Schnitt 45,2 Stunden mit Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Kinderbetreuung beschäftigt (Tab.5). Fast zwei Drittel (62 %) dieser Zeit entfallen auf Hausarbeit und Kinderbetreuung. Die Gesamtbelastung der Männer durch Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Kinderbetreuung ist um rund 10 Wochenstunden geringer, sie liegt im Schnitt bei 35,1 Wochenstunden. Nur ein Fünftel dieser Zeit (20,5 %) entfällt auf Haushalt und Kinderbetreuung.
- Erwerbstätige Frauen in Österreich haben im Durchschnitt eine wöchentliche Gesamtarbeitszeit von 64 Stunden. Davon entfallen 34,5 Stunden auf Erwerbsarbeit, 18,3 Stunden auf Hausarbeit und 11, 2 Stunden auf die Betreuung von Kindern. Bei erwerbstätigen Männern beträgt die wöchentliche Gesamtarbeitszeit 48,4 Stunden, sie ist also

um 15,6 Stunden geringer als die der erwerbstätigen Frauen. Davon entfallen 41 Stunden auf Erwerbsarbeit, 4,1 Stunden auf Hausarbeit und 3,3 Stunden auf die Betreuung der Kinder. Das heißt, Männer übernehmen nicht mehr Hausarbeit und Kinderbetreuung, wenn ihre Partnerin erwerbstätig ist.

- Der Zeitaufwand von Männern für Haushalt und Kinderbetreuung beträgt im Durchschnitt etwa ein Viertel (25,7 %) des entsprechenden Zeitaufwandes von Frauen. In Vorarlberg ist der Zeitaufwand von Männern für Reproduktionsarbeiten geringer; er beträgt nur gut ein Fünftel des Zeitaufwandes von Frauen (21,2 %).
- Welche Bedeutung Frauen der Erwerbsarbeit bzw. der Hausarbeit beimessen, steht in ganz engem Zusammenhang mit ihrem Bildungsniveau (Tab.6). Mit steigendem Bildungsniveau verringert sich die Zeit, die Frauen für den Haushalt aufwenden. Gleichzeitig steigt das zeitliche Ausmaß der Erwerbsarbeit. Während Frauen, die keine weiterführende Schule besucht haben, rund 60 Prozent ihrer Arbeitszeit für Hausarbeit verwenden, widmen Akademikerinnen nur 28,5 Prozent ihrer Arbeitszeit der Hausarbeit.

Tabelle 6: Aufteilung der wöchentlichen Gesamtarbeitszeit auf unbezahlte und bezahlte Arbeit nach höchster abgeschlossener Schulbildung und Geschlecht

Höchste abgeschlossene Schulbildung	Frauen			Männer		
	Arbeitszeit im Haushalt	Arbeitszeit Kinderbetreuung	Erwerbsarbeitszeit	Arbeitszeit im Haushalt	Arbeitszeit Kinderbetreuung	Erwerbsarbeitszeit
	in %					
Kein Pflichtschulabschluss	60,9	19,7	19,5	19,6	7,6	72,8
Pflichtschule	58,7	13,8	27,5	17,9	6,1	76,1
Lehrabschluss	41,5	19,4	39,1	12,8	7,0	80,2
Berufsbildende mittlere Schule (BMS)	40,3	17,6	42,1	12,3	7,1	80,6
Allgemein bildende höhere Schule (AHS)	38,3	19,1	42,6	14,8	7,1	78,1
Berufsbildende höhere Schule (BHS)	32,8	19,9	47,3	12,1	7,6	80,3
Hochschulverwandte Lehranstalt	31,4	20,9	47,7	13,7	6,6	79,7
Universität	28,5	18,8	52,7	11,5	8,0	80,5
Gesamt	44,2	17,6	38,2	13,5	7,0	79,4

Quelle: Statistik Austria:/Mikrozenus-Sonderprogramm September 2002

- Nicht nur Hausarbeit und Kinderbetreuung sind zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt, sondern analog dazu – wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen - auch die bezahlte Arbeit, die Erwerbsarbeit. Drei Fünftel aller bezahlten Arbeitsstunden werden von Männern geleistet. Die Gründe für die Nicht-Erwerbstätigkeit oder für die Teilzeitarbeit von Frauen unterscheiden sich grundlegend von jenen der Männer. Fast zwei Drittel der Frauen (65 %) sind – laut Mikrozensus-Sondererhebung vom September 2002 zum Thema „Pflege, Haushaltsführung und Kinderbetreuung“ - aus familiären Gründen nicht erwerbstätig oder teilzeitbeschäftigt. Der von Frauen in diesem Zusammenhang am häufigsten genannte Grund (25 % der Frauen) lautet „Ich will mich der Kinderbetreuung/Haushaltsarbeit/Pflege von Angehörigen widmen“. Dies gilt vor allem für Frauen zwischen 25 und 45 Jahren. Mit zunehmendem Alter arbeiten immer mehr Frauen Teilzeit, weil dies - ihren eigenen Angaben zufolge - dem Wunsch ihres Partners entspricht. Diese Aussagen lassen einiges von der Macht traditioneller Rollenbilder sichtbar werden, die Frauen dazu bringt, auf eigene Bedürfnisse zu vergessen und stets für andere da zu sein.
Für den Großteil der Männer (72 %) hingegen sind entweder gesundheitliche Gründe oder „sonstige Gründe“ wie Berufsausbildung oder Weiterbildung für Nicht-Erwerbstätigkeit oder Teilzeitarbeit ausschlaggebend.
- Erwerbstätige Paare ohne Kinder führen den Haushalt häufiger gemeinsam (42 %) als erwerbstätige Paare mit Kindern (27 %). Dennoch ist auch bei erwerbstätigen Paaren ohne Kinder in 44 Prozent der Fälle die Frau allein oder überwiegend für den Haushalt zuständig; bei erwerbstätigen Paaren mit Kindern zu 58 Prozent. Das Vorhandensein von Kindern bedeutet nicht selten das Ende der partnerschaftlichen Arbeitsteilung.
- Bei Männern hat das Bildungsniveau einen viel geringeren Einfluss darauf, ob sie sich an Haushaltsführung oder Kinderbetreuung beteiligen. Im Vordergrund steht für alle Männer – unabhängig vom Bildungsniveau – die Erwerbsarbeit (Tab.6). Auffallend ist, dass Männer mit Pflichtschulabschluss anteilig mehr Zeit für den Haushalt aufwenden als Akademiker. Bei der Kinderbetreuung ist es umgekehrt; die diesbezüglichen Unterschiede sind allerdings minimal.

Ein Zeitvergleich zeigt, dass sich die innerfamiliäre Arbeitsteilung zwar langsam, aber doch ändert. 1983 haben 63 Prozent der Österreicherinnen den Haushalt ganz oder überwiegend allein geführt, 1995 waren es 60 Prozent, 2002 waren es 57 Prozent. In Vorarlberg wurde und wird die partnerschaftliche Teilung der Hausarbeit seltener praktiziert als im übrigen Österreich. In Vorarlberg führen 60 Prozent der Frauen den Haushalt ganz oder überwiegend allein (1995: 68

Prozent). Während Vorarlberg 1995 von allen Bundesländern den höchsten Anteil an Männern hatte, die sich an der Haushaltsführung nicht beteiligten, nämlich 71 Prozent, sank dieser Prozentsatz inzwischen auf 64 Prozent. Damit liegt Vorarlberg was die Nicht-Beteiligung an der Haushaltsführung anliegt an viertletzter Stelle der Bundesländer – vor Oberösterreich, Burgenland und Tirol.

Im Übrigen zeigt sich, dass Töchter weitaus häufiger im Haushalt mithelfen (müssen) als Söhne. Zehn Prozent der Frauen erhalten tägliche Hilfe von ihren Töchtern, nur fünf Prozent von ihren Söhnen. Auf diese Weise perpetuieren Familien die rollenspezifische Arbeitsteilung.

FAMILIÄRE KINDERBETREUUNG

Ebenso wie Hausarbeit ist auch Kinderbetreuung de facto vorwiegend Frauensache.

Kaum ein Mann, der Vater wird, zerbricht sich den Kopf darüber, wie er in Hinkunft Beruf und familiäre Pflichten vereinbaren kann.

Allerdings beteiligen sich Männer noch eher an der Kinderbetreuung als an der Hausarbeit. Trotzdem ist österreichweit ein Drittel der Frauen, die mit Mann und Kind/ern leben, überwiegend allein für die Betreuung und Erziehung des Nachwuchses zuständig. Erwerbstätige Mütter können eher mit der Unterstützung ihres Partners rechnen (58 %) als nicht-erwerbstätige Mütter (43 %).

Kinderbetreuung erfolgt nach einem ausgeprägt geschlechtsspezifischen Muster der Arbeitsteilung. Männer, die sich bei der Kinderbetreuung engagieren, erhalten fast alle (97 %) Unterstützung seitens ihrer (Ehe-)Partnerin. Umgekehrt ist dies nicht einmal bei sechs von zehn Müttern (57 %) der Fall. Mütter, Schwiegermütter und ältere Töchter helfen deutlich öfter bei der Kinderbetreuung als Väter, Schwiegerväter oder ältere Söhne. 40 Prozent der kinderbetreuenden Mütter, aber nur fünf Prozent der kinderbetreuenden Väter müssen ohne tägliche Mithilfe auskommen.

ELTERNKARENZ

Von der seit 1990 bestehenden gesetzlichen Möglichkeit, dass sich Vater und Mutter die Karenzzeit nach der Geburt eines Kindes teilen, macht nur eine verschwindende Minderheit von Vätern Gebrauch. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, lassen Väter das halbe Jahr, das nur ihnen zur Kinderbetreuung zusteht bzw. die Bezugsdauer des Kinderbetreuungsgeldes auf maximal 36 Monate verlängert, verfallen.

Österreichweit sind - Stand: Ende Juli 2003 – 2, 2 Prozent der Personen, die Karenzgeld oder Kinderbetreuungsgeld beziehen, Männer.

Für Vorarlberg liegen diesbezüglich nur die Zahlen der Gebietskrankenkasse vor. Von den 7.325 Personen, die in Vorarlberg Ende Juli 2003 von der Vorarlberger Gebietskrankenkasse Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld bezogen, waren 7.244 Mütter und 81 Väter (1,1 %). Vergrößert hat sich durch die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes im Jahr 2002 der Kreis und damit auch die Zahl der anspruchsberechtigten Personen, der Prozentsatz der kinderbetreuenden Väter hat sich im Laufe der letzten vier Jahre hingegen nur minimal erhöht, in Vorarlberg um 0,6 und österreichweit um 0,7 Prozentpunkte.

Die geringe Inanspruchnahme der Karenzzeit durch Väter dürfte zu einem Teil die Folge des Einkommensunterschiedes zwischen Männern und Frauen sein. Da es zumeist der Mann ist, der das höhere Einkommen erzielt, tendieren junge Eltern eher dazu, auf das geringere Einkommen der Frau (teilweise) zu verzichten und Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld in Anspruch zu nehmen, obwohl dies im Großteil der Fälle kein Äquivalent zu einem Erwerbseinkommen darstellt.

Erste Versuche, die Auswirkungen der neuen Kindergeldregelung einzuschätzen (Lutz 2003), kommen zu dem Schluss, dass aufgrund der Möglichkeit, Kinderbetreuungsgeld länger zu beziehen, Frauen ihre Erwerbstätigkeit nach der Geburt eines Kindes länger unterbrechen werden. Gleichzeitig ist bekannt, dass der Verdienstrückgang bzw. Verdienstverlust der Frauen während der ersten Lebensjahre eines Kindes auch langfristig nicht mehr aufgeholt werden kann (Guger 2003, 6.)

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind jedoch nicht die alleinige Ursache für die geringe Zahl der Väter in Karenz. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang auch die Wirkung traditioneller Verhaltensmuster, kultureller Normen und Werte. Denn zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes sind Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen zwar vorhanden, aber doch noch deutlich geringer als in späteren Jahren. Trotzdem sind nur wenige Männer bereit, ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Kinderbetreuung einzuschränken. Zum einen aus Karrieregründen, zum anderen weil es schlicht bequemer ist, sich rollenkonform zu verhalten. Es erspart jegliche Diskussionen am Arbeitsplatz, sei es mit dem Chef oder mit Kollegen. Für Frauen hingegen war es bisher, selbst wenn sie ein relativ hohes Einkommen beziehen, fast selbstverständlich, dass sie ihre Berufstätigkeit nach der Geburt eines Kindes unterbrechen oder beruflich zurückstecken. Mit all den negativen Folgen, die das für die berufliche Karriere und die Einkommensentwicklung hat. Dies zeigt, dass Gesetzesänderungen allein noch kein Umdenken bewirken, geschweige denn eine Veränderung des Verhaltens. Die EG-Richtlinie zum Elternurlaub aus dem Jahr 1996 verlangt daher in diesem

Zusammenhang ausdrücklich bewusstseinsbildende Maßnahmen: „Männer sollten - zum Beispiel durch Sensibilisierungsprogramme – ermutigt werden, in gleichem Maße familiäre Verantwortung zu übernehmen und das Recht auf Elternurlaub in Anspruch zu nehmen.“ Ein derartiges Sensibilisierungsprogramm ist F&M-Power – Frauen und Männer stark in Beruf und Familie, gefördert vom Europäischen Sozialfonds, vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sowie der Vorarlberg Landesregierung.

Im Zusammenhang mit Kinderbetreuung kann es jedenfalls nicht zielführend sein, die Interessen von Frauen und Kindern gegeneinander auszuspielen („Kinder brauchen die Mutter“, was so viel heißt, dass diese auf Beruf und Einkommen verzichten soll) – und die Männer weiterhin aus der Diskussion auszuklammern. Durch die Pensionsreform 2003 wird der Durchrechnungszeitraum für die Berechnung der Pension von den besten 15 Jahren schrittweise auf die besten 40 Jahre, also de facto auf das gesamte Erwerbsleben ausgedehnt. Dies bedeutet, dass auch Zeiten, in denen Beschäftigte – beispielsweise infolge von Teilzeitarbeit wegen Kinderbetreuung - nur ein geringes Einkommen erzielen, sich in der Pensionsberechnung niederschlagen und die Höhe der Pension beeinträchtigen. Um die Auswirkungen auf Frauen mit Kindern etwas zu mildern, verkürzte der Gesetzgeber für diese den Durchrechnungszeitraum um drei Jahre pro Kind. Arbeitet eine Frau in Hinkunft jedoch länger als drei Jahre pro Kind Teilzeit, geht dies – was die Höhe der zu erwartenden Pension betrifft – voll zu ihren Lasten. Einseitig von Frauen zu erwarten, dass sie im Interesse der übrigen Familienmitglieder beruflich zurückstecken und dafür bis an ihr Lebensende Einkommenseinbußen in Kauf nehmen, ist mit Gleichstellungspolitik nicht zu vereinbaren. Die gegenwärtige gesellschaftliche Herausforderung besteht eher darin, jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die erwerbstätige Eltern brauchen, um ihrer Rolle als Mütter und Väter gerecht zu werden.

AUSSERFAMILIÄRE KINDERBETREUUNG

Außerfamiliäre Kinderbetreuung dient der Unterstützung und Ergänzung familiärer Erziehung, der professionellen Förderung und Betreuung von Kindern und damit gleichzeitig der Entlastung von Eltern. In einer Zeit, in der es in den einzelnen Familien immer weniger Kinder gibt und immer mehr Kinder als Einzelkinder aufwachsen, sind Kindergruppen auch in Hinblick auf die Möglichkeit sozialen Lernens erstrebenswert.

Die Tatsache, dass die innerfamiliäre Betreuung von Kindern in Vorarlberg traditionell einen besonders hohen gesellschaftlichen Stellenwert hat, erklärt, dass es in Vorarlberg als einzigem österreichischen Bundesland noch Anfang der neunziger Jahre nur vereinzelt

Betreuungseinrichtung für Kleinkinder gab. Diese Situation hat sich jedoch in der Zwischenzeit geändert - nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Berufsorientierung von Frauen, die wiederum eine Folge qualifizierter Ausbildung ist. Eine der Grundvoraussetzungen für die Berufstätigkeit von Frauen bzw. Eltern sind – qualitativ und quantitativ – ausreichende und auch erschwingliche Möglichkeiten der Kinderbetreuung.

Vor allem für Alleinerzieherinnen und Paare, die sich nicht an der traditionellen Rollenverteilung orientieren, sondern sich die familiäre Arbeit ebenso wie die finanzielle Verantwortung für die Familie partnerschaftlich teilen wollen, ist ein Defizit an Kinderbetreuungseinrichtungen prekär.

Tatsächlich ist in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre im Bereich Kinderbetreuung in Vorarlberg viel in Bewegung gekommen. Auf Initiative von Eltern, Vereinen und auch Gemeinden entstanden eine Reihe von (Klein-)Kindergruppen. Die Landeszuschüsse für Kinder- und Schülerbetreuung wurden Jahr für Jahr deutlich angehoben.

Kindergärten sind in Vorarlberg als Bildungseinrichtungen für vier- bis fünfjährige Kinder konzipiert. Laut Vorarlberger Kindergartengesetz können Kinder ab dem vollendeten vierten Lebensjahr einen Kindergarten besuchen (im übrigen Österreich ab dem vollendeten dritten). In der Praxis allerdings werden bei „entsprechender körperlicher und geistiger Reife“ auch dreijährige Kinder in einen Kindergarten aufgenommen. Dies ist zunehmend der Fall, da aufgrund des Geburtenrückganges Kindergartenplätze frei sind.

Einschlägige Untersuchungen zeigen gleichzeitig die Notwendigkeit, die institutionelle Kinderbetreuung im Interesse von Kindern und Eltern weiter auszubauen und den speziellen Bedürfnissen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen gezielt anzupassen. Dafür einige Beispiele: Eine im Auftrag der Landesregierung durchgeführte Repräsentativbefragung von 700 Vorarlbergerinnen mit Kindern bis zu sechs Jahren (IMAD 2000), von denen 39 Prozent Hausfrauen waren und 27 Prozent in Karenz oder Mutterschutz, kommt zu dem Ergebnis, dass 55 Prozent der Befragten das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen für „eher ausreichend“ hält, 40 Prozent jedoch für „eher weniger ausreichend“. Unter denen, die das Angebot für „weniger ausreichend“ halten, sind Alleinerzieherinnen und Frauen mit sehr geringem Einkommen überrepräsentiert. Aber auch Frauen mit relativ hohem Einkommen, selbständig oder freiberuflich tätige Frauen, Maturantinnen, Studentinnen und Akademikerinnen sind in dieser Gruppe stark vertreten. Für eher ausreichend befinden das Angebot speziell Bäuerinnen und Hausfrauen. Für die Betreuung des eigenen Kindes, so die Überzeugung der überwiegenden Mehrheit der Befragten (91 %), hätten sie die optimale Lösung gefunden. Lediglich neun Prozent sind mit dieser Lösung nicht oder nicht ganz zufrieden. Unter den berufstätigen Frauen ist der

Prozentsatz der eher Unzufriedenen höher, unter den selbständig und freiberuflich tätigen Frauen ist er am höchsten.

Eine im Auftrag der Arbeiterkammer Vorarlberg durchgeführte Repräsentativbefragung von 400 berufstätigen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren (Berndt 2001) kommt aufgrund einer anderen Gruppe von Befragten zu anderen Ergebnissen. Dieser Befragung zufolge halten 42 Prozent der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren die in Vorarlberg vorhandenen Kinderbetreuungseinrichtungen für ausreichend, 58 Prozent jedoch nicht. Vor allem Frauen mit geringem Familieneinkommen üben diesbezüglich Kritik. Die Betreuungssituation des eigenen Kindes wird etwas besser beurteilt als das Kinderbetreuungsangebot insgesamt. 56 Prozent der befragten Frauen sind damit zufrieden oder sogar sehr zufrieden, 41 Prozent jedoch mehr oder weniger unzufrieden. Die häufigst genannten Kritikpunkte: Zu wenig Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder, zu wenig Ganztagskindergärten und Ferienbetreuung. Probleme verursachen auch die Öffnungszeiten (z.B. fehlende Mittagsbetreuung, keine Abstimmung mit den Arbeitszeiten der Eltern) und die Kosten der Kinderbetreuung.

Laut der von Statistik Austria im September 2002 durchgeführte Mikrozensus-Sondererhebung „Pflege, Haushaltsführung und Kinderbetreuung“ äußern Eltern in Vorarlberg vor allem den Wunsch nach institutioneller Kinderbetreuung während der Ferien und einer Betreuung der Kinder über Mittag sowie nach Ganztagschulen und/oder Nachmittagsbetreuung in der Schule. Schwierigkeiten bei der Abstimmung von Arbeitszeit und Kinderbetreuungsmöglichkeiten, nennen auch siebzehn Prozent der Dornbirner Eltern, die nach Problemen in Zusammenhang mit außerfamiliärer Kinderbetreuung gefragt wurden (Schöbi u.a. 2002). Insgesamt sind in Dornbirn von den Familien mit Kindern unter 14 Jahren jedoch 91 Prozent mit der Kinderbetreuungssituation zufrieden. Am wenigsten zufrieden sind Alleinerzieherinnen.

Insgesamt werden Kinder unter sechs Jahren in Vorarlberg vorwiegend am Vormittag betreut. Eine Mittagsbetreuung für Kinder in außerfamiliären Einrichtungen ist in den Bundesländern Tirol und Vorarlberg eher selten. In Tirol gibt es sie – laut Mikrozensus-Sondererhebung - für 27 Prozent und in Vorarlberg für 18 Prozent der außerfamiliär betreuten Kinder unter 14 Jahren.

Österreichweit (für Vorarlberg gibt es diesbezüglich keine Zahlen) meinen 16 Prozent der derzeit nicht erwerbstätigen oder teilzeitbeschäftigten Mütter, eine bessere Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen würde auch ihnen selbst zugute kommen. In diesem Fall könnten sie eine Teilzeitbeschäftigung suchen oder auf Vollzeitarbeit umsteigen.

Mit Beginn des Jahres 2003 wurde innerhalb des Amtes der Vorarlberger Landesregierung die Informations- und Servicestelle „Family Point“ eingerichtet, die Eltern beim Zugang zu

Kinderbetreuungseinrichtungen und familienbezogenen Förderungen unterstützt. Innerhalb der ersten neuneneinhalb Monate des Bestehens von Family Point kamen 241 Anfragen. Der größte Teil der AnruferInnen (55 %) wollte allgemeine Informationen (z.B. betreffend Kinderbetreuungsgeld, Familienzuschuss, Wohnbeihilfe). Der zweitgrößte Teil (35 %) hatte Fragen betreffend Kinderbetreuung, mehr als 82 Prozent dieser Anfragen konnten positiv erledigt werden, das heißt, es gab entsprechende Kinderbetreuungsangebote.

KLEINKINDERBETREUUNG

Bei der außerfamiliären Betreuung der Kinder unter drei Jahren liegt Österreich im europäischen Vergleich mit einer Betreuungsquote von 9,8 Prozent im unteren Drittel. Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Schweden und Norwegen haben in dieser Altersgruppe Betreuungsquoten von mehr als 20 Prozent.

Spielgruppen:

Knapp 1.600 Kleinkinder besuchen in Vorarlberg inzwischen so genannte Spielgruppen. Bei diesen betreuten Gruppen handelt es sich zumeist um Elterninitiativen. Sie bieten Kindern im „Vorkindergartenalter“ die Möglichkeit, regelmäßig mit Gleichaltrigen zu spielen. Allerdings haben nicht alle Gruppen täglich Betrieb. Diese Spielgruppen – inzwischen gibt es rund 200 - erfreuen sich großer Beliebtheit, lösen jedoch nicht alle Betreuungsprobleme erwerbstätiger Eltern.

(Klein-) Kindergruppen:

Ende 2002 wurden 872 Kinder zwischen eineinhalb und vier Jahren in Kleinkindergruppen betreut, um 205 mehr als drei Jahre davor. Für das laufende Betreuungsjahr zeichnet sich ein weiterer Anstieg ab. Viele dieser Gruppen sind aus ehemaligen Spielgruppen hervorgegangen, andere sind von Vereinen oder Gemeinden organisiert. Die Gruppen müssen Montag bis Freitag mindestens fünf Stunden und ganzjährig geöffnet sein bzw. für eine eigene Ferienregelung vorsorgen, um seitens des Landes eine Förderung von 50 Prozent der Personalkosten zu erhalten. Zusätzlich zu den Kleinkindergruppen gibt es auch kindergartenähnliche Gruppen für Kinder bis sechs Jahren.

Elf der insgesamt 31 Kindergruppen bzw. Kinderbetreuungseinrichtungen (Stand: 1.1.2003) haben ganztägigen Betrieb, 20 sind nur am Vormittag geöffnet, allerdings zumeist bis 13 Uhr. Vereinzelte Gruppen haben – nach einer Mittagspause – auch Nachmittagsbetrieb, allerdings nicht an allen Werktagen. In etwas mehr als 40 Prozent der Gruppen werden die Kinder zu Mittag verköstigt.

Tagesmütter:

Durch den gezielten Ausbau der (ganztägigen) Kleinkinderbetreuung während der letzten Jahre hat sich der Bedarf an Tagesmüttern etwas reduziert.

Insgesamt konnten in Vorarlberg im ersten Halbjahr 2003 341 Frauen als Tagesmütter arbeiten, das heißt, sie hatten eine so genannte Pflegestellenbewilligung. Tatsächlich waren in diesem Zeitraum allerdings nur 202 Tagesmütter aktiv. Sie betreuten zusammen 290 Kinder. Die Vermittlung erfolgt über den Verein Tagesbetreuung. 166 der Tagesmütter waren beim Verein angestellt.

Mehr als drei Viertel der von Tagesmüttern betreuten Vorschulkinder sind zwischen ein und drei Jahre alt. Zugenommen hat die Zahl der von Tagesmüttern betreuten Schulkinder. 39 Prozent der Tagesmütter arbeiten im Bezirk Bregenz, ein Viertel im Bezirk Feldkirch, 20 Prozent im Bezirk Dornbirn und 16 Prozent im Bezirk Bludenz. Sechzig Prozent der von Tagesmüttern betreuten Kinder, sind Kinder von AlleinerzieherInnen.

KINDERGÄRTEN

Im laufenden Kindergartenjahr 2003/2004 werden in den Vorarlberger Kindergärten 8.914 Kinder betreut. Darunter sind 1.430 Kinder (16 %) mit nicht deutscher Muttersprache. 935 Kindergartenkinder haben Türkisch als Muttersprache. Die Zahl der Kindergärten beträgt 232, die der Gruppen 461. 81 Kindergartengruppen sind so genannte Integrationsgruppen, in denen auch behinderte Kinder aufgenommen und speziell gefördert werden. Die Zahl der Kindergärten ist in Vorarlberg in den letzten zehn Jahren um 16 Prozent gestiegen. Die Zahl der KindergärtnerInnen um 38 Prozent. Die Zahl der in Kindergärten betreuten Kinder geht in den letzten Jahren zurück, da geburtenschwächere Jahrgänge nachgerückt sind, sie ist derzeit nur geringfügig höher als vor zehn Jahren. Das bedeutet, dass sich die Betreuungssituation deutlich gebessert hat. Es gibt – auch wenn die Gruppen in den letzten Jahren weniger geworden sind - deutlich mehr Kindergartengruppen als vor zehn Jahren, und die Zahl der Kinder pro Gruppe konnte gesenkt werden.

Die Quote der in Kindergärten betreuten Dreijährigen beträgt 15 Prozent, die der Vierjährigen über 90 Prozent und die der Fünfjährigen fast 100 Prozent.

Im Hinblick auf die Integration von MigrantInnenkindern laufen seit dem Kindergartenjahr 2001/2002 verstärkt interkulturelle Projekte mit türkischen Schwerpunkten. Diese Aktivitäten werden auch durch die Fortbildung der Kindergärtnerinnen unterstützt. Im Kindergartenjahr 2002/03 wurden in Zusammenarbeit mit der Universität Konstanz spezielle Sprachprojekte für

MigrantInnenkinder gestartet, die sowohl von den Kindern als auch deren Eltern begeistert aufgenommen wurden und im kommenden Kindergartenjahr forciert werden.

Die Gemeinden verfügen im Vorarlberger Kindergartenwesen über weit reichende Kompetenzen. Das soll die Berücksichtigung lokaler Bedürfnisse sicherstellen. Die Kindergartenträger entscheiden auch über die Öffnungszeiten. Die Mehrzahl erhebt den diesbezüglichen Bedarf und berücksichtigt ihn auch zunehmend.

Tabelle 7: Öffnungszeiten der Kindergartengruppen 2000 – 2003

Art der Kindergartengruppe	Zahl der Kindergartengruppe	
	2000/2001	2003/2004
Halbtagsgruppe	40	41
Halbtagsgruppe mit verlängerter Öffnungszeit bis 13 Uhr	50	42
Vormittags- und Nachmittagsgruppe mit Mittagssperre von 11 – 14 Uhr	38	14
Vormittags- und Nachmittagsgruppe mit flexibler Unterbrechung zu Mittag	269	296
Mixgruppe mit einer den Wünschen der Eltern angepassten Öffnungszeit	34	24
Ganztagsgruppe, in denen Kinder ein Mittagessen erhalten	20	38
Halbtagsgruppe mit Schichtbetrieb (Vormittag und Nachmittag andere Kinder)	14	6
Gesamt	465	461

Quelle: www.vorarlberg.at. (21.10.2003)

Kinderbetreuung über Mittag hat in Vorarlberg praktisch keine Tradition. Sie gewinnt aber zunehmend an Bedeutung. Der Prozentsatz der Kindergruppen, in denen die Kinder zu Mittag verköstigt werden, ist in den letzten drei Jahren von 4,3 auf 8,2 Prozent gestiegen. (Österreichweit essen knapp ein Drittel der Kindergartenkinder, in Wien mehr als 70 Prozent im Kindergarten zu Mittag.) Und die Kindergartengruppen, in denen Kinder ein Mittagessen erhalten, haben den mit Abstand höchsten Zuwachs (+ 90 %) von allen Gruppenformen zu verzeichnen (Tab.7).

BETREUUNG VON SCHULKINDERN

Die Tatsache, dass Österreichs Schulen traditionell Halbtagschulen sind – ein für die deutschsprachigen Länder charakteristisches Phänomen - stellt speziell für Mütter bzw. berufstätige Eltern schulpflichtiger Kinder ein Problem dar. Denn diese Regelung setzt stillschweigend voraus, dass am Nachmittag jemand zu Hause ist, der die Kinder versorgt und sich darum kümmert, dass sie ihre Hausübungen machen. Tatsächlich aber sind mehr als die Hälfte (57 %) der Vorarlbergerinnen mit Kindern unter 15 Jahren erwerbstätig, und zwar mehr als elf Stunden pro Woche. Von den Alleinerzieherinnen sind es 78 %, von den verheirateten Frauen mit Kindern unter 15 Jahren sind es 54 %.

Seit dem Schuljahr 1994/95 besteht die Möglichkeit, allgemein bildende Pflichtschulen sowie die Unterstufe von allgemein bildenden höheren Schulen ganztägig zu führen. Diese ganztägige Führung wird bedürfnisorientiert und schulintern geregelt. Nur wenige der Vorarlberger Schulen werden tatsächlich ganztägig geführt werden.

Eine andere Möglichkeit der Nachmittagsbetreuung von Kindern im Pflichtschulalter sind spezielle Schülerbetreuungseinrichtungen bzw. Schülerbetreuungen an Schulen. Insgesamt wurden in Vorarlberg Ende 2002 615 SchülerInnen in solchen Einrichtungen betreut. Ende 1999 waren es erst 228 gewesen. Für das laufende Schuljahr zeichnet sich ein weiterer Anstieg ab.

UNTERSTÜTZUNG UND PFLEGE ÄLTERER ANGEHÖRIGER

Der Anteil der Menschen über 60, der regelmäßig von Verwandten, Freunden oder Sozialen Diensten Unterstützung erhält, ist in Vorarlberg deutlich höher als im Bundesdurchschnitt.

42 Prozent der Vorarlberger SeniorInnen erhalten regelmäßig (= mindestens einmal in der Woche) Hilfe von anderen, und zwar Männer häufiger als Frauen. In Österreich insgesamt sind es nur 38 Prozent. Und zwar gilt dies für alle Arten von Tätigkeiten, angefangen von der pflegerischen Versorgung übers Putzen, Kochen, Waschen und Bügeln bis hin zum Einkaufen. Der Anteil der SeniorInnen, die seltener als einmal in der Woche Hilfe erhalten, ist in Vorarlberg deutlich geringer (7 % gegenüber 13 %). Der Anteil der älteren Menschen, die nie Hilfe erhalten, ist allerdings etwas höher als im Bundesdurchschnitt. Betroffen davon sind ausschließlich Frauen, vor allem Frauen über 75. 32 Prozent der Vorarlbergerinnen über 75 erhalten laut einer 1998 durchgeführten Mikrozensus-Befragung nie Unterstützung (Österreich: 29 %).

Ebenso wie die Betreuung von Kindern ist auch die Betreuung älterer Menschen zum allergrößten Teil Frauensache. In Vorarlberg mehr als anderswo. Bei Krankheiten bis zu einer Woche obliegt die Betreuung der älteren Menschen zu 42 Prozent Töchtern und Schwiegertöchtern (Österreich: 32 %). Bei längeren Krankheiten sogar zu 44 Prozent (Österreich: 25 Prozent). Männer übernehmen in Vorarlberg noch seltener die Betreuung ihrer kranken Eltern oder Schwiegereltern als dies Männer im Bundesdurchschnitt tun. Im Krankheitsfall werden in Vorarlberg drei Prozent der SeniorInnen von Söhnen oder Schwiegersöhnen betreut. (Österreich: 7 %)

Grundsätzlich werden pflegebedürftige Angehörige in Österreich zu einem Großteil im Rahmen der Familie gepflegt. Und Familie bedeutet in diesem Zusammenhang vor allem Ehefrauen und Töchter bzw. Schwiegertöchter. Von diesen werden österreichweit 70 Prozent der Pflegeleistungen erbracht. In Vorarlberg übernehmen sogar in 84 Prozent der Fälle Frauen die Betreuung ihrer „betagten“ Angehörigen. Die Hälfte dieser Frauen ist älter als 57 Jahre. Jede Achte hat wegen der Betreuung eines oder einer pflegebedürftigen Angehörigen ihren Beruf aufgegeben. Etwa ein Drittel ist nicht selbst pensionsversichert. Für Männer bedeutet diese

traditionelle Aufgabenzuweisung ein hohes Maß an Absicherung. Für Frauen hingegen ein doppeltes Risiko: Solange Frauen gesund sind, pflegen sie ältere Angehörige. Wenn sie in höherem Alter selbst Pflege benötigen, lebt möglicherweise kein Familienmitglied mehr in der Nähe, das die erforderlichen Pflegeleistungen erbringen könnte.

Ältere Frauen sind daher in höherem Maß auf außerfamiliäre Unterstützung (z. B. mobile Sozialdienste) angewiesen. Aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung und der häufig damit einhergehenden Gebrechlichkeit brauchen Frauen eher Pflege und Hilfeleistungen, gleichzeitig können sie – im Unterschied zu Männern – nicht damit rechnen, dass der Partner diese Pflegeleistung erbringt.

Während mehr als die Hälfte der Männer über 60 im Falle einer längeren Krankheit von der Ehefrau bzw.- Lebensgefährtin gepflegt wird, trifft dies nur auf ein Fünftel der Frauen zu.

Die Inanspruchnahme Sozialer Dienste erfolgt in Vorarlberg seltener (9 % gegenüber 14 % im Bundesdurchschnitt), am ehesten dann, wenn die zeitlichen Ressourcen der Betreuungsperson aufgrund eigener Erwerbstätigkeit begrenzt sind. Die Tatsache, dass das System der Vorarlberger Hauskrankenpflege auf Mitgliedschaft beruht und eine sehr lange Tradition hat, erleichtert, so sollte man meinen, den Entschluss, sie auch in Anspruch zu nehmen. Doch: „Viele betreuende Angehörige nehmen erst dann professionelle Hilfe in Anspruch, wenn sie am Ende ihrer Kräfte sind“, konstatieren die Autorinnen eines Vorarlberger Forschungsberichtes zur Situation betreuender Angehöriger (Geser-Engleitner/Hackl 1998). Wird die fachliche Hilfestellung von Sozialdiensten erst einmal in Anspruch genommen, so wird sie von der Mehrzahl der Betreuungspersonen allerdings als Entlastung erlebt. 19 Prozent der pflegenden Angehörigen haben jedoch Schuldgefühle, weil sie „fremde Hilfe“ in Anspruch nehmen.

Ein beträchtlicher Teil der privat und unentgeltlich betreuten Personen lebt mit der betreuten Person „unter einem Dach“. In Vorarlberg leben 31 Prozent in derselben Wohnung, weitere 22 Prozent im selben Haus, fast die Hälfte der betreuten Personen (47 %) aber lebt außerhalb.

Auch für die Pflege älterer Menschen gilt: Von Frauen wird mehr oder weniger selbstverständlich erwartet, dass sie die eigenen Bedürfnisse zurückstellen und für andere da sind. Frauen haben es – aufgrund dieser Erwartungen - besonders schwer, bei der Pflege Grenzen zu setzen und dafür zu sorgen, dass ihre eigenen Bedürfnisse nicht auf der Strecke bleiben. Männer, so zeigt sich, können als Betreuer auf ein größeres Unterstützungsnetz zurückgreifen und erhalten für ihre Betreuungstätigkeit auch mehr Anerkennung.

Die Bedeutung der Mobilen Hilfsdienste und des Hauskrankenpflege-Fachdienstes nimmt stetig zu. Diese ambulanten Dienste tragen wesentlich dazu bei, dass alte und pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in der ihnen vertrauten Umgebung bleiben können. Im Zeitraum

1995 bis 2002 stieg allein die Zahl der Mobilen Hilfsdienste in Vorarlberg von 30 auf 52. Die Anzahl der betreuten Personen stieg von 832 auf 2.387 und die der HelferInnen von 488 auf 1.431. Die Anzahl der Einsatzstunden erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 89.455 auf 308.949. 97 Prozent der im Rahmen der Mobilen Hilfsdienste tätigen Personen sind Frauen. 69 Prozent davon arbeiten als „neue Selbständige“, 27 Prozent als freie Dienstnehmer, die restlichen vier Prozent sind ehrenamtlich tätig oder angestellt.

Obwohl das Land Vorarlberg was das Alter der EinwohnerInnen anlangt, die jüngste Bevölkerung aller österreichischen Bundesländer hat, übertrifft es im Bereich Hauskrankenpflege (etwas mehr als 91 Prozent der Beschäftigten sind Frauen) deutlich die von der Weltgesundheitsorganisation empfohlene Versorgungsdichte¹. In Vorarlberg kam 1997 ein Pflegefachkraft-Dienstposten auf rund 3.250 EinwohnerInnen, im Jahr 2002 bereits auf 2.774 EinwohnerInnen. Das heißt, die Pflegedichte erhöhte sich kontinuierlich.

Trotzdem ist der weitere Ausbau bestehender Sozialdienste unumgänglich – einerseits zur Entlastung privater Betreuungspersonen, andererseits zur Sicherstellung der Pflege älterer Menschen. Denn allein aufgrund der demographischen Entwicklung wird das familiäre Pflegepotential kleiner, gleichzeitig aber kommen auf diesen Personenkreis infolge der Alterung der Bevölkerung vermehrt Pflegeaufgaben zu.

FREIZEITAKTIVITÄTEN

Das Ausmaß der Freizeit, über das ein Mensch verfügt, ist wesentlich bestimmt vom Ausmaß der Erwerbstätigkeit einerseits und den familiären Verpflichtungen andererseits. Alle Zeitbudgeterhebungen ergeben, dass Männer mehr Freizeit haben als Frauen. Differiert man nach Hausfrauen und erwerbstätigen Frauen, so zeigt sich, dass Hausfrauen über eine Stunde mehr Freizeit pro Tag verfügen.

Männer und Frauen haben aber nicht nur unterschiedlich viel Freizeit, sie unterscheiden sich auch nach Art der Freizeitbeschäftigungen. Unabhängig vom Geschlecht geht fast ein Drittel der Freizeit für Fernsehen auf.

Sieht man vom Fernsehen ab, sind sowohl Männer als auch Frauen eigenen Angaben zufolge in ihrer Freizeit am häufigsten „mit Freunden zusammen“. An zweiter Stelle der Freizeitaktivitäten steht, und zwar ebenfalls bei Frauen und Männern, „Spazieren gehen, Einkaufsbummel, Auslagen

¹ Gemäß den Empfehlungen der WHO sollte auf 4.000bis 5.000 EinwohnerInnen eine Pflegefachkraft der Hauskrankenpflege kommen.. Bei einem hohen Anteil älterer Menschen innerhalb der Bevölkerung empfiehlt die WHO eine Pflegefachkraft für 3.000 bis 4.000 EinwohnerInnen.

ansehen“, allerdings erwärmen sich dafür deutlich mehr Frauen (65 %) als Männer (42 %). An dritter Stelle kommt bei Frauen die „Gartenarbeit“, Männer nennen an dieser Stelle „Ausflüge“. Die traditionelle Sozialisation bzw. die Vorurteile darüber, was „Frauensache“ und was „Männersache“ ist, prägen nicht nur Schul- und Berufswahl, sondern auch das Freizeitverhalten. Handarbeiten und Nähen sind beispielsweise für 40 Prozent Frauen Freizeitbetätigungen, aber nur für 1,3 Prozent der Männer. Mit handwerklichen Tätigkeiten hingegen beschäftigen sich in der Freizeit 32 Prozent der Männer, aber nur sechs Prozent der Frauen. In einer Gesellschaft, in der technische Interessen lange Zeit als „unweiblich“ galten, erstaunt es auch nicht, dass der Anteil der Männer, die sich in ihrer Freizeit mit dem Computer beschäftigen, mehr als doppelt so groß ist, wie jener der Frauen.

Welche Freizeitaktivitäten jemand bevorzugt, hängt bei Frauen ebenso wie bei Männern zum Teil von der Schulbildung (und damit auch vom Einkommen ab). Während von den Frauen, die ihre Schulbildung mit der Pflichtschule oder Lehre abgeschlossen haben, zwischen 42 und 45 Prozent in ihrer Freizeit handarbeiten und nähen, aber weniger als drei Prozent sich am PC/Laptop beschäftigen, sind es bei den Akademikerinnen nur 25 Prozent, die handarbeiten und nähen, aber 20 Prozent, die in ihrer Freizeit den PC/Laptop nützen.

Bei all den genannten Freizeittätigkeiten unterscheidet sich die Situation in Vorarlberg nicht wesentlich von der gesamtösterreichischen. Was die Möglichkeit eines Internetzuganges im eigenen Haushalt anlangt, liegt Vorarlberg nach Wien an zweiter Stelle. Ebenso bei der privaten Nutzung des Internets in einem Ausmaß von mehr als fünf Wochenstunden.

Zeitung lesen ist für die Mehrheit der Bevölkerung eine Selbstverständlichkeit. 66 Prozent der VorarlbergerInnen (und auch der ÖsterreicherInnen) lesen Tageszeitungen. Daran hat sich in den letzten zehn Jahren nichts geändert. Allerdings lesen mehr Männer Tageszeitungen (69 %) als Frauen (64 %). Zu Wochen- und Monatsmagazinen sowie Illustrierten greifen mehr Frauen (33 %) als Männer (16 %). Männer vertiefen sich eher in Fach- und Hobbyzeitschriften (29 %) als Frauen (16 %).

In Vorarlberg lesen mehr Menschen regelmäßig Bücher (60 %) als im gesamten Bundesgebiet (55 %). Der Anteil der Mädchen und Frauen, die Bücher lesen (62 %), ist deutlich höher als jener der Männer (47 %). Frauen nehmen sich auch mehr Zeit fürs Lesen.

Was den Lesestoff betrifft, so greifen beide Geschlechter immer mehr zu Unterhaltungsliteratur, Frauen allerdings zu einem deutlich höheren Prozentsatz (56 %) als Männer (32 %). Von den Mädchen und Frauen wird in Vorarlberg am zweithäufigsten Kinder- und Jugendliteratur gelesen

(befragt werden nämlich Personen ab sechs Jahren), an dritter Stelle steht der Themenbereich „Psychologie, Pädagogik und Lebenshilfe“. Bei Männern kommt nach der Unterhaltungsliteratur der Themenbereichbereich „Naturwissenschaft, Technik, Hobby, Heimwerken“, gefolgt von historischen und politischen Büchern.

Beim Besuch kultureller Veranstaltungen gibt es keine gravierenden geschlechtsspezifischen Unterschiede.

Die beliebtesten Sportarten in Vorarlberg sind für Frauen ebenso wie für Männer: Radfahren, Schwimmen, Wandern und Alpenschifahren. Vor allem das Radfahren erfreut sich in den letzten zehn Jahren zunehmender Beliebtheit. Die auffallendsten geschlechtsspezifischen Unterschiede zeigen sich bei Fußball und Gymnastik. Fußball wird zwar von 22 Prozent der Männer, aber nur von zwei Prozent der Frauen gespielt. Gymnastik hingegen betreiben 20 Prozent der Frauen, aber nur 9 Prozent der Männer. Auch beim Alpenschifahren gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede; diese Sportart üben 35 Prozent der Frauen und 44 Prozent der Männer aus.

AUSBILDUNG

AUSBILDUNGSNIVEAU

Das Ausbildungsniveau der Vorarlberger Bevölkerung hat sich ebenso wie jenes der österreichischen Bevölkerung insgesamt in den letzten Jahrzehnten deutlich erhöht. Allein zwischen den Volkszählungen 1981 und 1991 ist der Anteil der VorarlbergerInnen, die keine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung hat, um zehn Prozentpunkte zurückgegangen.² Der Anteil der MaturantInnen und AkademikerInnen ist im selben Zeitraum um 75 Prozent gestiegen. Die Vorarlberger Bildungssituation weist jedoch einige Besonderheiten auf:

- Vorarlberg hat einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Personen, die „nur“ Pflichtschulausbildung haben, den zweithöchsten nach dem Burgenland. Bei der männlichen Bevölkerung sogar den höchsten. In Vorarlberg liegt der Anteil an Personen mit keiner anderen als Pflichtschulausbildung um mehr als sechs Prozentpunkte über dem Österreichdurchschnitt. Dies dürfte - zum Teil jedenfalls - auf den relativ hohen MigrantInnenanteil an der Wohnbevölkerung zurückzuführen sein (oder richtiger: auf die Tatsache, dass vorwiegend Arbeitskräfte für Tätigkeiten mit geringen Qualifikationserfordernissen ins Land kamen bzw. geholt wurden). Österreichweit zeigt sich jedenfalls: Der Anteil der Personen mit ausschließlich Pflichtschulbildung ist unter der ausländischen Bevölkerung deutlich höher als unter der österreichischen. Innerhalb Vorarlbergs hat denn auch der Bezirk Dornbirn, wo in Relation zur Gesamtbevölkerung am meisten AusländerInnen, davon mehrheitlich TürkInnen, leben und arbeiten, den mit Abstand höchsten Anteil an Personen, die nur über Pflichtschulbildung verfügen.
- Gleichzeitig haben Vorarlberg und Burgenland einen relativ geringen Anteil an Personen mit Lehrabschluss. (Das Bundesland mit dem geringsten Anteil an Personen mit Lehrabschluss ist allerdings Wien. Im Unterschied zu den Bundesländern Vorarlberg und Burgenland hat Wien jedoch den niedrigsten Anteil an Personen mit keiner anderen als Pflichtschulausbildung und den höchsten Anteil an Personen mit höherer und Hochschulbildung.)

² Da zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Berichtes die Daten der Volkszählung 2001 für den Bereich Bildung noch nicht ausgewertet sind, werden im Folgenden für die aktuelle Situation im Bildungsbereich – sofern nicht anders angegeben – Daten des Mikrozensus 2002 verwendet.

- Während der Anteil der Personen, die eine berufsbildende mittlere Schule (Fachschule) abgeschlossen haben, in Vorarlberg etwas über dem Österreichdurchschnitt liegt, ist der Anteil der MaturantInnen an der Vorarlberger Wohnbevölkerung eher gering, nach Oberösterreich der zweitniedrigste von allen Bundesländern.
- Der Anteil an Personen, die eine hochschulverwandte Lehranstalt (Pädagogische Akademie, Akademie für Sozialarbeit) abgeschlossen haben, ist in Vorarlberg mit 2,5 Prozent höher als in allen anderen Bundesländern. Die Akademikerquote (4,0 %) liegt hingegen deutlich unter dem Österreichdurchschnitt (5,3 %). Erklärbar ist dies
 - zum einen durch die Tatsache, dass Vorarlberg selbst keine Universität hat und erst seit wenigen Jahren Fachhochschul-Studiengänge anbietet
 - zum anderen durch die Siedlungsstruktur Vorarlbergs. Alle diesbezüglichen Analysen zeigen, dass die Akademiker- und Maturantenquote mit der Gemeindegröße steigt. Die höchsten Anteile innerhalb Österreichs finden sich allerdings nicht in Wien, sondern in Städten, die zwischen 100.000 und 200.000 EinwohnerInnen haben. Eine Stadt dieser Größenordnung aber gibt es in Vorarlberg nicht. Vorarlberg hat einen hohen Anteil kleiner Gemeinden. So gesehen entsprechen die Maturanten- und die Akademikerquote durchaus der Siedlungsstruktur.
- Vorarlberg ist nach Wien das Bundesland mit dem zweithöchsten Anteil an SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache. Insgesamt haben dreizehn Prozent der SchülerInnen in Vorarlberg eine andere Muttersprache als Deutsch. Zum allergrößten Teil handelt es sich dabei um Kinder von MigrantInnen aus der Türkei oder dem ehemaligen Jugoslawien. Der Anteil der SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache differiert sowohl nach Region als auch nach Schulart.

Die Schulstatistik zeigt, dass die Bildungschancen von SchülerInnen nicht deutscher Muttersprache de facto deutlich geringer sind als jene von SchülerInnen deutscher Muttersprache.

Ein unverhältnismäßig hoher Anteil von SchülerInnen nicht deutscher Muttersprache besucht Sonderschulen, sehr wenige besuchen höhere Schulen (Tab.8). Allerdings gibt es auch innerhalb der SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Zwar kommen auch überproportional viele Mädchen mit nicht deutscher Muttersprache in Sonderschulen, aber in Relation deutlich weniger als Buben (Tab.9).

Tabelle 8: SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache in Vorarlberg nach Schulart im Schuljahr 2001/02

Schulart	SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache	
	absolut	Anteil an allen SchülerInnen in %
Volksschule	3.447	17,3
Hauptschule	2.235	15,6
Sonderschule	303	30,0
Polytechnische Schule	194	17,9
Berufsschule	346	5,3
Berufsbildende mittlere Schule (BMS)	250	11,0
Berufsbildende höhere Schule (BHS)	281	5,4
Lehrerbildende Schule	1	0,3
Allgemein bildende höhere Schule (AHS)	328	4,7
Alle Schulen	7.385	12,7

Quelle: Österreichische Schulstatistik 01/02; eigene Berechnungen

Tabelle 9: SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache in Vorarlberg nach Geschlecht und Schulart im Schuljahr 2001/02

Schulart	Anteil der SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache in %	Relation Schüler : Schülerinnen mit nicht deutscher Muttersprache in %
Volksschule	17,3	52 : 48
Hauptschule	15,6	52 : 48
Sonderschule	30,0	63 : 37
Polytechnische Schule	17,9	61 : 39
Berufsschule	5,3	64 : 36
Berufsbildende mittlere Schule (BMS)	11,0	49 : 51
Berufsbildende höhere Schule (BHS)	5,4	52 : 48
Allgemein bildende höhere Schule (AHS)	4,7	39 : 61

Quelle: Österreichische Schulstatistik 01/02; eigene Berechnungen

In den allgemein bildenden höheren Schulen ist zwar der Anteil der SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache insgesamt sehr niedrig (4,7 %), unter den AHS-SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache ist der Anteil der Mädchen allerdings überproportional hoch (61 %).

Insgesamt zeigt sich, dass SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache viel seltener an die Pflichtschule eine weiterführende Ausbildung anschließen. Das bedeutet, dass sie auf dem Arbeitsmarkt in viel stärkerem Maß Benachteiligungen ausgesetzt sind, mit unqualifizierten Tätigkeiten und geringer Entlohnung vorlieb nehmen müssen und von Arbeitslosigkeit überproportional betroffen sind. Am stärksten vertreten sind Kinder von MigrantInnen nach Abschluss der Pflichtschule in berufsbildenden mittleren Schulen, wo ihr Anteil elf Prozent beträgt.

Auf der Ebene der berufsbildenden mittleren Schulen gehen die Jugendlichen mit nicht deutscher Muttersprache weitgehend geschlechtsspezifisch getrennte Wege – drei Viertel der Schüler und ein Viertel der Schülerinnen berufsbildender mittlere Schulen besuchen eine gewerblich und technische Fachschule (im engeren Sinn). Die Hälfte der Mädchen besucht eine Handelsschule und etwas mehr als 20 Prozent eine wirtschaftsberufliche Fachschule oder eine Haushaltungsschule.

Kinder mit nicht deutscher Muttersprache werden überdurchschnittlich oft in Sonderschulen überstellt. In Vorarlberg beträgt ihr Anteil in Sonderschulen landesweit 30 Prozent. Ende der achtziger Jahre war Vorarlberg das Bundesland mit dem höchsten Anteil an Kindern nicht deutscher Muttersprache in Sonderschulen. Bis Ende der neunziger Jahre gelang es in Vorarlberg, den Anteil an Kindern nicht deutscher Muttersprache in Sonderschulen zu reduzieren. Derzeit steht Vorarlberg diesbezüglich an zweiter Stelle hinter Wien (37 %). Diese Zahlen machen deutlich, dass nicht nur das Geschlecht, sondern auch die soziale Herkunft enormen Einfluss auf die Bildungschancen hat.

Geschlechtsspezifische Unterschiede:

Das Bildungsniveau der Frauen stieg in den letzten Jahrzehnten stärker an als jenes der Männer. Das heißt, die traditionellen Unterschiede im Bildungsniveau von Frauen und Männern verringerten sich (vgl. Tab. 10 und 11). Frauen haben aber bis dato nicht gleichgezogen mit den Männern.

Die wesentlichen Unterschiede zwischen Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern hinsichtlich Bildungsniveau (Tab.10):

- Der Anteil der Vorarlbergerinnen, die keine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung hat, sinkt kontinuierlich, ist aber immer noch – innerhalb der gesamten Wohnbevölkerung - knapp 13 Prozentpunkte höher als jener der Männer.
- Die Akademikerquote der Männer ist in Vorarlberg mehr als doppelt so hoch wie jene der Frauen. Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Frauen eher als Männer so

AUSBILDUNG

genannte hochschulverwandte Ausbildungen (z.B. Pädagogische Akademie, Akademie für Sozialarbeit) absolvieren, bleiben geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen.

Innerhalb der jüngeren Generation hat sich das Bildungsniveau von Frauen und Männern weitgehend angeglichen: Unter den 25- bis 29-jährigen VorarlbergerInnen ist – laut Mikrozensus 2002 - der Anteil der Frauen, die keine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung haben (15,5 %), bereits geringer als jener der Männer (18,8 %). Etwa gleich viel Männer (56,7 %) wie Frauen (55 %) haben entweder eine Lehre oder eine mittlere Schule abgeschlossen. Der Anteil der Maturantinnen (24 %) ist bei den 25- bis 29-Jährigen sogar deutlich höher als jener der Maturanten (19,5 %), und etwas mehr Frauen (5,5 %) als Männer (5 %) haben eine hochschulverwandte oder eine Hochschulausbildung absolviert.

Insgesamt allerdings ändert sich auch bei den jüngeren Jahrgängen am speziellen Vorarlberger Bildungsverhalten bzw. an der Bildungssituation wenig. Ein Vergleich mit den gesamtösterreichischen Daten zeigt: Auch unter den 25- bis 29-Jährigen gibt es in Vorarlberg überdurchschnittlich viele Personen (vor allem Männer), die nach der Pflichtschule keine weiterführende Ausbildung absolviert haben; der Anteil der jungen Frauen, die eine berufsbildende mittlere Schule abgeschlossen haben, ist deutlich höher und der Anteil der MaturantInnen und HochschulabsolventInnen deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Tabelle 10: Ausbildungsniveau der Vorarlberger Wohnbevölkerung ab 15 Jahren nach Geschlecht, 1981 und 1991

Höchste abgeschlossene Ausbildung	Jahr	Frauen in %	Männer in %
Pflichtschule	1981	68,0	47,8
	1991	57,0	38,7
Lehre	1981	12,6	31,5
	1991	18,2	37,5
Fachschule	1981	14,0	10,0
	1991	15,9	10,5
Höhere Schule	1981	3,9	7,0
	1991	5,8	8,2
Hochschulverwandte Lehranstalt und Universität/Hochschule	1981	1,4	3,7
	1991	3,1	5,1

Quelle: Volkszählung 1981 und 1991; eigene Berechnungen.

Tabelle 11: Höchste abgeschlossene Ausbildung der Vorarlberger Wohnbevölkerung und der Vorarlberger Erwerbspersonen nach Geschlecht, 1998 und 2002

Höchste abgeschlossene Ausbildung	Wohnbevölkerung ab 15 Jahren				Erwerbspersonen ab 15 Jahren Labour-Force-Konzept ^{*)}			
	Frauen in %		Männer in %		Frauen in %		Männer in %	
	1998	2002	1998	2002	1998	2002	1998	2002
Pflichtschule	47,2	44,2	32,7	31,1	32,9	29,2	27,7	26,6
Lehre	21,6	23,8	38,6	38,7	26,1	29,6	42,5	41,8
Fachschule	15,4	14,1	10,4	9,7	19,4	16,8	10,8	9,6
Höhere Schule	11,3	12,5	11,5	13,0	14,3	15,8	11,5	13,5
Hochschulverwandte Lehranstalt	2,6	3,0	1,5	2,0	4,4	4,7	1,9	2,2
Universität/ Hochschule	1,9	2,4	5,3	5,5	2,9	3,9	5,6	6,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

^{*)} Erwerbspersonen sind erwerbstätige Personen (Unselbständige, Selbständige und mithelfende Angehörige) zuzüglich Arbeitslose. Das Labour-Force-Konzept erfasst alle Personen, die zumindest eine Stunde pro Woche gegen Bezahlung arbeiten.

Quelle: Statistik Austria/ Mikrozensus Jahresergebnisse 1998 und 2002; eigene Berechnungen.

SCHUL-, STUDIEN- UND BERUFSWAHL

Mädchen, so zeigen alle einschlägigen Untersuchungen, sollten bei der Schul- und Berufswahl keine falsche Bescheidenheit an den Tag legen. Genau genommen ist für Mädchen eine qualifizierte Ausbildung noch um einiges wichtiger als für Burschen. Denn Frauen haben es im Berufsleben erwiesenermaßen schwerer als Männer. Beispielsweise werden sie häufig unter ihrem Qualifikationsniveau eingesetzt. Benachteiligungen von Frauen bei der Bewerbung, bei der Bezahlung und bei der Beförderung sind, wie die Verfahren vor der Gleichbehandlungskommission zeigen, leider keine Einzelfälle. Angesichts der Vorurteile, mit denen Frauen im Beruf zum Teil noch immer konfrontiert sind, können sie einen Startvorteil in Form einer besonders qualifizierten Ausbildung sehr gut brauchen.

Im Unterschied zu früher ist die Berufstätigkeit heute für immer weniger Frauen eine vorübergehende Angelegenheit. Dazu kommt: Eine Eheschließung garantiert heute weniger denn je materielle Sicherheit. Das aber bedeutet, dass ein existenzsicherndes Einkommen für Frauen nicht weniger Bedeutung hat als für Männer.

Viele Mädchen beschreiten bei der Schul- bzw. Berufswahl allerdings immer noch traditionelle Wege. Sie ergreifen, weil es „immer schon so war“, ohne Rücksicht auf die persönlichen Neigungen, Fähigkeiten und Zukunftschancen, so genannte Frauenberufe, die entsprechend überlaufen und oft auch schlecht bezahlt sind sowie kaum Aufstiegschancen bieten, wie beispielsweise der klassische Frauenberuf der Sekretärin, und damit für Frauen längerfristig gesehen auch wenig Herausforderung und Befriedigung bieten.

Dass Frauen und Männer bei der Schul- und Berufswahl häufig unterschiedliche Wege gehen, ist nicht eine Folge der Biologie. Frauen sind keineswegs „von Natur aus“ technisch unbegabt, genauso wenig wie Männer „von Natur aus“ für Sozialarbeit ungeeignet sind. Allerdings ist es eine Tatsache, dass Frauen und Männern in unserer Gesellschaft lange Zeit hindurch unterschiedliche Rollen und damit auch Arbeiten zugewiesen wurden.

Heute sind Mädchen und Frauen alle Ausbildungsmöglichkeiten und nahezu alle Berufe zugänglich. Aber die traditionellen Vorstellungen davon, was „weiblich“ und was „männlich“ ist, welche Arbeiten „Männersache“ und welche „Frauensache“ sind, wirken noch weiter und bestimmen – zum Teil unbewusst – auch die Schul- und Berufswahl. Dazu kommt: Die Zuständigkeit für Haushalts-, Versorgungs- und Betreuungsarbeit blieb Frauen – zusätzlich zur Erwerbsarbeit – erhalten. In den Schul- und Berufswahlprozessen spiegeln sich diesen Ambivalenzen wider.

Technische Berufe:

Berufe mit einem hohen Frauenanteil weisen meist folgende Merkmale auf:

- Niedrige Einkommensstruktur
- Niedrige formale Qualifikationsanforderungen
- Geringe Aufstiegschancen
- Hohe Arbeitsplatzunsicherheit

Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurden viele Aktivitäten gesetzt, Mädchen und Frauen so genannte Männerberufe schmackhaft zu machen. Mit mäßigem Erfolg. Das Schul- und Berufswahlverhalten ändert sich eher langsam. In den vergangenen Jahren wurden in Österreich beispielsweise neue Lehrberufe geschaffen, die den veränderten Strukturen am Arbeitsmarkt gerecht werden sollen. Vor allem im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) wurden zahlreiche neue Ausbildungsmöglichkeiten eingerichtet (Tab.12). In Vorarlberg liegt der Mädchenanteil in diesen neuen Lehrberufen (10 %) unter dem österreichischen Durchschnitt (14,2 %). Ähnlich wie im Bereich Fachhochschulausbildung zeigt sich: Mädchen interessieren sich vor allem dann für technische Berufe, wenn diese auch kreative Aspekte

beinhalten. So hat der Lehrberuf „Medienfachfrau, -mann/MediendesignerIn“ österreichweit ebenso wie in Vorarlberg den höchsten Mädchenanteil von allen Lehrberufen im IKT-Bereich.

Tabelle 12: Mädchen in Lehrberufen (Einfachlehren) im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien im Jahr 2002

IKT-Berufe	Vorarlberg			Österreich gesamt		
	Lehrlinge gesamt	davon Mädchen	Mädchenan teil in %	Lehrlinge gesamt	davon Mädchen	Mädchenan teil in %
EDV-Kauffrau/-mann	7	1	14,3	226	51	22,6
EDV-TechnikerIn	125	6	4,8	1.464	118	8,1
InformatikerIn	21	3	14,3	227	28	12,3
IT-ElektronikerIn	-	-	-	35	7	20,0
IT-Kauffrau/-mann	1	1	100	40	15	37,5
KommunikationstechnikerIn*	29	2	6,9	871	60	6,9
Medienfachfrau/-mann, Mediendesign	24	8	33,3	397	172	43,3
Medienfachfrau/-mann, Medientechnik	2	0	0,0	94	27	28,7
MikrotechnikerIn	-	-	-	15	2	13,3
Gesamt	209	21	10,0	3.369	480	14,2

*) Audio- und Videoelektronik, Bürokommunikation, EDV und Telekommunikation, Nachrichtenelektronik sind zusammengefasst

Quelle: Bundeswirtschaftskammer bzw. Wirtschaftskammer Vorarlberg: Lehrlingsstatistik 2002

Tabelle 13: SchülerInnen an technischen und gewerblichen Schulen^{*)} in Vorarlberg 1971/72 bis 2001/02

	1971/72		1981/82		1991/92		2001/02	
	BMS	BHS	BMS	BHS	BMS	BHS	BMS	BHS
SchülerInnen gesamt	769	463	1.037	1.090	774	1.339	629	1.738
Mädchenanteil in %	50,2	0,4	43,0	6,5	30,5	10,8	18,1	15,5

*) Technische und gewerbliche Schulen im engeren Sinn
BMS = Berufsbildende mittlere Schule. BHS = Berufsbildende höhere Schule

Quelle: Statistik Austria/ Schulwesen in Österreich 2001/02

Seit den siebziger Jahren sinkt der Frauenanteil an den SchülerInnen gewerblicher und technischer Fachschulen kontinuierlich, während der Anteil der SchülerInnen in den Höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten von 0,4 Prozent zu Beginn der siebziger Jahre auf immerhin 15,5 Prozent im Schuljahr 2000/2001 angestiegen ist (Tab.13). Diese Entwicklung entspricht dem allgemeinen Trend weg von den berufsbildenden mittleren Schulen hin zu den berufsbildenden höheren Schulen.

AUSBILDUNG

Insgesamt betrug im Schuljahr 2001/02 der Mädchenanteil in den technisch und gewerbliche Schulen im engeren Sinn (BMS + BHS) in Vorarlberg 16,2 Prozent und liegt damit deutlich über dem entsprechenden Wert für Österreich (10 %).

Innerhalb des höheren Schulwesens sind die Schülerinnen in der Mehrheit (Tab.14). Und zwar sowohl an den allgemein bildenden höheren Schulen (54 %) als auch an den berufsbildenden höheren Schulen (56 %). Innerhalb des allgemein bildenden höheren Schulwesens tendieren deutlich mehr Mädchen als Burschen zum Besuch eines Oberstufenrealgymnasiums (Mädchenanteil: 65 %) und eines wirtschaftskundlichen Realgymnasiums.

Tabelle 14: SchülerInnen in Vorarlberg nach Geschlecht und Schulart im Schuljahr 2001/2002

Schulart	Schülerzahl	davon Mädchen	Mädchenanteil in %
Volksschulen	19.932	9.605	48,2
Hauptschulen	14.371	6.926	48,2
Sonderschulen	997	363	36,4
Polytechnische Schulen	1.081	382	35,3
Allgemein bildende höhere Schulen (AHS)	7.036	3.790	53,9
Berufsschulen	6.655	2.280	34,3
Berufsbildende mittlere Schulen (BMS)	2.487	1.448	58,2
Berufsbildende höhere Schulen (BHS)	5.578	3.120	55,9
Akademie für Sozialarbeit	112	88	78,6
Pädagogische Akademie	256	203	79,3
Gesamt	58.505	28.205	48,2

Quelle: Amt der Vorarlberger Landesregierung/ Landesstelle für Statistik; eigene Berechnungen.

Innerhalb des berufsbildenden mittleren und höheren Schulwesens entscheidet sich ein Großteil der Mädchen für den Besuch

- wirtschaftsberuflicher Schulen (früher: Schulen für wirtschaftliche Frauenberufe), und zwar sowohl für den Besuch von Fachschulen als auch für den Höherer Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe
- kaufmännischer Schulen (Handelsschulen und Handelsakademie)

Besonders hoch ist der Mädchenanteil in den wirtschaftsberuflichen Schulen. Die Fachschulen für wirtschaftliche Berufe sind eine reine Frauendomäne. An diesen Schulen gibt es keinen einzigen Schüler. In der Höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe betrug der Anteil an

Schülern im Schuljahr 2001/02 0,3 Prozent (in Zahlen: 3). In der Höheren Lehranstalt des Ausbildungsbereichs Fremdenverkehr ist der Anteil der Schülerinnen in den letzten drei Jahren von 73 auf 80 Prozent gestiegen ist. Weitgehend unter sich bleiben die Frauen auch an der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik (Schüleranteil: 2,5 %). An den Höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten (im engeren Sinn) sind Frauen hingegen eine Minderheit. Der Frauenanteil an den SchülerInnen beträgt dort 18 Prozent. Er liegt damit allerdings sieben Prozentpunkte über dem Österreichdurchschnitt (11 %).

Trotz der auffallenden geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Bildungswegen zeigt sich: Mädchen entschließen sich eher dazu, eine unkonventionelle Ausbildung zu machen und in traditionell männerdominierte Ausbildungsbereiche und Berufe vorzudringen als Burschen in frauendominierte.

Untersuchungen zeigen übrigens, dass mit höherem Bildungsgrad der Eltern die Bereitschaft der Töchter zu einer frauenuntypischen Berufswahl zunimmt.

Nicht nur bei der Schul-, sondern auch bei der Studienwahl gibt es deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Die Fachbereiche mit dem höchsten Frauenanteil an den Studierenden waren im Wintersemester 2001/02 die Fakultät für Kulturwissenschaften der Universität Klagenfurt mit einem Frauenanteil von 73 Prozent an den Studierenden, gefolgt von der Geistes- und Kulturwissenschaftliche Fakultät der Universität Wien mit einem Studentinnenanteil von 71 Prozent und die Veterinärmedizinische Universität Wien mit 75 Prozent. Wissenschaftsdisziplinen mit dem geringsten Anteil an Studentinnen waren die Fakultäten für Maschinenbau sowie Elektrotechnik und Informationstechnik an den Universitäten Wien und Graz, wo der Anteil der Studentinnen zwischen fünf und sieben Prozent liegt.

HAUPTSCHULE – AHS

Die Zahl der HauptschülerInnen geht seit Anfang der achtziger Jahre zurück, parallel dazu ist die Zahl der SchülerInnen an den allgemein bildenden höheren Schulen (AHS) gestiegen. Das zahlenmäßige Verhältnis der Schüler und Schülerinnen, die eine Hauptschule besuchen, und jener, die eine AHS-Unterstufe besuchen, beträgt seit etlichen Jahren in Vorarlberg unverändert 3,8. Das heißt, auf 3,8 Kinder, welche die Hauptschule besuchen, kommt eines, das die AHS-Unterstufe besucht. Allerdings schwankt diese Quote nach Bezirken. Im Bezirk Feldkirch ist sie am höchsten. Am niedrigsten ist sie im „städtischen“ Bezirk Dornbirn, was zeigt, dass die leichte Erreichbarkeit höherer Schulen ein wesentliches Kriterium für deren Besuch ist. Mädchen

AUSBILDUNG

tendieren eher dazu, eine AHS-Unterstufe zu besuchen als Buben. Mädchen sind daher in der AHS-Unterstufe die Mehrheit (51 %), Buben in der Hauptschule (52 %).

In der AHS-Oberstufe sind die Mädchen zwar in der Minderheit, in den Oberstufenrealgymnasien hingegen deutlich in der Mehrheit (65 %). Insgesamt legen mehr Mädchen (58 %) als Burschen an einer AHS die Reifeprüfung ab.

POLYTECHNISCHE SCHULE

An den Polytechnischen Schulen verringerten sich die Schülerzahlen ebenfalls seit Anfang der achtziger Jahre, wenn auch nicht kontinuierlich. Der Anteil der Mädchen an den SchülerInnen Polytechnischer Schulen ist traditionell niedrig (35 %). Mädchen legen das neunte Jahr der Schulpflicht eher an einer berufsbildenden mittleren (oder höheren) Schule zurück.

LEHRAUSBILDUNG

Vorarlberg ist weiterhin das Land mit der höchsten Lehrlingsquote in Österreich. 51 Prozent der Jugendlichen haben sich im Jahr 2002 in Vorarlberg für eine Lehrausbildung entschieden, und zwar 65 Prozent der Burschen und 36 Prozent der Mädchen. Der Frauenanteil an allen Lehrlingen beträgt seit Jahrzehnten – in Vorarlberg ebenso wie österreichweit – unverändert ein Drittel.

Tabelle 15: Lehrlinge nach Sparten und Geschlecht, 2001

Sparte	2001			Zum Vergleich: 1993
	Lehrlinge gesamt	davon Mädchen	Mädchen-an- teil in %	Mädchenanteil in %
Gewerbe und Handwerk	3.411	679	19,9	20,5
Industrie	1.197	179	15,0	15,6
Handel	1.182	827	70,0	75,8
Geld, Kredit, Versicherung	68	37	54,4	52,5
Verkehr	127	28	22,0	20,2
Tourismus	686	411	60,0	54,4
Information und Consulting	225	77	34,2	-
Keine Kammermitglieder*)	319	164	51,4	20,5
Gesamt	7.215	2.402	33,3	32,8

*) Lehrlinge in Betrieben, die nicht der Wirtschaftskammer angehören (z.B. Rechtsanwaltskanzleien, Magistrate) oder in selbständigen Ausbildungseinrichtungen

Quelle: Wirtschaftskammer Vorarlberg

Ziemlich unverändert ist in Vorarlberg auch die Zahl der Lehrlinge. Sie hat sich zwischen 1993 und 2002 um zwei Prozent verringert, von 7.372 auf 7.215.

Etwa 40 Prozent der Lehrlinge kommen aus einer Polytechnischen Schule, etwa ein Drittel aus einer Haupt- oder Sonderschule und ein Viertel aus einer allgemein bildenden höheren Schule sowie aus berufsbildenden mittleren oder höheren Schulen.

12 Prozent der Lehrlinge haben eine andere als die österreichische Staatsbürgerschaft. Der größte Teil davon, insgesamt fünf Prozent aller Lehrlinge sind türkische Jugendliche. An dritter Stelle kommen mit zweieinhalb Prozent Lehrlinge mit deutscher Staatsbürgerschaft. Unter den Lehrlingen mit türkischer Staatsbürgerschaft ist der Mädchenanteil (30 %) etwas geringer als unter den Lehrlingen insgesamt.

Hinsichtlich Berufswahl gibt es bei Lehrlingen extreme geschlechtsspezifische Unterschiede. Ein anschauliches Bild davon vermittelt einerseits die Verteilung weiblicher und männlicher Lehrlinge auf die einzelnen Sparten (Tab.15), aber auch die von Mädchen bzw. Burschen am häufigsten gewählten Lehrberufe (Tab.16).

Ein Vergleich, wie sich männliche und weibliche Lehrlinge auf die einzelnen Sparten verteilen, zeigt, dass sich in den letzten zehn Jahren in den Lehrberufen an den so genannten Männer- und Frauendomänen bzw. an der Teilung des Arbeitsmarkts nur wenig ändert. Die Sparten „Gewerbe und Handwerk“, „Industrie“ sowie „Verkehr“ sind nach wie vor Männerdomänen. Der Anteil der weiblichen Lehrlinge beträgt in diesen Sparten zwischen 15 und 20 Prozent und hat sich seit 1993 nur minimal erhöht. Die Sparte „Handel“ ist eine Frauendomäne geblieben, auch wenn sich der Anteil der weiblichen Lehrlinge seit 1993 von 75,8 auf 70 Prozent verringert hat. Gleichzeitig hat sich der Anteil der weiblichen Lehrlinge in den Sparten „Geld, Kredit, Versicherung“ und mehr noch in der Sparte „Tourismus“, wo weibliche Lehrlinge bereits 1993 in der Mehrheit waren, weiter erhöht (auf 54,4 bzw. 60 %). Insgesamt bleibt die Teilung des Arbeitsmarktes in frauendominierte und männerdominierte Bereiche im Wesentlichen bestehen. Die einzige Sparte, in der sich hinsichtlich des Anteils weiblicher Lehrlinge seit 1993 eine gravierende Änderung vollzog, waren in Vorarlberg jene Unternehmen bzw. Ausbildungsplätze in Betrieben, die nicht der Wirtschaftskammer angehören. Die Zunahme des Frauenanteils in dieser Sparte dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass im öffentlichen Dienst in den neunziger Jahren in Vorarlberg vermehrt (weibliche) Lehrlinge aufgenommen wurden und durch die Schaffung neuer Lehrberufe (z.B. KanzleiassistentIn und Pharmazeutisch-kaufmännische AssistentIn) in Rechtsanwaltskanzleien und Apotheken zunehmend (weibliche) Lehrlinge ausgebildet werden.

AUSBILDUNG

Die Zahl der weiblichen Lehrlinge in so genannten „Männerberufen“, das sind jene mehr als 200 Lehrberufe, in denen der Frauenanteil unter 40 Prozent liegt, hat sich in Vorarlberg zwischen 1993 und 2002 von 177 auf 376 erhöht, das heißt, sie hat sich mehr als verdoppelt. Um Betrieben einen Anreiz zu geben, Mädchen in einem solchen Lehrberuf auszubilden, erhalten diese eine Förderung seitens des Arbeitsmarktservice (AMS). Anteilsmäßig ist der Prozentsatz weiblicher Lehrlinge in „Männerberufen“ dadurch seit 1993 von 7,3 auf 15,6 Prozent gestiegen.

Mädchen konzentrieren sich zwar etwas weniger als in der Vergangenheit, aber immer noch sehr stark auf einige wenige traditionelle Frauenberufe. So wurden 2002 in Vorarlberg 54,5 Prozent aller weiblichen Lehrlinge in nur drei (!) Berufen ausgebildet (Einzelhandel, Friseurin und Bürokauffrau). 1995 fanden sich allerdings noch zwei Drittel der weiblichen Lehrlinge in diesen drei Berufen, 1998 waren es 56,8 Prozent.

Drei Viertel (75,6 %) der weiblichen Lehrlinge in Vorarlberg konzentrieren sich auf nur zehn Lehrberufe (1998: 80 %), obwohl es etwa 250 Lehrberufe gibt.

Tabelle 16: Die zehn in Vorarlberg am häufigsten gewählten Lehrberufe nach Geschlecht, 2002

Von Frauen bevorzugte Lehrberufe	Anteil an allen weiblichen Lehrlingen in %	Von Männern bevorzugte Lehrberufe	Anteil an allen männlichen Lehrlingen in %
1. Einzelhandel	29,7	1. Tischler	5,3
2. Friseurin und Perückenmacherin	12,6	2. Kraftfahrzeugtechnik	5,1
3. Bürokauffrau	12,2	3. Gas- und Wasserleitungsinstallateur /Heizungsinstallateur	5,0
4. Restaurantfachfrau	6,0	4. Einzelhandel	4,5
5. Hotel- und Gastgewerbeassistentin	4,2	5. Maurer	4,3
6. Köchin	2,7	6. Anlagenelektriker	4,1
7. Pharmaz.-kaufmännische Assistentin	2,5	7. Koch	3,6
8. Blumenbinderin und -händlerin	2,1	8. Kraftfahrzeugmechaniker	3,5
9. Verwaltungsassistentin	1,8	9. Elektroinstallationstechnik	3,5
10. Köchin/ Restaurantfachfrau	1,8	10. Elektroinstallateur	3,2
Gesamt	75,6	Gesamt	42,1

Quelle: Wirtschaftskammer Vorarlberg

Letztlich zeigt dieses Berufswahlverhalten, welche Bedeutung die traditionellen Rollenbilder immer noch haben, wie wenig sich Mädchen nach wie vor selbst zutrauen bzw. wie wenig ihnen von Eltern ebenso wie AusbilderInnen zugetraut wird.

Bei den männlichen Lehrlingen ist die berufliche Konzentration weit weniger stark. Sie verteilen sich auf viel mehr Berufe. Auf die zehn bei Burschen beliebtesten Lehrberufe entfallen 42,1 Prozent der männlichen Lehrlinge (1998: 51 %).

BERUFSBILDENDE MITTLERE SCHULEN

Berufsbildende mittlere Schulen haben in den letzten zehn Jahren zunehmend SchülerInnen verloren. Parallel dazu ist die Zahl der SchülerInnen an berufsbildenden höheren Schulen gestiegen.

Im Wesentlichen konzentrieren sich die BMS-Schülerinnen auf wirtschaftliche und kaufmännische Schulen (71 %). 21 Prozent besuchen gewerbliche und technische mittlere Schulen, davon mehr als die Hälfte eine Fachschule im Bereich Fremdenverkehr. Acht Prozent besuchen eine land- und forstwirtschaftliche Fachschule.

Haushaltungsschulen, die keine vollwertige Berufsausbildung vermitteln, werden von immer weniger Schülerinnen besucht. Allerdings ist die Zahl der Schülerinnen an diesen Schulen fast so hoch wie in Wien (oder richtiger: in Wien ist die Zahl der Mädchen, die Haushaltungsschulen besuchen, fast so niedrig wie in Vorarlberg.)

Im Unterschied zu den BMS-Schülerinnen besuchen von den BMS-Schülern 57 Prozent gewerbliche und technische mittlere Schulen. Weitere 25 Prozent besuchen kaufmännische Schulen, 18 Prozent land- und forstwirtschaftliche Schulen. Wirtschaftsberufliche mittlere Schulen haben in Vorarlberg keinen einzigen männlichen Schüler.

Erfahrungsgemäß werden die traditionell frauendominierten Ausbildungsgänge im späteren Berufsleben deutlich schlechter bezahlt als die männerdominierten.

BERUFSBILDENDE HÖHERE SCHULEN

Die Zahl der SchülerInnen und die der AbsolventInnen berufsbildender höherer Schulen steigt insgesamt kontinuierlich an, wenn auch nicht in allen Fachrichtungen.

Burschen konzentrieren sich in den letzten Jahren zunehmend auf technische und gewerbliche Fachrichtungen (62 %). Die restlichen 38 Prozent besuchen kaufmännische Schulen. Anders bei den Mädchen: Von diesen besuchen 45 Prozent kaufmännische Schulen, weitere 37 Prozent sind SchülerInnen wirtschaftsberuflicher Schulen. Die restlichen 18 Prozent der BHS-Schülerinnen besuchen technische und gewerbliche höhere Schulen. Davon studiert etwas weniger als die Hälfte (43 %) an einer Lehranstalt im Ausbildungsbereich Fremdenverkehr.

Knapp zehn Prozent der BHS-Schülerinnen, aber 55 Prozent der BHS-Schüler besuchen eine Höhere technische Lehranstalt (HTL) im engeren Sinn. Auch wenn der Prozentsatz der Mädchen, die eine HTL im engeren Sinn besuchen, sehr gering ist, liegt er in Vorarlberg doch um vier Prozentpunkte über dem Österreichdurchschnitt. Das ist darauf zurückzuführen, dass es in Vorarlberg Höhere technische Lehranstalten mit Fachbereichen gibt (z.B. Textiltechnik, Textilbetriebstechnik, Textilmanagement), für die sich Mädchen eher interessieren als für die klassischen Ingenieurstudien.

Tabelle 17: Bestandene Reifeprüfungen nach Schulart und Geschlecht, 1987 – 1997 - 2000

Schulart	1987	1997	2000
Allgemein bildende höhere Schulen			
Zahl der Reifeprüfungen	725	615	811
davon Frauen	355	317	471
Frauenanteil in %	49,0	51,5	58,1
Technisch gewerbliche und kunstgewerbliche Schulen			
Zahl der Reifeprüfungen	186	261	214
davon Frauen	23	69	52
Frauenanteil in %	12,4	26,4	24,3
Kaufmännische Schulen**)			
Zahl der Reifeprüfungen	310	246	247
davon Frauen	156	130	145
Frauenanteil in %	50,3	52,8	58,7
Wirtschaftsberufliche Schulen			
Zahl der Reifeprüfungen	114	140	164
davon Frauen	114	140	164
Frauenanteil in %	100	100	100
Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik			
Zahl der Reifeprüfungen	37 ^{*)}	74	57
davon Frauen	37	74	57
Frauenanteil in %	100	100	100
Reifeprüfungen gesamt			
Zahl der Reifeprüfungen	1.335	1.336	1.493
davon Frauen	648	730	889
Frauenanteil in %	48,5	54,6	59,5

^{*)} Die Zahlen stammen nicht aus dem Jahr 1987, sondern aus dem Jahr 1990, als erstmals Reifeprüfungen an dieser Schulart abgenommen wurden.

^{**)} Handelsakademien (einschließlich aller Sonderformen)

Quelle: Statistik Austria/ Schulstatistik 1997 sowie Schulwesen in Österreich 2001/02; eigene Berechnungen.

BERUFSREIFEPRÜFUNG

Im Rahmen des Zweiten Bildungsweges ist es unter anderem möglich, die Berechtigung zum Universitäts- bzw. Hochschulzugang zu erwerben. Wer eine Berufsreifeprüfung ablegt, ist beispielsweise ebenso wie MaturantInnen zum Besuch von Universitäten, Fachhochschulen, Akademien und Kollegs berechtigt. Damit ist seit 1997 auch Personen mit abgeschlossener Lehrausbildung, AbsolventInnen berufsbildender mittlerer Schulen und Krankenpflegeschulen sowie der Schulen für den medizinisch-technischen Fachdienst eine Weiterbildung auf höchstem Niveau möglich. Zur Vorbereitung auf die Berufsreifeprüfung wurden eigenen Lehrgänge an anerkannten Erwachsenenbildungseinrichtungen eingerichtet.

Solche Lehrgänge führen in Vorarlberg die Volkshochschulen Bregenz und Götzis, der Verein Bildung & Zukunft gemeinsam mit der Volkshochschule Bludenz sowie das Bildungscenter der Arbeiterkammer in Feldkirch und das WIFI Hohenems und Rankweil.

2001 legten in Vorarlberg 65 Personen eine Berufsreifeprüfung ab, davon waren 24 (40 %) Frauen. 2002 waren von den 64 Personen, die eine Berufsreifeprüfung ablegten, nur 17 (27 %) Frauen.

STUDIENBERECHTIGUNGSPRÜFUNG

Im Unterschied zur Berufsreifeprüfung vermittelt die Studienberechtigungsprüfung nur eine fachlich eingeschränkte Studienberechtigung, und zwar für eine im Voraus gewählte Studienrichtung.

Das Studienzentrum Bregenz führt seit Jahren Vorbereitungslehrgänge für die Ablegung der Studienberechtigungsprüfung. Pro Jahr legen zwischen 70 und 100 Personen (mehr als die Hälfte davon sind Frauen), die keine Matura haben, die Studienberechtigungsprüfung ab und erwerben damit die Möglichkeit des Universitätszugangs. Die von den AbsolventInnen des Jahres 2002 angepeilten Studienrichtungen bzw. Ausbildungsstätten: Von den Männern wollten 31 Prozent Betriebswirtschaft studieren, 24 Prozent an der Fachhochschule Vorarlberg in Dornbirn und 12 Prozent an der Akademie für Sozialarbeit. Die drei von Frauen am häufigsten gewählten Studienfächer bzw. Ausbildungsstätten: Pädagogik (27 %), Sozialakademie (23 %) und Psychologie (17 %).

Im Unterschied zu den männlichen Kollegen entschied sich keine einzige der Frauen für ein Studium der Informatik, der Mathematik oder der Politikwissenschaft und auch keine für den Besuch der Fachhochschule Vorarlberg.

HOCHSCHULVERWANDTE AUSBILDUNGEN

Die außeruniversitären Ausbildungen im postsekundären Bereich – sie umfassen in Vorarlberg das Studium an der Pädagogischen Akademie und an der Akademie für Sozialarbeit - sind von Frauen dominiert. Der Frauenanteil an den Studierenden beträgt an beiden Akademien jeweils knapp 80 Prozent.

FACHHOCHSCHULE

An der Fachhochschule Vorarlberg in Dornbirn, an der zu 75 Prozent VorarlbergerInnen studieren, stieg die Zahl der angebotenen Studiengänge und parallel dazu die der Studierenden innerhalb der letzten Jahre deutlich an. Anfang Juli 2003 gab es insgesamt 775 Studierende, 31 Prozent davon waren Frauen (1997: 24 %). Der Frauenanteil ist in den einzelnen Studiengängen unterschiedlich hoch. In den technischen Studiengängen stieg der Frauenanteil nur geringfügig, von 8,7 Prozent (Jahrgang 1999) auf 12,3 Prozent (Jahrgang 2002). In den anderen Studiengängen beträgt der Frauenanteil zwischen 40 und 45 Prozent.

Von den an der Fachhochschule Lehrenden sind inzwischen ein Drittel Frauen. An den internen Lehrenden, also den an der Fachhochschule Angestellten, beträgt der Frauenanteil 27 Prozent, an den externen 40 Prozent.

In den beiden technischen Studiengängen - „Technisches Produktionsmanagement“ und „iTec-Information and Communication Engineering“ – unterrichten fast ausschließlich Männer. Aber auch in allen anderen Studiengängen lehren deutlich mehr Männer als Frauen. Selbst im Studiengang „Sozialarbeit“, wo zwei Drittel der Studierenden Frauen sind, beträgt der Frauenanteil an den Lehrenden nur 42 Prozent.

UNIVERSITÄTEN

Im Studienjahr 2000/2001 studierten rund 6.700 VorarlbergerInnen an österreichischen Universitäten und Fachhochschulen (Tab.18). 48 Prozent der Vorarlberger StudentInnen, die an wissenschaftlichen Universitäten studierten, waren Frauen. Damit stieg der Frauenanteil an den aus Vorarlberg stammenden Studierenden an wissenschaftlichen Universitäten im Laufe von zehn Jahren um etwas mehr als zehn Prozentpunkte an.

Die Einführung von Studiengebühren an Universitäten führte dazu, dass im Wintersemester 2001/02 die Zahl der inländischen Studierenden insgesamt um 21 Prozent zurückging, die der Vorarlberger Studierenden um 16 Prozent. Da sich die Zahl der studierenden Vorarlbergerinnen

nicht im gleichen Ausmaß verringerte wie die der studierenden Vorarlberger, stieg der Frauenanteil an den Studierenden vom Wintersemester 2000/01 zum Wintersemester 2001/02 von 48 auf 49 Prozent. Er liegt jedoch noch immer unter dem Österreichdurchschnitt (52 %) und ist der niedrigste von allen Bundesländern.

Der Rückgang der Studierenden dürfte zu einem Großteil darauf zurückgehen, dass die Einführung von Studiengebühren den so genannten „Scheininskriptionen“ ein Ende setzte. Studiengebühren stellen aber auch eine gewisse finanzielle Barriere für die Aufnahme eines Universitätsstudiums dar. Allein die Zahl der StudienanfängerInnen war im Wintersemester 2001/02 um 15 Prozent geringer als im Jahr davor. Die Zahl der Vorarlberger StudienanfängerInnen ging um 12 Prozent zurück, wobei der Rückgang bei den männlichen Studienanfängern zehn Prozent betrug, bei den weiblichen hingegen 13 Prozent. Im Wintersemester 2002/2003 stieg die Zahl der Vorarlberger StudienanfängerInnen wieder an, und zwar um vier Prozent, die Zahl der aus Vorarlberg stammenden männlichen Studienanfänger stieg um sechs Prozent, die der weiblichen lediglich um zwei Prozent (inländische StudienanfängerInnen insgesamt: +5 %; Männer: +7 %, Frauen: +3 %). Die Einführung von Studiengebühren hält ganz offenbar mehr Frauen davon ab, ein Studium aufzunehmen als Männer.

Tabelle 18: Studierende aus Vorarlberg an österreichischen Universitäten und Fachhochschulen, Wintersemester 1997/98 bis 2001/2002

	Wissenschaftliche Universitäten	Universitäten der Künste	Fachhochschul- Studiengänge	Universitäten und Fachhochschulen gesamt
WS 1997/98				
Studierende	5.984	160	305	6.449
davon Frauen	2.577	88	73	2.738
Frauenanteil in %	43	55	24	42
WS 2000/01				
Studierende	6.005	170	533	6.708
davon Frauen	2.853	105	154	3.112
Frauenanteil in %	48	62	29	46
WS 2001/02				
Studierende	5.010	151	629	5.790
davon Frauen	2.433	101	196	2.730
Frauenanteil in %	49	67	31	47

Quelle: Hochschulbericht 1999; Österreichische Hochschulstatistik 1997/98, 2000/2001 und 2001/02; eigene Berechnungen.

AUSBILDUNG

Sukzessive erhöht hat sich in der Vergangenheit nicht nur der Frauenanteil an den Studierenden aus Vorarlberg, sondern auch der Frauenanteil an den StudienabsolventInnen. 538 Studierende aus Vorarlberg haben im Studienjahr 2000/2001 ihr Studium an einer wissenschaftlichen Universität abgeschlossen, davon waren 255 Frauen, das ist ein Frauenanteil von 47 Prozent. (1996/97: 38 %). Von den VorarlbergerInnen, die ihr Studium 2000/2001 an einer Universität der Künste abschlossen, waren 55 Prozent Frauen. Von den 629 VorarlbergerInnen, die Fachhochschul-Studiengänge besuchen – mehr als drei Viertel (78 %) davon studieren an der Fachhochschule Vorarlberg in Dornbirn - sind 31 Prozent Frauen. Der Frauenanteil an den VorarlbergerInnen, die 2000/2001 ein Fachhochschul-Studium abschlossen, betrug 27 Prozent.

Ähnlich wie bei den (Lehr-)Berufen konzentrieren sich junge Frauen in viel stärkerem Ausmaß auf bestimmte Ausbildungsrichtungen bzw. Universitäten. Daran hat sich in den letzten Jahren nichts geändert. Im Gegenteil. Beispielsweise studieren seit Jahren etwa 86 Prozent der Vorarlberger Universitätsstudentinnen an den beiden Universitäten Innsbruck und Wien. Von den Vorarlberger Studenten sind hingegen immer nur knapp 70 Prozent an diesen beiden Universitäten inskribiert. Während nahezu jeder fünfte Vorarlberger Student an einer der beiden Technischen Universitäten in Wien und Graz studiert, findet sich dort nur jede 33. Vorarlberger Studentin. 1997/1998 war es noch jede 25. Studentin gewesen.

Über die Zahl der VorarlbergerInnen, die an Universitäten im Ausland studieren, liegen keine Daten vor. Bekannt ist lediglich die Zahl der Studierenden, die über das Eurostudienzentrum Bregenz an der Fernuniversität Hagen inskribiert sind. Unter diesen sind allerdings auch deutsche StaatsbürgerInnen. Der Frauenanteil an den Studierenden ist im Laufe der Jahre sukzessive angestiegen. Allein vom Studienjahr 1999/2000 bis zum Studienjahr 2002/03 von 42 auf 49 Prozent (Studienjahr 1989/90: 27 %). Allerdings ging die Gesamtzahl der Studierenden, die über das Eurostudienzentrum Bregenz an der Fernuniversität Hagen inskribiert sind, vom Studienjahr 2001/02 auf das Studienjahr 2002/03 infolge der Einführung von Studiengebühren um 45 Prozent zurück, in Zahlen: von 580 auf 320. Viele der Studierenden wechselten nach Deutschland (München oder Villingen), wo die Gebühren nicht anfallen. Obwohl der Frauenanteil bei den über das Eurostudienzentrum Bregenz an der Fernuniversität Hagen Studierenden weniger als 50 Prozent beträgt, sind Frauen bei den StudienabsolventInnen in der Mehrheit (AbsolventInnen seit 2001: 53 %).

SCHULERFOLG

Was den Schulerfolg betrifft, so schneiden Mädchen auf allen Schulstufen und in allen Schularten besser ab als Buben. Insgesamt und österreichweit waren im Schuljahr 2001/2002 3,5 Prozent der Schülerinnen und 4,7 Prozent der Schüler nicht zum Aufsteigen berechtigt bzw. haben die letzte Schulstufe nicht mit Erfolg abgeschlossen.

Innerhalb der SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache sind die Mädchen ebenfalls erfolgreicher als die Buben: Unter den SonderschülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache sind die Mädchen in der Minderheit (37 %), unter den SchülerInnen höherer Schulen sind sie in der Mehrheit (61 %). Offenbar überlagern hier geschlechtsspezifische Muster soziale Faktoren.

Im Unterschied zu den Schulen sind Frauen an den Universitäten nicht ganz so erfolgreich. Frauen stellen zwar die Mehrheit der StudienanfängerInnen. So beträgt der Frauenanteil an den StudienanfängerInnen an wissenschaftlichen Universitäten 58 Prozent, bei den Studienabschlüssen sind Frauen jedoch „nur“ mit 52 Prozent vertreten. Der Grund? Mehr Frauen als Männer brechen ihr Studium ab. Einer Analyse des Wissenschaftsministeriums zufolge spielt in diesem Zusammenhang für Frauen die soziale Herkunft bzw. die Bildungssituation im Elternhaus eine nicht unwesentliche Rolle. Töchter aus Arbeiterfamilien brechen ein Studium besonders häufig ab, Töchter von Akademikern besonders selten. Bei Söhnen ist dieser Zusammenhang weniger stark ausgeprägt.

FRAUEN IM LEHRBERUF

Die Schule ist offensichtlich ein Bereich, in dem Frauen besonders erfolgreich sind. Sowohl als Lernende als auch als Lehrende. Frauen stellen weit mehr als die Hälfte der Lehrpersonen. Knapp 62 Prozent der an Vorarlbergs Schulen tätigen Lehrpersonen sind Frauen (Österreich: 67 %). In den letzten drei Jahren ist der Frauenanteil an den Lehrpersonen in Vorarlberg um 2,5 Prozentpunkte gestiegen. Besonders hoch ist der Anteil der Frauen an Volks- und an Sonderschulen (mehr als 80 %) und an den humanberuflichen Schulen, an denen drei Viertel der Lehrenden Frauen sind. Deutlich niedriger ist er an den allgemein bildenden höheren Schulen. Allerdings ist er an diesen in den letzten drei Jahren von 43 auf 46 Prozent gestiegen (Österreich: 58 %).

Zwischen dem Anteil der Frauen am Lehrpersonal und ihrem Anteil an führenden Positionen im Schuldienst (Schulleitung bzw. Schulaufsicht) besteht eine auffällige Diskrepanz. Grundsätzlich gilt auch für den Schuldienst: Je höher die Positionen, desto seltener sind Frauen darin zu finden. Während der Frauenanteil am Lehrpersonal knapp 62 Prozent ausmacht, beträgt er an den

AUSBILDUNG

DirektorInnen nur 28 Prozent. Allerdings haben Frauen in diesem Bereich in den letzten drei Jahren in Vorarlberg enorm aufgeholt. Der Frauenanteil an den DirektorInnen ist innerhalb von drei Jahren von 15,4 Prozent im Schuljahr 1999/2000 auf 28,1, also um 12,7 Prozentpunkte gestiegen (Tab.19).

Zurückzuführen ist dies vor allem auf den Anstieg des Frauenanteils an den VolksschuldirektorInnen. Dieser konnte um fast 20 Prozentpunkte erhöht werden. Erstmals wird in Vorarlberg auch eine allgemein bildende höhere Schule von einer Frau geleitet.

Außerdem ist seit 2003 ist eine Frau Direktorin des Vorarlberger Landesschulrats.

Tabelle 19: Lehrerinnen und Direktorinnen an Vorarlbergs Schulen im Schuljahr 2002/2003

Schulart	Schuljahr 2002/2003						Zum Vergleich: Schuljahr 1999/2000
	LehrerInnen			DirektorInnen			Frauen- anteil in %
	Gesamt- zahl	davon Frauen	Frauen- anteil in %	Gesamt zahl	davon Frauen	Frauen- anteil in %	
Allgemein bildende Schulen:							
Volksschule	1.632	1.357	83,1	168	64	38,1	18,8
Hauptschule	1.658	954	57,5	55	3	5,4	7,2
Allgemeine Sonderschule	334	274	82,0	14	7	50,0	25,0
Polytechnische Schulen	115	50	43,5	7	0	0	
AHS	794	365	46,0	13	1	7,7	0
Berufsbildende Schulen:							
Berufsschule	248	54	21,7	8		0	0
Kaufmännische schulen*)	321	161	50,1	5	0	0	0
Technische Schulen	298	63	21,7	3	0	0	0
Humanberufliche Schulen	382	284	74,3	12	5	41,7	41,7
Gesamt	5.782	3.562	61,6	285	80	28,1	15,4

*) Handelschulen und Handelsakademien (einschließlich aller Sonderformen)

Quelle: Landesschulrat für Vorarlberg

In den humanberuflichen Schulen, in denen die SchülerInnen praktisch zu 100 Prozent und die Lehrpersonen zu 76 Prozent weiblichen Geschlechts sind, sind mehr als die Hälfte (58 %) der DirektorInnen Männer. Allerdings: Im Schuljahr 1995/96 waren es noch fast 70 Prozent. Ähnlich krass ist das Missverhältnis an den kaufmännischen Schulen, an denen zwar etwas mehr als die Hälfte der SchülerInnen und der LehrerInnen weiblichen Geschlechts sind, es aber keine einzige Direktorin gibt.

Um fünf Prozentpunkte zurückgegangen ist der Frauenanteil bei den InspektorInnen (Tab.20). Er beträgt derzeit 31,6 Prozent. Zwar gibt es erstmals eine Frau unter den LandesschulinspektorInnen, bei den BezirksschulinspektorInnen ebenso wie bei den FachinspektorInnen aber ging der Frauenanteil zurück.

Tabelle 20: Mitglieder der Schulaufsicht nach Geschlecht im Schuljahr 2002/2003

Art der InspektorInnen	Schuljahr 2002/2003			Zum Vergleich: Schuljahr 1999/2000
	Gesamtzahl	davon Frauen	Frauenanteil in %	Frauenanteil in %
LandesschulinspektorInnen				
Pflichtschulen	2	0	0	0
Berufsschulen	1	0	0	0
Allgemein bildende höhere Schulen (AHS)S	1	0	0	0
Berufsbildende mittlere und höhere Schulen (BMHS)	2	1	50	0
BezirksschulinspektorInnen				
Pflichtschulen	5	2	40	60
FachinspektorInnen	8	3	37,5	50
Gesamt	19	6	31,6	36,8

Quelle: Landesschulrat für Vorarlberg

ERWERBSARBEIT

WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

Vorarlberg ist ein traditionell von der Industrie geprägtes Bundesland. 28,9 Prozent der gesamten Wertschöpfung Vorarlbergs werden in der Sachgüterproduktion erwirtschaftet. Die Textil- und Bekleidungsindustrie, die lange Zeit hindurch die dominante Stellung innerhalb der Vorarlberger Industrie innehatte, spielt auch in der Gegenwart eine wesentliche Rolle, allerdings haben sich die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen in diesem Bereich verringert. Seit den siebziger Jahren kam es zu einer Erweiterung der Branchen. Nicht zuletzt aufgrund der günstigen geographischen Lage Vorarlbergs (Nähe einkommensstarker europäischer Absatzmärkte) konnte sich vor allem eine technologisch hochwertige Zulieferindustrie etablieren. Relativ wenig trägt die Land- und Forstwirtschaft zur regionalen Wertschöpfung bei. Und auch bei den öffentlichen und privaten Dienstleistungen ist der Wertschöpfungsanteil unterproportional.

Tabelle 21: Übernachtungen nach Bundesländern und EinwohnerInnen 2002

Bundesland	Übernachtungen in 1.000	Übernachtungen je EinwohnerIn
Wien	7.623,9	4,7
Niederösterreich	5.392,8	3,5
Burgenland	2.466,8	8,9
Steiermark	9.709,9	8,1
Kärnten	13.334,9	23,7
Oberösterreich	6.498,9	4,7
Salzburg	21.929,2	42,2
Tirol	41.576,0	61,7
Vorarlberg	7.864,9	22,4
Österreich	116.397,3	14,3

Quelle: Statistik Austria; WIFO

Eine wichtige Rolle spielt in Vorarlberg der Tourismus, und zwar vor allem der einträglichere Wintersporttourismus. Bei der Zahl der Übernachtungen je EinwohnerIn (Tab.21) liegt Vorarlberg an vierter Stelle der österreichischen Bundesländer (hinter Tirol, Salzburg und Kärnten). Was den Anteil der Wertschöpfung im Beherbergungs- und Gaststättenwesen anlangt (Tab.22), so liegt Österreichs westlichstes Bundesland an dritter Stelle (hinter Tirol und Salzburg).

Tourismus und Industrie sind in Vorarlberg räumlich weitgehend getrennt. Während sich die Industrie auf den Vorarlberger Zentralraum im Rheintal und im angrenzenden Walgau bis Bludenz konzentriert, sind die Zentren des Tourismus der Arlberg, das Montafon und Teile des Brengenerwaldes.

Tabelle 22: Wirtschaftsstruktur der Bundesländer

Wirtschaftsbereiche	Wien	Niederösterreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Oberösterreich	Salzburg	Tirol	Vorarlberg	Österreich
	Anteile an der nominellen Bruttowertschöpfung 2002 in %									
Land- und Fortwirtschaft	0,3	4,2	6,4	3,4	2,6	3,0	1,6	1,3	0,9	2,2
Bergbau	0,0	0,5	0,4	0,7	0,8	0,6	0,1	0,2	0,2	0,4
Sachgütererzeugung	9,6	24,6	19,7	26,8	20,6	31,4	17,7	18,3	28,9	20,7
Energie- und Wasserversorgung	2,6	2,4	2,3	1,7	3,4	1,6	2,9	1,2	2,7	2,3
Bauwesen	5,8	8,6	9,7	8,5	8,8	9,3	6,5	8,3	7,9	7,8
Handel; Kraftfahrzeugreparatur	16,3	13,8	8,2	11,4	10,6	9,8	14,2	9,8	10,7	12,8
Beherbergungs-, Gaststättenwesen	2,3	2,8	4,8	3,4	5,7	2,1	7,5	12,2	5,8	4,1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	7,3	8,1	4,5	5,0	6,1	5,4	7,8	10,0	5,6	6,9
Kredit und Versicherungs-, Realitätenwesen	33,1	16,5	19,0	18,9	19,8	19,3	22,9	19,9	20,1	22,9
Sonstige private und öffentliche Dienste	22,7	18,4	25,0	20,2	21,6	17,5	18,8	18,9	17,2	20,0
Bruttowertschöpfung gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Statistik Austria; WIFO

Alles in allem ist Vorarlberg ein Bundesland mit hohem regionalem Wohlstand.

Das reale Bruttoinlandsprodukt je EinwohnerIn war im Jahr 2000 in Vorarlberg das dritthöchste unter den österreichischen Bundesländern (nach Wien und Salzburg). Somit weist Vorarlberg unter den von der Industrie geprägten Bundesländern die höchste wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf. Was die Bruttowertschöpfung je EinwohnerIn nach Kaufkraftparitäten anlangt, war Vorarlberg im Jahr 2000 an vierter Stelle, knapp hinter Tirol. Hinsichtlich des regionalen Wohlstandes liegt Vorarlberg um elf Prozentpunkte über dem Durchschnitt der EU-Länder (Tab.23). Das mittlere Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen liegt über dem

Österreich-Durchschnitt. Die überdurchschnittlich hohen Einkommen werden jedoch vor allem von Männern erzielt, während die Vorarlberger Frauen deutlich niedrigere Einkommen beziehen.

Tabelle 23: Bruttoregionalprodukt je EinwohnerIn nach Bundesländern

Bundesland	2000 zu laufenden Preisen in EUR	2000 zu Kaufkraftparitäten Index: EU-Durchschnitt = 100
Wien	35.100	158
Niederösterreich	21.600	92
Burgenland	16.400	68
Steiermark	21.400	89
Kärnten	21.400	90
Oberösterreich	24.400	105
Salzburg	29.200	126
Tirol	25.200	114
Vorarlberg	26.300	111

Quelle: Statistik Austria, ERECO

Die Vorarlberger Wirtschaft wuchs mittelfristig – im Zeitraum 1995 bis 2002 – überdurchschnittlich. Die Bruttowertschöpfung (real) erhöhte sich pro Jahr im Durchschnitt um 2,4 Prozent (Österreich: +2,2 %). Auch die Beschäftigung stieg stärker als im Österreichdurchschnitt, wobei das Beschäftigungswachstum ausschließlich bei Frauen zu verzeichnen war.

Die Beschäftigungsentwicklung der Frauen in Vorarlberg (+1,4 % pro Jahr im Zeitraum 1991 bis 2001), war um 0,27 Prozentpunkte höher als im Österreichdurchschnitt, dennoch ist die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Vorarlberg nach wie vor geringer als im Österreichdurchschnitt.

Auch im Jahr 2002, in dem sich die internationale ebenso wie die österreichische Wirtschaft nur sehr mäßig entwickelte, wuchs die Vorarlberger Wirtschaft stärker als die österreichische. In Vorarlberg stieg die Bruttowertschöpfung um 1,6 Prozent (Österreich + 0,6 %). Trotz günstiger Beschäftigungsentwicklung kam es 2002 allerdings zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit in Vorarlberg. Die Arbeitslosenquote stieg 2002 gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Prozentpunkte. Nach wie vor aber ist die Arbeitslosenquote in Vorarlberg (5,1 %) einer der niedrigsten in Österreich (6,9 %).

ERWERBSBETEILIGUNG

Einer der auffallendsten und beständigsten Trends in den letzten Jahrzehnten ist die kontinuierliche Zunahme berufstätiger Frauen.

2002 hat die Zahl der Erwerbspersonen³ in Vorarlberg – entsprechend dem Labour-Force-Konzept, dem zufolge Personen ab einer wöchentlichen Arbeitszeit von einer Stunde erfasst werden - 173.300 betragen. Davon waren 72.700 Frauen (42 %).

Nach dem Lebensunterhaltskonzept, das Erwerbspersonen erst ab einer wöchentlichen Arbeitszeit von mindestens 12 Stunden erfasst, betrug die Zahl der Erwerbspersonen in Vorarlberg im Jahr 2002 167.200. Davon waren 66.800 Frauen (Frauenanteil: 40 %). Das bedeutet, dass jene Gruppe von Erwerbspersonen, die zwischen einer und zwölf Wochenstunden arbeiten, in Vorarlberg fast ausschließlich, nämlich zu 97 Prozent, aus Frauen besteht.

Die Frauenerwerbsquote gilt allgemein als aussagekräftiger Indikator für das wirtschaftliche Entwicklungsniveau einer Region. „In allen Bundesländern sind Frauen in den jeweiligen Landeshauptstädten und anderen zentralen Bezirken deutlich häufiger berufstätig als in peripheren oder aus anderen Gründen wirtschaftlich schwachen Bezirken.“ (Bauer/Eichwalder, 513)

Laut Volkszählung 2001 betrug die Erwerbsquote der Bevölkerung im erwerbsfähigem Alter (15 – 64), und zwar einschließlich geringfügiger Erwerbstätiger, in Vorarlberg 73,4, die der Männer 83,2 und die der Frauen 63,4 (Tab.24). Dieser Erhebung zufolge liegt die Erwerbsquote in Vorarlberg um 0,4 Prozentpunkte über dem Österreichdurchschnitt, die der Männer sogar um 2,3 Prozentpunkte, die der Frauen aber um 1,6 Prozentpunkte unter dem Österreichdurchschnitt. (Über dem Österreichdurchschnitt liegt die Erwerbsquote von Frauen in den Bundesländern Wien, Salzburg und Niederösterreich.)

Tabelle 24: Erwerbsquoten der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64) nach Geschlecht

Region	Erwerbsquote (inklusive geringfügig Erwerbstätiger) in %		
	Gesamt	Männer	Frauen
Österreich	73,0	80,9	65,0
Vorarlberg	73,4	83,2	63,4

Quelle: Volkszählung 2001

³ Erwerbspersonen sind erwerbstätige Personen (Unselbständige, Selbständige und mithelfende Angehörige) zuzüglich der Arbeitslosen.

Innerhalb von Vorarlberg ist die Frauenerwerbsquote in den politischen Bezirken Dornbirn, Feldkirch und Bregenz überdurchschnittlich hoch.

Ein Vergleich der Erwerbsquoten der InländerInnen und jene der AusländerInnen ab 15 zeigt, dass in Vorarlberg ähnlich wie im gesamten Bundesgebiet die Erwerbsquote der AusländerInnen (74,6 %) deutlich über jener der InländerInnen (60,6 %) liegt, was im Wesentlichen darauf zurückzuführen ist, dass es unter der ausländischen Bevölkerung noch relativ wenige hochbetagte Personen gibt und die junge Generation viel früher von der Schule ins Erwerbsleben wechselt. Verglichen mit Österreichern bleiben MigrantInnen deutlich länger im Erwerbsleben.

Die Erwerbsquote der ausländischen Frauen ist zwar deutlich niedriger (62,6 %) als die der ausländischen Männer (84,8 %) aber sie ist deutlich höher als die der Österreicherinnen ab 15. Bei jungen Frauen zwischen 15 und 20 beträgt die Erwerbsquote der InländerInnen lediglich 38,8 Prozent, bei den AusländerInnen hingegen 57,7 Prozent.

Frauen sind zwar nach wie vor seltener erwerbstätig als Männer, die Erwerbsbeteiligung der Frauen steigt jedoch im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten an und entwickelt sich damit gegenläufig zu jener der Männer: Die allgemeine Erwerbsquote (ohne Alterseinschränkung) der Männer sank zwischen 1961 und 2001 von 61 auf 57 Prozent. Die der Frauen stieg zwischen 1961 und 2001 von 36 auf knapp 43 Prozent.

Der Anstieg der Erwerbsquote der Frauen basiert seit den neunziger Jahren im Wesentlichen auf einem Anstieg der Teilzeitbeschäftigungen. Die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen ging laut Mikrozensus ebenso wie laut Volkszählung etwas zurück. Diese Entwicklung ist mit ein Grund, dass sich seit 1993 die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen wieder vergrößern. Zu einem geringeren Teil (etwa 15 %) ist die Erhöhung der Erwerbsquote auch auf die Ausweitung der Karenzzeit zurückzuführen, denn sowohl bei der Volkszählung als auch beim Mikrozensus zählen auch Präsenz- und Zivildienst sowie Personen in Elternkarenz zu den Erwerbstätigen.

Eine steigende Erwerbsbeteiligung ist vor allem bei verheirateten Frauen und Müttern zwischen 25 und 54 Jahren zu beobachten. Letzteres ist Ausdruck der sich verändernden Rolle der Frau in der Gesellschaft. Immer mehr Frauen haben eine qualifizierte Ausbildung, und immer weniger Frauen sind daher bereit, der Familie wegen auf Beruf und eigenständige Existenzsicherung (völlig) zu verzichten. Zwischen Erwerbsbeteiligung und Bildungsniveau besteht erfahrungsgemäß seit jeher bei Frauen ein enger Zusammenhang.

Von den Frauen, die nach der Pflichtschule keine weiterführende Ausbildung absolviert haben und daher die ungünstigsten Arbeitsbedingungen vorfinden, waren 2001 insgesamt nur die Hälfte

ERWERBSARBEIT

erwerbstätig sind. Von den Frauen, die eine Hochschule oder eine hochschulverwandte Ausbildung abgeschlossen haben, waren hingegen 84 Prozent erwerbstätig, und zwar auch dann, wenn sie Kinder unter 15 Jahren zu betreuen hatten.

Ein weiterer Faktor für die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist die regionale Situation. Im Unterschied zu Männern unterscheiden sich die Erwerbsquoten von Frauen deutlich nach Gemeindegröße. Frauen, die in Städten oder in der Umgebung von Städten wohnen, sind in höherem Maß berufstätig als Frauen in kleinen Gemeinden. Es erstaunt daher nicht, dass die Erwerbsquote der Frauen innerhalb Vorarlbergs im rein städtischen Bezirk Dornbirn am höchsten ist und im eher ländlichen Bezirk Bludenz am niedrigsten.

In einer Studie, die sich mit den Hemmnissen der Frauenerwerbstätigkeit in verschiedenen österreichischen Regionen befasst, darunter auch im Bezirk Bludenz, heißt es in diesem Zusammenhang: „Die regionalen Unterschiede der Frauenerwerbstätigkeit beziehen sich nicht allein auf die Arbeitsmarktsituation, sondern werden wesentlich durch sozioökonomische Faktoren beeinflusst, welche die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern regeln. Zu den regionalen Rahmenbedingungen zählen neben der Arbeitsmarktsituation für Frauen auch das Angebot an Infrastruktureinrichtungen (Aus- und Weiterbildungsangebot, Kinderbetreuungseinrichtungen, öffentliches Verkehrssystem, Frauenberatungsstellen etc.) und die gesellschaftliche Verankerung der Frauenerwerbstätigkeit bzw. die gesellschaftlichen Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen und ihrer Rolle in Familie und Beruf.“ (Kapeller u.a. 1999, 11).

International gesehen liegt die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Österreich leicht über dem EU-Durchschnitt. Höhere Frauenerwerbsquoten als Österreich haben die Länder Schweden, Dänemark, Finnland, Niederlande, Vereinigtes Königreich und Portugal.

Mit der zunehmenden Erwerbsbeteiligung der Frauen geht ein Rückgang jener Haushalte einher, in denen der Mann Alleinverdiener ist. In gut zwei Drittel der österreichischen Haushalte (67 %), in denen sowohl Mann als auch Frau erwerbstätig sind, arbeiten – laut EUROSTAT - beide Vollzeit (hier definiert als 30 und mehr Wochenstunden), in einem knappen Drittel (31,4 %) arbeitet der Mann Vollzeit, die Frau Teilzeit und nur in 1,1 Prozent dieser Haushalte arbeitet der Mann Teilzeit und die Frau Vollzeit. Dass beide Teilzeit arbeiten ist nur in einem halben Prozent dieser Haushalte Realität.

Verglichen mit Männern besteht bei Frauen ein deutlich stärkerer Zusammenhang zwischen Erwerbsbeteiligung und familiärer Situation:

Das Vorhandensein von Kindern hat einen deutlichen Einfluss auf das Ausmaß der Arbeitszeit von Frauen. 45 Prozent der Frauen, aber nicht einmal ein Prozent der Männer unterbrechen österreichweit im Laufe ihres Berufslebens die Erwerbstätigkeit aus Gründen der Kinderbetreuung.

Bei Frauen mit Kindern unter 15 Jahren ist laut Mikrozensus 2002 die Erwerbsquote sowohl nach Labour-Force-Konzept (66,8 %) als auch nach Lebensunterhaltskonzept (57,5 %) in Vorarlberg die niedrigste von allen Bundesländern. Das heißt, in keinem anderen Bundesland geben so viele Frauen der Kinder wegen die Berufstätigkeit ganz auf.

Mehr noch als das Vorhandensein von Kindern beeinflusst allerdings der Familienstand das Ausmaß der Erwerbstätigkeit von Frauen. Von den Ehefrauen mit Kindern unter 15 Jahren sind in Vorarlberg knapp 54,5 Prozent zwölf und mehr Stunden pro Woche erwerbstätig, von den Alleinerzieherinnen mit Kindern unter 15 Jahren hingegen 80 Prozent.

Verwitwete Alleinerzieherinnen sind – aufgrund des Vorhandenseins einer Witwenpension – in geringerem Ausmaß berufstätig als die übrigen Alleinerzieherinnen. Berechnet man die Erwerbstätigkeit nicht nach dem Lebensunterhaltskonzept, das von einer wöchentlichen Normalarbeitszeit von mindestens 12 Stunden ausgeht, sondern nach dem Labour-Force-Konzept, das bezahlte Arbeit ab einer Stunde pro Woche erfasst, so steigt die Erwerbsquote der Vorarlbergerinnen mit Kindern ab 15 von 57,5 auf 66,8 Prozent, vor allem steigt die der Ehefrauen, und zwar von 54,4 auf 64,4 Prozent, wogegen die der Alleinerzieherinnen nur von 80 auf 85 Prozent steigt. Verständlich, denn eine Erwerbstätigkeit im Ausmaß von weniger als 12 Wochenstunden ist nicht existenzsichernd. Das heißt, Alleinerzieherinnen ist damit im Normalfall nicht gedient. Der Unterschied zwischen der Erwerbsquote von Frauen mit Kindern unter 15 nach dem Labour-Force- und dem Lebensunterhaltskonzept ist in keinem Bundesland so groß wie in Vorarlberg, wo er 9,3 Prozentpunkte beträgt (Österreich: 4,9 Prozentpunkte). Das heißt, in keinem anderen Bundesland schränken so viele Frauen mit Kindern unter 15 Jahren ihre Erwerbstätigkeit auf weniger 12 Wochenstunden ein.

Obwohl Alleinerzieherinnen einen deutlich höheren beruflichen Einsatz leisten, sind sie viel häufiger armutsgefährdet oder von Armut betroffen. Alleinerzieherhaushalte sind die einzigen, bei denen die Familienförderung nicht ausreicht, um die gestiegene Armutsgefährdung auszugleichen. Die Armutsgefährdung der Alleinerzieherhaushalte ist in den Jahren zwischen 1993 und 2000 um fast vier Prozentpunkte von 10,6 auf 14,4 Prozent gestiegen (Guger/Mum 1999, 31). Offenbar gelingt es Alleinerzieherinnen aufgrund der Alleinverantwortung für ihre

ERWERBSARBEIT

Kinder viel schwerer, eine ihrer beruflichen Qualifikation entsprechende berufliche Position einzunehmen.

Bei den Frauen findet sich die intensivste Erwerbsbeteiligung in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen, bei den Männern im Alter von 35 bis 49 Jahren. Ein deutlicher Rückgang der Erwerbsbeteiligung zeigt sich bei den Männern ab dem 55. Lebensjahr, bei den Frauen ab dem 50. Lebensjahr (Tab.25).

Tabelle 25: Erwerbsquoten der VorarlbergerInnen nach Alter und Geschlecht, 2001 (Labour-Force-Konzept)

Alterstufen	Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung in %	Anteil der erwerbstätigen Männer in %	Anteil der erwerbstätigen Frauen in %
15 bis 19 Jahre	46,3	52,7	39,5
20 bis 24 Jahre	73,3	76,3	70,3
25 bis 29 Jahre	86,6	89,7	83,5
30 bis 34 Jahre	87,8	96,5	78,8
35 bis 39 Jahre	85,6	97,4	73,0
40 bis 44 Jahre	86,0	97,7	73,7
45 bis 49 Jahre	83,8	97,3	70,4
50 bis 54 Jahre	78,2	91,8	63,5
55 bis 59 Jahre	49,4	69,2	28,9
60 bis 64	15,5	19,6	11,6
65 bis 69	6,3	7,3	5,3
70 bis 74	3,0	4,3	2,0
75 und mehr	0,6	0,6	0,6

Quelle: Statistik Austria/Mikrozensus 2001

Was die Erwerbsquote von Frauen anlangt, so existiert innerhalb Österreichs ein deutliches Stadt-Land- sowie ein Ost-West-Gefälle. Die höchste Erwerbsbeteiligung findet sich in der Bundeshauptstadt Wien und den umliegenden Bezirken. In den Bundesländern Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und neuerdings auch Salzburg sind in der Relation deutlich mehr Frauen erwerbstätig als in den westlichen Bundesländern Tirol und Vorarlberg sowie in Kärnten.

STRUKTUR DER ERWERBSTÄTIGKEIT

Was die Struktur der Erwerbstätigkeit anlangt, so setzen sich die langfristigen Trends fort (Tab.26):

- Im primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft) geht der Anteil der Erwerbstätigen seit Jahrzehnten zurück. In diesem Sektor arbeiten in Vorarlberg insgesamt nur noch zwei Prozent der Erwerbstätigen – und 1,6 Prozent der weiblichen Erwerbstätigen.
- Der sekundäre Sektor (Industrie und verarbeitendes Gewerbe, einschließlich Bauwesen) verliert für die Erwerbstätigen an Bedeutung, und zwar für die Frauen mehr als für die Männer. In diesem Sektor arbeiteten 2002 in Vorarlberg noch knapp 41 Prozent der Erwerbstätigen (1981: 54 %, 1991:48 %), 1998: 41,6 %), das ist allerdings anteilmäßig mehr

als in allen anderen Bundesländern. Von den erwerbstätigen Vorarlbergerinnen sind derzeit rund 22 Prozent im Sektor „Industrie und Gewerbe“ beschäftigt, 1991 war es noch mehr als ein Drittel (1998: 24,5 %).

- Der tertiäre Sektor (Dienstleistungen) gewinnt für die Erwerbstätigen als Beschäftigungsbereich zunehmend an Bedeutung, und zwar für Frauen stärker als für Männer. Seit Anfang der neunziger Jahre arbeiten auch in Vorarlberg im Dienstleistungssektor mehr Personen als im Produktionssektor. Inzwischen sind mehr als 57 Prozent der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor beschäftigt (1981: 42 %, 1991: 49 %), 1998: 56,1 %), und zwar mehrheitlich Frauen. Von den erwerbstätigen Frauen arbeiten inzwischen mehr als drei Viertel im Sektor „Dienstleistungen“.

Tabelle 26: Erwerbstätige Vorarlberger und Vorarlbergerinnen nach Wirtschaftssektoren, 2002

Wirtschaftssektor	Zahl der erwerbstätigen Männer und Frauen	Anteil an den Erwerbstätigen in %	Zahl der erwerbstätigen Frauen	Anteil an den erwerbstätigen Frauen in %
Land- und Forstwirtschaft	3.500	2,1	1.100	1,6
Industrie und Gewerbe	68.900	40,8	15.600	22,1
Dienstleistungen	96.500	57,1	53.900	76,3
Gesamt	168.900	100,0	70.600	100,0

Quelle: Statistik Austria/Mikrozensus 2002

Der Frauen- bzw. Männeranteil in den einzelnen Wirtschaftsklassen spiegelt die geschlechtsspezifische Teilung des Arbeitsmarktes wider und gibt Aufschluss darüber, welche Arbeitsbereiche „Frauen- bzw. Männerdomänen“ sind.

In den folgenden fünf Wirtschaftsklassen sind Frauen – laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger - 2001 in Vorarlberg besonders stark vertreten:

- Sachgütererzeugung
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern
- Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung
- Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
- Beherbergungs- und Gaststättenwesen

In diesen fünf Wirtschaftsklassen arbeiten 69 Prozent der erwerbstätigen Vorarlbergerinnen.

In zwei Wirtschaftsklassen sind mehrheitlich Arbeiterinnen beschäftigt: In der Sachgütererzeugung sind 58 Prozent der weiblichen Beschäftigten Arbeiterinnen und im

Beherbergungs- und Gaststättenwesen sind es 88 Prozent. In den drei anderen Wirtschaftsklassen arbeiten vorwiegend Angestellte.

Die Wirtschaftsklassen, die in Vorarlberg für Männer vorrangig Bedeutung haben:

- Sachgütererzeugung
- Bauwesen
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern
- Verkehr und Nachrichtenübermittlung
- Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung

In diesen fünf Wirtschaftsklassen arbeiten 77,5 Prozent der erwerbstätigen Vorarlberger.

STELLUNG IM BERUF

Von den 70.600 Frauen, die 2002 in Vorarlberg einer Erwerbsarbeit nachgingen, waren
93,5 Prozent unselbständig erwerbstätig
4,1 Prozent selbständig erwerbstätig und
2,4 Prozent mithelfende Familienangehörige

Von den 98.400 erwerbstätigen Männern in Vorarlberg waren
88,5 Prozent unselbständig erwerbstätig
10,8 Prozent selbständig erwerbstätig und
0,7 Prozent mithelfende Angehörige

Während bei den Frauen gegenüber 1998 der Anteil der unselbständig Erwerbstätigen um zwei Prozentpunkte gestiegen ist, ist er bei den Männern um 0,5 Prozentpunkte zurückgegangen. Der Anteil der selbständig Erwerbstätigen ist bei den Frauen um 0,6 und bei den Männern um 0,7 Prozentpunkte gestiegen. Der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen ist bei den Frauen um 2,6 Prozentpunkte und bei den Männern um 0,2 Prozentpunkte zurückgegangen.

SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE /MITHELFENDE ANGEHÖRIGE

Insgesamt ist der Anteil der selbständig Erwerbstätigen und mithelfenden Angehörigen in Vorarlberg (9 %) geringer als im Bundesdurchschnitt (11 % der Erwerbstätigen). Auffallender sind jedoch die geschlechtsspezifischen Unterschiede in diesem Bereich. In Vorarlberg sind – laut

Mikrozensus 2001 - nur 21 Prozent der selbständig Erwerbstätigen (ohne mithelfende Angehörige) Frauen, österreichweit sind es 34 Prozent.

Dass berufliche Arbeit für Frauen nicht weniger wichtig ist als für Männer, zeigt eine 1999 unter Bäuerinnen durchgeführte Umfrage der Vorarlberger Landwirtschaftskammer: 89 Prozent der 300 befragten Bäuerinnen erklärten, die berufliche Arbeit mache ihnen Freude. Sie sei für sie eine Herausforderung neben der Haus- und Familienarbeit. Nur elf Prozent wären bereit, die betriebliche Arbeit an jemanden anderen abzugeben.

Ohne Zweifel haben Bäuerinnen durch die räumliche Nähe von Wohnung und Arbeitsplatz weniger Probleme mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Andererseits – auch das zeigt die Befragung – empfinden sie die ständige Anwesenheitspflicht, das „Gebundensein an den Betrieb“ als den größten Nachteil ihrer Existenzform.

Laut Auskunft der Wirtschaftskammer Vorarlberg waren mit Jahresende 2002 25,2 Prozent der Einzelfirmen in Händen von Frauen (1998: 23 %).

Tabelle 27: Vorarlberger Unternehmerinnen (Einzelfirmen) nach Sparten

Sparten	Verteilung der Frauen auf die Sparten	Frauenanteil in den Sparten
	in %	
Gewerbe	<i>27,0</i>	<i>20,0</i>
Industrie	<i>0,2</i>	<i>4,1</i>
Handel	<i>35,6</i>	<i>24,7</i>
Geld, Kredit, Versicherung	<i>0,1</i>	<i>35,7</i>
Verkehr	<i>2,4</i>	<i>14,1</i>
Fremdenverkehr	<i>23,4</i>	<i>39,5</i>
Information und Consulting	<i>11,3</i>	<i>16,7</i>
Gesamt	<i>100,0</i>	

Stand: Jahresende 2002

Quelle: Wirtschaftskammer Vorarlberg/Frau in der Wirtschaft.

Die Unternehmerinnen konzentrieren sich vor allem auf die drei Sparten – Gewerbe, Handel und Fremdenverkehr (Tab.27). Überdurchschnittlich hoch ist der Frauenanteil nur in den Sparten Geld, Kredit, Versicherung und - vor allem - im Fremdenverkehr.

Der Anteil der selbständig Erwerbstätigen, die keinen Arbeitnehmer bzw. keine Arbeitnehmerin beschäftigen, ist auch in Vorarlberg bei den Frauen höher (39 %) als bei den Männern (31 %). Männer haben eher einen größeren Betrieb (13 %) als Frauen (4 %). Von dem mithelfenden Familienangehörigen sind 68 Prozent Frauen.

UNSELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE

Anteilmäßig gibt es die geringsten geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den unselbständig Beschäftigten: 88,5 Prozent der erwerbstätigen Männer und 94 Prozent der erwerbstätigen Frauen Vorarlbergs sind unselbständig beschäftigt. Die Unterschiede liegen eher im Detail. Mehr als zwei Drittel (67 %) der unselbständig erwerbstätigen Frauen sind Angestellte oder Beamtinnen. Von den unselbständig erwerbstätigen Männern sind nur 46 Prozent in dieser Position, die Mehrzahl (54 %) sind Arbeiter.

Obwohl sich die Bildungsunterschiede zwischen Frauen und Männern in den letzten Jahrzehnten deutlich verringert haben, haben Frauen sichtlich Schwierigkeiten, ihre Qualifikationen in entsprechende berufliche Tätigkeiten umzusetzen. Nach wie vor gilt: Je höher die berufliche Hierarchieebene, desto geringer ist der Frauenanteil.

Obwohl der Frauenanteil an den ArbeiterInnen nur ein knappes Drittel ausmacht (Tab.28), stellen Frauen 53 Prozent der HilfsarbeiterInnen, aber nur 17 Prozent der FacharbeiterInnen und nur sieben Prozent der VorarbeiterInnen und MeisterInnen.

Auch bei den Angestellten, von denen Frauen etwas über 50 Prozent stellen, verrichten sie 67 Prozent der Hilfstätigkeiten. Bei den Angestellten, die hoch qualifizierte und führende Tätigkeiten ausüben, beträgt der Frauenanteil hingegen nur 19 Prozent.

Die oft zitierte „gläserne Decke“, an der die Karriere von Frauen endet, ist offenbar in allen Bereichen des Berufslebens vorhanden.

Tabelle 28: Inländische und ausländische Beschäftigte in Vorarlberg nach Geschlecht und beruflicher Stellung, Jahresdurchschnitt 2002

Berufliche Stellung	Beschäftigte gesamt			davon AusländerInnen		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
ArbeiterInnen	57.658	37.645	20.013	19.751	12.961	6.790
Angestellte	69.411	32.705	36.706	5.683	2.955	2.728
BeamtInnen	8.022	5.796	2.226	-	-	-
Beschäftigte gesamt	135.091	76.146	58.945	25.434	15.916	9.518

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Insgesamt waren 2002 18,8 Prozent der Beschäftigten AusländerInnen. Knapp zwölf Prozent der unselbständig Beschäftigten waren im Jahresdurchschnitt 2002 so genannte bewilligungspflichtige AusländerInnen.

ERWERBSARBEIT

Die Zahl der AusländerInnen, die eine Beschäftigungsbewilligung brauchen, um in Österreich arbeiten zu können, geht seit Jahren kontinuierlich zurück. Der Frauenanteil an den bewilligungspflichtig beschäftigten AusländerInnen beträgt 36 Prozent. Der größte Teil, nämlich 59 Prozent dieser Frauen kommen aus dem ehemaligen Jugoslawien, 34 Prozent stammen aus der Türkei. Obwohl die Zahl der in Vorarlberg lebenden Türkinnen höher ist als die der Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien, ist ein geringerer Prozentsatz von ihnen berufstätig.

ARBEITSZEIT

Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit, Beruf und Familie, sind keine getrennten Welten. Jedenfalls nicht für Frauen. Zwischen beiden Bereichen gibt es eine Vielzahl von Wechselwirkungen.

Aufgrund ihrer Zuständigkeit für die Versorgung der Familie sind Frauen besonders häufig in geringfügigen und Teilzeitbeschäftigungen zu finden.

REGELARBEITSZEIT

Unter Regelarbeitszeit im engeren Sinn wird eine wöchentliche Arbeitszeit zwischen 36 und 40 Stunden verstanden, die jedoch nicht während der Wochenenden, während der Nacht und auch nicht in Form von Schicht-, Wechsel und Turnusdienst zu leisten ist.

Regelarbeitszeit ist allerdings immer weniger die Regel. Sonderformen der Arbeitszeit haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Betroffen davon sind vor allem Frauen. ArbeitnehmerInnen haben zunehmend flexibel bzw. „verfügbar“ zu sein. Diesen Anforderungen zu entsprechen, ist für Frauen mit familiären Verpflichtungen besonders schwierig.

GERINGFÜGIGE BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSE

Vorarlberg ist das Bundesland mit dem höchsten Anteil an geringfügig Beschäftigten und auch jenes Bundesland, in dem der Anteil der geringfügig Beschäftigten in den letzten Jahren mehr als in anderen zugenommen hat. Der Anteil der geringfügig Beschäftigten an allen Beschäftigten Vorarlbergs stieg von 1998 bis 2002 um 1,3 Prozentpunkte von 7,9 auf 9,2 Prozent. (Österreich: 6,5 auf 6,7 %).

Konkret: Die Zahl der geringfügigen Beschäftigten stieg zwischen 1998 und 2002 von 10.316 auf 12.444 (Tab.29). 75 Prozent der geringfügig Beschäftigten sind in Vorarlberg Frauen (Österreich: 71 %).

Als geringfügig Beschäftigte werden Erwerbstätige bezeichnet, deren Entgelt unter der so genannten Geringfügigkeitsgrenze liegt (2002: € 301,54 im Monat; 2003: € 309,28). Sie sind lediglich unfallversichert. Seit 1997 haben geringfügig Beschäftigte allerdings die Möglichkeit, sich

freiwillig zu relativ günstigen Konditionen in der Kranken- und Pensionsversicherung selbst zu versichern. Von dieser Möglichkeit machen – österreichweit - nur 18,5 Prozent der geringfügigen Beschäftigten Gebrauch. Von den geringfügig beschäftigten Männern sind es 15 Prozent, von den geringfügig beschäftigten Frauen 20 Prozent. In Vorarlberg ist der Anteil der freiwillig Versicherten an den geringfügig beschäftigten deutlicher höher. Bei den Frauen beträgt er 30 Prozent.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen sind je nach Stellung im Beruf enorm. Während nur etwa fünf Prozent der Beschäftigungsverhältnisse von Arbeitern geringfügig sind, sind fast 30 Prozent der Arbeiterinnen in Vorarlberg geringfügig beschäftigt. Insgesamt liegt in Vorarlberg der Anteil an geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen sowohl bei Arbeitern und Arbeiterinnen als auch bei den weiblichen Angestellten über – zum Teil weit über – dem Österreichdurchschnitt. Einzig bei den männlichen Angestellten ist der Anteil der geringfügig Beschäftigten in Vorarlberg (3,2 %) geringer als im Bundesdurchschnitt (3,9 %).

Während bei den Männern vor allem die jungen (zwischen 20 und 24 Jahren) und an zweiter Stelle die Pensionisten geringfügig beschäftigt sind, ist es bei den Frauen die Altersgruppe der 25 bis 44-Jährigen, also jener Frauen, die Kinder zu betreuen haben.

Tabelle 29: Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in Vorarlberg

Stellung im Beruf nach Geschlecht	Vorarlberg		Österreich gesamt	
	Absolut	Anteil an den Beschäftigungsverhältnissen in %	Absolut	Anteil an den Beschäftigungsverhältnissen in %
Arbeiter	2.035	5,4	34.151	4,0
Arbeiterinnen	5.830	29,1	88.171	20,8
Angestellte (Männer)	1.047	3,2	26.135	3,9
Angestellte (Frauen)	3.532	9,6	63.186	7,1
Gesamt	12.444	9,2	211.643	6,7

Stand: Jahresdurchschnitt 2002

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

TEILZEITARBEIT

Teilzeitarbeit ist überwiegend Frauenarbeit. Die Teilzeitarbeit, vor allem die der Frauen, steigt seit Ende der siebziger Jahre überproportional an – auch wenn sich die einzelnen Erhebungen bzw.

ERWERBSARBEIT

Berechnungen nicht ohne weiteres miteinander vergleichen lassen, da sich die Definitionen, was als Teilzeitarbeit gilt, immer wieder ändern bzw. je nach Erhebung variieren. Während vor zehn Jahren erst jede fünfte erwerbstätige Frau teilzeitbeschäftigt war, ist es heute österreichweit jede dritte.

Zwischen 1991 und 2001 ist laut Volkszählung die Zahl der teilzeitarbeitenden Frauen österreichweit um 62 Prozent gestiegen. Die Zahl der von Frauen besetzten Vollzeitstellen jedoch leicht zurückgegangen (-1,5 %). Im Rahmen der Volkszählung 2001 gilt eine Wochenarbeitszeit ab 32 Wochenstunden als Vollzeitarbeit. Demnach arbeiteten 606.845 Personen in Österreich weniger als 32 Wochenstunden, also Teilzeit (inklusive geringfügiger Beschäftigter), das sind 16,3 Prozent aller österreichischen Erwerbstätigen.

In Vorarlberg ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Erwerbstätigen etwas höher. Er beträgt 17,6 Prozent. Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Männer ist in Vorarlberg allerdings etwas geringer (3,3 %) als im Österreichdurchschnitt (4,2 %). Bei den Frauen hat Vorarlberg hingegen mit 37 Prozent laut Volkszählung die höchste Teilzeitquote aller österreichischen Bundesländer (Österreich: 31,3 %). In Zahlen: Laut Volkszählung 2001 gab es in Vorarlberg 26.352 teilzeitbeschäftigte Frauen, das heißt, sie arbeiteten weniger als 32 Wochenstunden, und 3.241 teilzeitbeschäftigte Männer. Von den teilzeitbeschäftigten Frauen waren 29 Prozent weniger als 12 Wochenstunden beschäftigt. 89 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten sind in Vorarlberg Frauen. (Österreich: 85 %).

Laut Mikrozensus, demzufolge eine Wochenarbeitszeit bis zu 35 Stunden als Teilzeitarbeit zählt, waren österreichweit im Jahr 2001 36 Prozent der Frauen, also mehr als ein Drittel, und in Vorarlberg sogar 41 Prozent der erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt. Bei dieser Berechnungsart hat Oberösterreich eine noch höhere Teilzeitquote als Vorarlberg (43 %).

Frauen reduzieren der Kinder wegen in Vorarlberg das Ausmaß der Erwerbstätigkeit deutlich stärker als in anderen Bundesländern (Tab.30). Die Teilzeitquote der Frauen mit Kindern liegt in Vorarlberg um mehr als zehn Prozentpunkte (63,5) über dem Bundesdurchschnitt (51,7). In den Bundesländern Tirol, Salzburg und Oberösterreich ist sie allerdings nur unwesentlich geringer. Dass in Vorarlberg besonders viele Frauen der Kinder wegen das Ausmaß ihrer Erwerbstätigkeit einschränken, dürfte damit zusammenhängen, dass der familiären Erziehung von Kindern in Vorarlberg ein besonders hoher Stellenwert beigemessen wird, Teilzeitarbeit von Frauen gezielt gefördert wird und es (daher) nicht genügend Betreuungseinrichtungen für Kinder gibt, die mit einer ganztägigen Berufstätigkeit der Eltern kompatibel sind.

Tabelle 30: Teilzeitquoten^{*)} der unselbständig erwerbstätigen Vorarlbergerinnen nach Zahl der Kinder

Region	Unselbständig erwerbstätige Frauen						
	gesamt	ohne Kinder	mit Kindern	mit Kindern unter 15 Jahren	mit 1 Kind unter 15	mit 2 Kindern unter 15	mit 3 Kindern unter 15
Vorarlberg	34,0	18,3	55,1	61,8	62,1	63,0	54,3
Österreich	30,8	15,1	47,9	52,6	48,7	59,0	57,4

^{*)} Die Angaben entsprechen dem Lebensunterhaltskonzept, das Erwerbstätigkeit erst ab einer bezahlten Arbeit von 12 Wochenstunden berücksichtigt. Teilzeitarbeit ist demnach eine Wochenarbeitszeit zwischen 12 – 35 Wochenstunden.

Quelle: Statistik Austria/Mikrozensus Jahresergebnisse 2001

Verglichen mit dem Österreichdurchschnitt arbeiten in Vorarlberg etwas mehr Frauen Teilzeit zwischen 12 und 35 Wochenstunden. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist in Vorarlberg sowohl bei den unselbständig erwerbstätigen Frauen ohne Kinder als bei jenen mit Kindern höher als im gesamten Bundesgebiet. Auffallend ist, dass in Vorarlberg deutlich mehr Frauen bereits beim ersten Kind auf Teilzeitarbeit umsteigen, sodass die Teilzeitquote von Frauen mit einem und Frauen mit zwei Kindern in Vorarlberg fast gleich hoch ist, wogegen im gesamten Bundesgebiet die Teilzeitquote der Frauen mit zwei Kindern deutlich ansteigt, allerdings niedriger ist als die der Vorarlbergerinnen mit nur einem Kind.

Teilerwerbstätigkeit hat Vor-, aber auch Nachteile. Einerseits ist Teilzeitarbeit mit der Betreuung von Kindern leichter vereinbar und verhindert – im Unterschied zu einem Ausstieg aus dem Erwerbsleben – die berufliche Dequalifizierung. Teilzeit zu arbeiten kann auch ein Zeichen dafür sein, dass eine Person der Erwerbsarbeit nicht die zentrale Rolle im Leben beimisst, sondern auch Zeit für andere Tätigkeiten bzw. Interessen haben möchte.

Teilzeitarbeit aber ist in den seltensten Fällen existenzsichernd. Prekär wird die Situation sowohl im Fall einer Scheidung, als auch im Falle von Arbeitslosigkeit und im Alter, denn die Höhe des Erwerbseinkommens beeinflusst auch die Höhe von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Pension. Und: Teilzeitbeschäftigte Frauen bleiben voll zuständig für die Familienarbeit. Das heißt, Teilzeitarbeit zementiert auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Männer bleiben von Hausarbeit und Betreuungsarbeiten entlastet.

Einem Mikrozensus-Sonderprogramm vom September 1995 zufolge, sind Teilzeitbeschäftigungen grundsätzlich weniger lukrativ als Vollzeitbeschäftigungen. Auch unter der Annahme der Vollzeitbeschäftigung verdienen Teilzeitbeschäftigte um acht Prozent weniger

ERWERBSARBEIT

als der Durchschnitt der weiblichen Angestellten. Die besten Verdienstchancen haben Teilzeitangestellte im Öffentlichen Dienst. Die schlechtesten haben Hilfsarbeiterinnen. Ihre Einkommen liegen, umgelegt auf Vollzeitarbeit, um 15 Prozent unter dem Durchschnitt.

Frauen sind – aufgrund familiärer Aufgaben – nicht nur in einem höheren Maß teilzeitbeschäftigt als Männer, auch die Jahresarbeitszeit unterscheidet sich nach dem Geschlecht. Nicht-ganzjährige Beschäftigungen (z.B. Saisonarbeiten) werden eher von Frauen als von Männern ausgeübt.

ANDERE SONDERFORMEN DER ARBEITSZEIT

Wochenendarbeit:

Der Anteil der regelmäßig an Wochenenden arbeitenden Frauen, vor allem jener am Samstag arbeitenden Frauen, ist – vor allem aufgrund verlängerter Ladenöffnungszeiten im Handel - deutlich höher als jener der Männer. Österreichweit leisten mehr als 700.000 Frauen Samstags- und/oder Sonntagsarbeit.

Abend- und Nachtarbeit:

Abend- und Nachtarbeit ist überwiegend, aber keineswegs ausschließlich Männersache. Während von den erwerbstätigen Männern 16,3 Prozent regelmäßig Abendarbeit (zwischen 20 und 22 Uhr) und 11,1 Prozent regelmäßig Nachtarbeit (zwischen 22 und 6 Uhr) leisten, sind es von den Frauen 11,4 Prozent (Abendarbeit) und 6,6 Prozent (Nachtarbeit).

Schicht-, Wechsel- und Turnusdienst:

16 Prozent der ArbeitnehmerInnen verrichten in Vorarlberg regelmäßig Schicht-, Wechsel- und Turnusdienst. Das entspricht exakt dem Österreich-Durchschnitt. Männer sind von diesen Arbeitszeitformen mehr betroffen (17 %) als Frauen (13 %), allerdings gleichen sich die jeweiligen Anteile zunehmend an.

Eine Unterscheidung nach Berufen zeigt, dass Frauen Schicht-, Wechsel- und Turnusdienst vor allem innerhalb des diplomierten Krankenpflegepersonals leisten, das in der überwiegenden Mehrheit aus Frauen besteht. 69 Prozent der KrankenpflegerInnen sind von Schicht-, Turnus- und Wechseldienst betroffen. Geringfügig stärker betroffen sind Frauen auch von einem Schichtmodell, das teils Tag-, teils Nachtschichten umfasst und gesundheitlich sowie sozial eher nachteilige Folgen hat.

Bildungsspezifisch gesehen sind AkademikerInnen jene Gruppe, die – im Unterschied zu Überstunden - am wenigsten Schicht-, Wechsel- und Turnusdienst leisten.

Nur knapp ein Viertel der unselbständig Erwerbstätigen, die Schichtarbeit leisten, streben diese Arbeitszeitregelung gezielt an.

Überstunden:

Die Zahl der Personen, die Überstunden leisten, ist in den neunziger Jahren österreichweit deutlich angestiegen. Die letzte Mikrozensus-Sondererhebung aus dem Jahr 2001 ist allerdings mit früheren Erhebungen nicht vergleichbar, da aufgrund der durch den österreichischen EU-Beitritt erforderlichen Anpassung an das EU-Datensystem unter anderem die Fragestellungen abgeändert wurden. Der neuen Erhebung zufolge leisteten 2001 23 Prozent der unselbständig erwerbstätigen Frauen und 33 Prozent der unselbständig erwerbstätigen Männer in Vorarlberg in der Woche vor der Befragung zumindest eine Überstunde (Österreich: 22 % und 30 %). Nach Kärnten und Wien hat Vorarlberg den dritthöchsten Anteil an unselbständig Beschäftigten, die Überstunden leisten. Männer leisten generell in deutlich höherem Ausmaß Überstunden als Frauen. Am geringsten sind die geschlechtsspezifischen Differenzen zwischen Arbeiterinnen (18 %) und Arbeitern (25 %), am größten bei den Angestellten der Privatwirtschaft (Männer: 38 %; Frauen: 24 %). Nicht nur die geschlechts-, sondern auch die bildungsspezifischen Unterschiede sind im Zusammenhang mit Überstunden beträchtlich. Von den Personen, die keine über die Pflichtschule hinausgehende Schulbildung haben, leisten relativ wenige Überstunden (20 %). Von den AkademikerInnen hingegen 42 Prozent.

Deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede finden sich auch bei der Vergütung von Überstunden. Während 45 Prozent der unselbständig beschäftigten Männer ihre Überstunden vom Arbeitgeber „einschließlich eines Zuschlags“ vergütet bekommen, ist dies nur bei 38 Prozent der Frauen der Fall. Frauen bauen ihre Überstunden eher als Männer „gegen Zeitausgleich ohne Zuschlag“ ab.

Der höchste Anteil an Überstundenleistenden findet sich bei den Angestellten (31 %), gefolgt von den öffentlich Bediensteten (27 %), der geringste bei den ArbeiterInnen (23 %).

Min-Max-Verträge:

In diesem Fall wird zwischen ArbeitgeberIn und Beschäftigten vertraglich nur eine Mindeststundenzahl festgelegt. Die ArbeitgeberInnen aber können mehr Stunden anordnen, ohne dafür

ERWERBSARBEIT

Überstundenzuschläge bezahlen zu müssen. Maximal 2,6 Prozent der unselbständig Erwerbstätigen sind von dieser flexiblen Arbeitszeitform betroffen, Männer etwas stärker als Frauen.

Arbeit auf Abruf (KAPOVAZ):

Bei der Arbeit auf Abruf bestimmen ArbeitgeberInnen die Arbeitszeit der Beschäftigten je nach betrieblichem Bedarf. Arbeit auf Abruf ist relativ gering verbreitet. 1,5 Prozent der Männer und 1,4 Prozent der Frauen haben diese Sonderform der Arbeitszeit. Frauen sind vor allem in den Bereich „Beherbergungs- und Gaststättenwesen“, „Private Haushalte“ und „Handel“ davon betroffen.

Gleitzeit:

Im Unterschied zu anderen Sonderformen der Arbeitszeit ist Gleitzeit eindeutig im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen. Diese haben dadurch ein gewissen Maß an Zeitsouveränität. Österreichweit können 14 Prozent aller unselbständig Erwerbstätigen Gleitzeit in Anspruch nehmen. Am häufigsten ist Gleitzeit bei Angestellten, gefolgt von BeamtInnen und Vertragsbediensteten. Am wenigsten verbreitet ist sie bei Arbeiterinnen.

ANDERE ATYPISCHE BESCHÄFTIGUNGSFORMEN

Befristete Arbeitsverhältnisse:

Tätigkeiten aufgrund eines befristeten Arbeitsvertrages sind EU-weit im Steigen begriffen und unter Frauen stärker verbreitet als unter Männern. Das gilt auch für Österreich: Der Anteil der Frauen mit einem befristeten Arbeitsverhältnis stieg von 1995 bis 2000 von 6,4 auf 8,4 Prozent der beschäftigten Frauen. Jener der Männer von 5,7 auf 7,6 Prozent. Innerhalb der EU-Mitgliedstaaten liegt Österreich mit diesem Prozentsatz an viertletzter Stelle (EU-15: Frauen 14,5 %; Männer 12,5 %). Zwar werden auch befristete Dienstverhältnisse mitunter freiwillig eingegangen, beispielsweise für einen bestimmten Ausbildungszeitraum. Oft werden befristete Verträge aber als einzige Möglichkeit gesehen, der Arbeitslosigkeit zu entkommen. Das Risiko, erneut arbeitslos zu werden, ist bei befristeten Verträgen jedoch überdurchschnittlich hoch.

Freie DienstnehmerInnen:

Ein freier Dienstvertrag liegt vor, wenn eine Person auf bestimmte oder unbestimmte Zeit gegen Entgelt

- Dienstleistungen erbringt
- im Wesentlichen persönlich tätig wird
- ohne wesentliche eigene Betriebsmittel arbeitet
- vertraglich zur Tätigkeitsverrichtung verpflichtet ist und
- seinen Arbeitsablauf selbst bestimmen kann

Etwa 0,7 Prozent der Erwerbstätigen in Vorarlberg sind freie DienstnehmerInnen. Freie DienstnehmerInnen sind einkommenssteuerpflichtig. Sozialversicherungsrechtlich gehören sie allerdings zu den unselbständig Erwerbstätigen (ASVG). Sie erhalten aber kein Krankengeld und sind auch nicht arbeitslosenversichert. Unternehmen ersparen sich durch freie Dienstverträge Lohnnebenkosten. Die Zahl der freien DienstnehmerInnen ist in letzten Jahren sukzessive angestiegen. Im Juni 2003 gab es in Vorarlberg laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger 1.323 freie DienstnehmerInnen. Österreichweit sind etwa die Hälfte der freien DienstnehmerInnen – mit einem Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze – Frauen, in Vorarlberg sind es zwei Drittel. Bei den freien DienstnehmerInnen mit einem Einkommen unter der Geringfügigkeitsgrenze sind in Vorarlberg 70 Prozent Frauen, österreichweit etwa 60 Prozent.

Scheinselbständigkeit:

Als scheinselbständig gilt, wer sich als selbständig bezeichnet, obwohl die Kennzeichen einer unselbständigen Erwerbstätigkeit überwiegen (Weisungsgebundenheit, Arbeit nur für ein Unternehmen). Scheinselbständigkeit ist in Österreich relativ selten. Sie betrifft 1,1 Prozent aller Erwerbstätigen, Männer etwas häufiger als Frauen. Überdurchschnittlich hoch ist die Scheinselbständigkeit in den Bundesländern Tirol, Wien, Vorarlberg (1,6 %) und Oberösterreich.

ARBEITSLOSIGKEIT

Die Arbeitslosenquote ist in Österreich – im Vergleich zu den anderen Staaten der Europäischen Union – zwar relativ gering, die Zahl der Arbeitslosen ist allerdings gegenüber 1971 fast sechsmal so hoch.

Seit Anfang der achtziger Jahre stieg die Arbeitslosenquote ziemlich kontinuierlich an. 1998 betrug sie laut Arbeitsmarktservice (AMS) österreichweit 7, 2 Prozent. In den Jahren 1999 und 2000 ging sie zurück (2000: 5,8 %), seither steigt sie wieder an. 2002 betrug sie in Österreich 6,9 Prozent. Die Arbeitslosenquote der Frauen, die seit Mitte der achtziger Jahre immer höher war als jene der Männer, war 2002 geringer als die der Männer. 2002 betrug die Arbeitslosenquote der Männer österreichweit 7,2 und die der Frauen 6,4 Prozent. In Vorarlberg liegt die

ERWERBSARBEIT

Arbeitslosenquote deutlich unter dem Österreichdurchschnitt. Insgesamt betrug sie 2002 in Vorarlberg 5,1 Prozent. Damit war die Arbeitslosenquote in Vorarlberg 2002 um 0,8 Prozentpunkte höher als in den beiden Jahren davor. Die Arbeitslosenquote der Frauen ist in Vorarlberg nach wie vor höher (5,6 %) als jene der Männer (4,8 %). Dieser starke Anstieg der Arbeitslosigkeit in Vorarlberg ist großteils auf die überproportionale Zunahme des Angebots an Arbeitskräften zurückzuführen; dies wirkt sich in einem relativ starken Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe der 19- bis 25-Jährigen aus. Allerdings sind die über 50-Jährigen immer noch stärker von Arbeitslosigkeit und auch von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen.

Laut Arbeitskräfteerhebung 2002 ist österreichweit von den arbeitslosen Frauen ein deutlich höher Prozentsatz langzeitarbeitslos (23 %) als von den Männern (16 %). In absoluten Zahlen aber gab es 2002 fast genau gleich viel langzeitarbeitslose Frauen wie Männer. In Vorarlberg ist nicht nur der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen um vieles geringer, Frauen sind auch seltener als Männer von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen.

Überproportional angestiegen ist 2002 auch die Zahl der Arbeitslosen unter den bewilligungspflichtig beschäftigten AusländerInnen (Arbeitslosenquote: 8,3 %). Bei den InländerInnen (inklusive EWR) betrug sie hingegen 4,7 Prozent. 45 Prozent der als arbeitslos vorgemerkten AusländerInnen hatten die türkische Staatsbürgerschaft. 35 Prozent kamen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Die vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote von Personen aus so genannten Drittstaaten ist zum einen darauf zurückzuführen, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt für sie schwieriger ist, und sie zum anderen entweder geringe Qualifikationen haben oder die Qualifikationen, die sie in ihrem Herkunftsland erworben haben, in Österreich nicht anwenden können.

Während 1998 in Vorarlberg noch 24 Prozent der vorgemerkten Arbeitslosen länger als sechs Monate arbeitslos waren, waren es 2002 nur noch 12,6 Prozent; Frauen (12,1 %) etwas seltener als Männer (13,2 %). Das ist darauf zurückzuführen, dass das Arbeitsmarktservice mit gezielten Maßnahmen (Qualifizierungs-, Beschäftigungs- und Unterstützungsmaßnahmen) den Übertritt in die Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern versucht. 2003 allerdings steigt die Zahl der Langzeitarbeitslosen (= länger als ein Jahr als arbeitslos vorgemerkt) aufgrund der Arbeitsmarktlage wieder deutlich an.

Mit steigendem Alter steigt nicht nur das Risiko, arbeitslos zu werden, sondern auch die Dauer der Arbeitslosigkeit: Von den Arbeitslosen zwischen 55 und 60 Jahren sind 34,5 Prozent länger

als sechs Monate arbeitslos, von jenen über 60 Jahren 54,6 Prozent. Zum Vergleich: Von den 19- bis 25-Jährigen sind nur 2,9 Prozent länger als sechs Monate arbeitslos.

Das Risiko, arbeitslos zu werden, ist auch nach Bezirken unterschiedlich groß. Im Jahr 2002 betrug die Arbeitslosenquote im Bezirk

Bludenz 5,8 %

Bregenz 4,4 %

Dornbirn 5,5 %

Feldkirch 5,5 %

Je niedriger die Qualifikation desto höher ist das Risiko, arbeitslos zu werden. Personen, die keinen Hauptschulabschluss haben, PflichtschulabsolventInnen sowie Frauen und Männer mit Lehrabschluss sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Insgesamt gehörten 2002 84 Prozent der Arbeitslosen dieser Gruppe an, und zwar 81 Prozent der weiblichen Arbeitslosen und 86 Prozent der männlichen. Auch der Abschluss mancher mittlerer Schulen, eines Schultyps, der mehrheitlich von Mädchen besucht wird, erweist sich am Arbeitsmarkt nur als bedingt verwertbar. Zehn Prozent der arbeitslosen Frauen haben eine mittlere Schule besucht.

Fachleute gehen davon aus, dass die Arbeitslosigkeit von Frauen unterschätzt wird, denn Frauen haben öfter als Männer keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung und lassen sich daher häufig nicht als arbeitssuchend vormerken. Dazu kommt, dass der Status der Arbeitslosigkeit als negativ empfunden wird, weshalb Frauen es mitunter vorziehen, sich als Hausfrauen zu bezeichnen bzw. sich aufgrund vergeblicher Arbeitssuche tatsächlich mit der Rolle der Hausfrau begnügen. Diese „versteckte Arbeitslosigkeit“ wird bei der Berechnung von Arbeitslosigkeit nicht berücksichtigt. Schätzungen von Fachleuten zufolge würde ein Fünftel der Hausfrauen, obwohl sie nicht als arbeitssuchend gemeldet sind, gern erwerbstätig sein.

GLEICHBEHANDLUNG IN DER PRIVATWIRTSCHAFT

Das Gleichbehandlungsgesetz für die Privatwirtschaft legt fest, dass aufgrund seines Geschlechtes im Zusammenhang mit seinem Arbeitsverhältnis niemand unmittelbar oder mittelbar diskriminiert werden darf, insbesondere nicht

- bei der Begründung des Arbeitsverhältnisses
- bei der Festsetzung des Entgelts
- bei der Gewährung freiwilliger Sozialleistungen, die kein Entgelt darstellen
- bei Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung auf betrieblicher Ebene
- beim beruflichen Aufstieg, insbesondere bei Beförderungen

ERWERBSARBEIT

- bei den sonstigen Arbeitsbedingungen
- bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

Sexuelle Belästigung gilt laut Gesetz ebenfalls als Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes.

Das Gleichbehandlungsgesetz für die Privatwirtschaft sieht – im Interesse einer effizienten Beratung und Unterstützung – die Regionalisierung der Anwaltschaft für Gleichbehandlungsfragen, die in Wien ihren Sitz hat, vor. 1998 wurde das erste Regionalbüro der Anwältin für Gleichbehandlungsfragen in Innsbruck eingerichtet und eine Regionalanwältin bestellt. Ihr Zuständigkeitsbereich umfasst die Bundesländer Salzburg, Tirol und Vorarlberg.

Die Zahl der Beratungsfälle stiegen von 251 im Jahr 2000 auf 379 im Jahr 2002. Die meisten Ratsuchenden kommen zwar aus Tirol, was wiederum zeigt, wie wichtig die Erreichbarkeit einer solchen Einrichtung ist. Aber auch VorarlbergerInnen wenden sich regelmäßig an die Regionalanwaltschaft. Der Anteil der Anfragen von VorarlbergerInnen lag in den letzten vier Jahren zwischen acht und 19 Prozent. Etwa ein Drittel der Anfragen von VorarlbergerInnen sind allgemeine Fragen zur Gleichbehandlung und zum beruflichen Aufstieg, ein weiteres Drittel sind Fragen zur Bezahlung und das letzte Drittel betrifft sexuelle Belästigung.

Häufig wenden sich Vorarlbergerinnen auch an die Regionalanwaltschaft mit Fragen betreffend Teilzeitbeschäftigung und beruflichem Wiedereinstieg nach der Karenz. Nicht selten sehen sich Frauen nach der Rückkehr aus der Karenz mit Benachteiligungen konfrontiert. Beispielsweise werden sie zurückgestuft, verlieren ihre Leitungsfunktion oder den Anspruch auf Zusatzleistungen. Das sind Situationen, in denen die Regionalanwaltschaft für Gleichbehandlungsfragen aktiv wird.

INTERESSENVERTRETUNGEN

Die gewählten Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen im Betrieb, die BetriebsrätInnen (Privatwirtschaft) und PersonalvertreterInnen (Öffentlicher Dienst) haben in Vorarlberg – Stand: September 2003 – einen Frauenanteil von 25 Prozent. Dieser ist also deutlich niedriger als der Anteil der Frauen an den unselbständig Beschäftigten (rund 40 %). An den ErsatzbetriebsrätInnen ist der Frauenanteil wesentlich höher (45 %).

Auch im Bereich der betrieblichen Interessenvertretung nimmt der Frauenanteil mit der Funktionshöhe ab. An den Betriebsratsvorsitzenden beträgt der Frauenanteil nur 16 Prozent, gegenüber 2001 ist er allerdings um einen Prozentpunkt gestiegen.

Auch für die großen gesetzlichen Interessenvertretungen – und zwar für die der unselbständig Erwerbstätigen (Kammer für Arbeiter und Angestellte) ebenso wie für die der selbständig Erwerbstätigen (Wirtschaftskammer) gilt: Der Frauenanteil an den gewählten FunktionärInnen ist

nicht annähernd so hoch wie der Frauenanteil an den Erwerbstätigen, deren Interessen sie vertreten. Allerdings ist der Frauenanteil an den KammerrätInnen der Arbeiterkammer insgesamt (21,6 %) deutlich höher als jener an den FunktionärInnen der Wirtschaftsparlamente (8,1 %). In Vorarlberg liegt der Frauenanteil an den FunktionärInnen in der Kammer für Arbeiter und Angestellte um 5,9 Prozentpunkte und in der Wirtschaftskammer um 2,7 Prozentpunkte unter dem Österreichdurchschnitt.

Tabelle 31: KammerrätInnen in den Landeskammern der Kammer für Arbeiter und Angestellte nach Geschlecht

AK-Landeskammer	Zahl der Kammer-rätInnen	davon		Frauenanteil in %
		Männer	Frauen	
Burgenland	50	37	13	26,0
Kärnten	70	57	13	18,6
Niederösterreich	110	94	16	14,5
Oberösterreich	110	89	21	19,1
Salzburg	70	58	12	17,1
Steiermark	110	86	24	21,8
Tirol	70	56	14	20,0
Vorarlberg	70	59	11	15,7
Wien	163*)	109	54	33,1

*) Laut Gesetz sind für die AK Wien zwar 180 KammerrätInnen vorgesehen; nach dem Ausscheiden von FunktionärInnen werden die Funktionen aber nicht immer fix bzw. dauerhaft nachbesetzt.

Quelle: Kammer für Arbeiter und Angestellte

Tabelle 32: FunktionärInnen in den Wirtschaftsparlamenten der Wirtschaftskammern Österreichs nach Geschlecht

Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer...	Zahl der FunktionärInnen gesamt	davon		Frauenanteil in %
		Männer	Frauen	
Burgenland	66	63	3	4,5
Kärnten	101	90	11	10,9
Niederösterreich	143	129	14	9,8
Oberösterreich	139	129	10	7,2
Salzburg	90	82	8	8,9
Steiermark	147	137	10	6,8
Tirol	108	101	7	6,5
Vorarlberg	92	87	5	5,4
Wien	144	128	16	11,1

Stand: 21.10.2003

Quelle: Bundeswirtschaftskammer

EXKURS: FRAUEN IM LANDESDIENST

ZUM THEMA GLEICHSTELLUNG

Die Situation von Frauen im öffentlichen Dienst ist nur bedingt mit jener in der Privatwirtschaft vergleichbar. Dienst- und besoldungsrechtlich sind die Frauen im Landesdienst den Männern gleichgestellt. Und die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind im Landesdienst – verglichen mit jenen in der Privatwirtschaft – gering. Trotz formaler Gleichbehandlung aber – so zeigt die Erfahrung – sind Frauen auch im öffentlichen Dienst keineswegs in allen Tätigkeitsbereichen und auf allen Hierarchieebenen gleichmäßig vertreten. Frauen sind bei den Vertragsbediensteten in der Mehrheit, unter den – sozial besser abgesicherten – BeamtInnen eine Minderheit. In Vorarlberg sogar eine verschwindende Minderheit (Frauenanteil an den BeamtInnen der Landesverwaltung im Jahr 1999: 7 %). Vorarlberg hat jedoch mit 1.1.2001 als erstes österreichisches Bundesland auf die weitere Pragmatisierung öffentlicher Bediensteter verzichtet.

Um die ungleiche Stellung von Frauen und Männern nicht zu perpetuieren, sondern aktiv Veränderungen herbeizuführen, trat 1993 das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz in Kraft. Es enthält das Gebot der Gleichbehandlung von weiblichen und männlichen Bediensteten sowie das Gebot, Frauen gezielt zu fördern. Bereits mit Unterzeichnung des EWR-Vertrages im Jahr 1994 hat sich Österreich verpflichtet, die österreichischen Gesetze und Verwaltungspraktiken den Rechtsbestimmungen der Europäischen Union anzupassen. Dies bedeutet unter anderem, dass alle öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse, und zwar nicht nur jene des Bundes, den EG-Richtlinien zur Gleichbehandlung der Geschlechter entsprechen müssen.

Aus diesem Grund haben alle österreichischen Bundesländer – mit Ausnahme von Vorarlberg - in den darauf folgenden Jahren Landes-Gleichbehandlungsgesetze verabschiedet.

Der Vorarlberger Landtag hat 1996 ein Landes-Frauenförderungsgesetz beschlossen und ein Gleichbehandlungsgebot in das Landesbedienstetengesetz aufgenommen.

Im Landes-Frauenförderungsgesetz heißt es: „Die Erhöhung des Frauenanteils in allen Verwendungsgruppen und leitenden Funktionen ist anzustreben, wenn der Anteil der Frauen jeweils weniger als der Anteil der Frauen an den unselbständigen Beschäftigten beträgt.“ Die zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern empfohlenen Maßnahmen beziehen sich im Wesentlichen auf Maßnahmen, die eine bessere Vereinbarkeit beruflicher und familiärer Aufgaben ermöglichen sollen:

- Angebote von flexiblen Arbeitszeiten

- Angebote von Teilzeitarbeit auch in leitenden Funktionen
- Berücksichtigung der Familienphase bei der Einstellung, beim beruflichen Aufstieg und Wiedereinstieg sowie bei der Laufbahnplanung
- Kontinuierliche Information während des Karenzurlaubes
- Sichtbarmachung der Frauen in der Sprachregelung
- Mitgestaltung der Arbeitsbedingungen durch Frauen.

Laut Landes-Frauenförderungsgesetz hat die Personalvertretung eine Anlaufstelle zur Förderung der Chancengleichheit errichtet und eine Leiterin aus dem Kreis der Personalvertreterinnen bestellt. Eine Gleichbehandlungskommission sowie Gleichbehandlungsbeauftragte sieht das Gesetz nicht vor. Fälle von Ungleichbehandlung bzw. sexueller Belästigung sind laut Gesetz der Dienstbehörde zu melden. Für solche Fälle wurden Schadenersatzregelungen in das Landesbedienstetengesetz aufgenommen.

Mit der 1999 erfolgten Modifizierung der Artikel 2, 3 und 23 des EG-Vertrages verpflichtete sich die Europäische Union, die Gleichstellung von Männern und Frauen gezielt zu fördern, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichheit von Männern und Frauen in allen Bereichen, einschließlich der Beschäftigung, der Arbeit und des Arbeitsentgelts, sicherzustellen.

Im Auftrag der Vorarlberger Landesregierung begann das Frauenreferat 1999 in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen des Amtes der Vorarlberger Landesregierung, den Ist-Zustand der (Un-) Gleichbehandlung der Geschlechter innerhalb des Landesdienstes zu erheben und zu analysieren und Vorschläge auszuarbeiten, wie Chancengleichheit in der Vorarlberger Landesverwaltung weiter gefördert werden kann. Am 4. Juni 2002 beschloss die Vorarlberger Landesregierung den „Rahmenplan für die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Vorarlberger Landesverwaltung“ umzusetzen. Ein ressortübergreifendes Team begleitet den Prozess der Implementierung von Gender Mainstreaming, einer Strategie, die darauf abzielt, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem integralen Bestandteil aller politischen Entscheidungen und Maßnahmen zu machen, in allen Bereichen der Landesverwaltung. Das Frauenreferat wurde mit der Geschäftsführung beauftragt.

LANDESBEDIENSTETE

Insgesamt waren zu Jahresende 2002 8.753 Personen beim Land Vorarlberg beschäftigt (inklusive Bedienstete der Krankenanstalten und Landeslehrerinnen), das sind um rund 250 mehr als im Jahr 1999. 61 Prozent der Landesbediensteten waren zu diesem Zeitpunkt Frauen. Je nach Tätigkeitsbereich ist der Frauenanteil unterschiedlich hoch. Während der Frauenanteil am Personal der Krankenanstalten 68 Prozent beträgt und an den LandeslehrerInnen 67 Prozent, sind von den Bediensteten der Landesverwaltung nur 40 Prozent Frauen.

In seiner Funktion als Arbeitgeber ist das Land Vorarlberg bemüht, die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze zu erhöhen. Insgesamt sind 26 Prozent der Landesbediensteten (Verwaltungs- und Krankenanstaltenpersonal sowie LandeslehrerInnen) teilzeitbeschäftigt. 84 Prozent der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Am höchsten ist der Anteil der teilzeitbeschäftigten Männer und Frauen im Bereich Krankenanstalten (30 %), am niedrigsten unter den LandeslehrerInnen (knapp 25 %). Von den weiblichen Landesbediensteten sind 36 Prozent teilzeitbeschäftigt, von den männlichen elf Prozent. (Gegenüber 1999 ist der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen um zwei Prozentpunkte gestiegen, jener der Männer um einen Prozentpunkt.)

LANDESVORWALTUNG

Mit 1.1.2001 verzichtete Vorarlberg als erstes österreichisches Bundesland auf weitere Pragmatisierungen von Landesbediensteten. Für die in der Landesverwaltung tätigen Frauen veränderte sich dadurch wenig. Die Chance von Frauen, pragmatisiert zu werden, war ohnehin sehr gering gewesen. Nur sieben Prozent der (sozial besser abgesicherten) BeamtInnen waren Frauen.

Tabelle 33: Beschäftigte der Landesverwaltung nach Funktion und Geschlecht

Funktionsbereich	Gesamtzahl	Männer	Frauen	Frauenanteil in %	Anteil an den weiblichen Beschäftigten in %
Verwaltungsbedienstete gesamt	1.820	1.084	736	40	100
Bedienstete innerhalb des BRP*)	1.693	1.038	655	39	89
Leitungsfunktionen	171	164	7	4	1
ExpertInnen	251	189	62	25	9
SachbearbeiterInnen	576	403	173	30	27

Ausführende Funktionen	695	282	413	59	63
------------------------	-----	-----	-----	----	----

^{*)}BRP = Beschäftigungsrahmenplan
Stand: 31.12.2002

Quelle: Personalabteilung des Amtes der Vorarlberger Landesregierung

Aufgrund des Verzichts auf weitere Pragmatisierungen, einer Neustrukturierung des Dienstposten- bzw. Beschäftigungsplans verbunden mit einer Neugestaltung des Gehaltssystems lassen sich die gegenwärtigen Personalstatistiken nur schwer mit den früheren vergleichen.

Die Zuordnung zu den vier Funktionsbereichen vermittelt allerdings ein anschauliches Bild davon, wo Frauen innerhalb der Hierarchie stark bzw. spärlich vertreten sind (Tab.33). Nahezu zwei Drittel (63 %) der in der Verwaltung tätigen weiblichen Landesbediensteten sind der untersten und auch am geringsten bezahlten Hierarchieebene „ausführende Funktionen“ zugeordnet. Von den männlichen Verwaltungsbediensteten finden sich hingegen nur 27 Prozent auf dieser Stufe. Ein Prozent der weiblichen Verwaltungsbediensteten hat Leitungsfunktionen inne, aber 16 Prozent der männlichen. Neun Prozent der Frauen sind als ExpertInnen eingestuft und bezahlt, aber 18 Prozent der Männer.

Anders formuliert. Von den leitenden Funktionen sind vier Prozent mit Frauen besetzt und 96 Prozent mit Männern. Von den ExpertInnen sind ein Viertel Frauen, aber drei Viertel Männer. Ausführende Tätigkeiten hingegen werden zu nahezu 59 Prozent von Frauen und nur zu vierzig Prozent von Männern verrichtet.

Im Bereich Verwaltung arbeiten 50 Prozent der weiblichen Beschäftigten, aber nur sieben Prozent der männlichen Teilzeit.

KRANKENANSTALTEN

In den Landeskrankenanstalten beträgt der Frauenanteil am Personal gegenüber 1999 ziemlich unverändert 67,5 Prozent, an den leitenden Funktionen 25,5 Prozent, das sind um drei Prozentpunkte weniger als 1999 (Tab.34). Die größte Gruppe stellen die Frauen in der Krankenpflege, die traditionell als typisch weibliche Beschäftigung gilt. Auffallend ist, dass der Anteil der Frauen an leitenden Funktionen in allen Bereichen (Ärztenschaft, Krankenpflege, Medizinisch-technischer Dienst) deutlich geringer ist als der Anteil der im jeweiligen Bereich beschäftigten Frauen. Der Anteil der Männer in leitenden Positionen ist hingegen in allen Bereichen deutlich höher als der Anteil der im jeweiligen Bereich beschäftigten Männer. Ein Beispiel: Obwohl Männer nur 24 Prozent der im Pflegebereich Beschäftigten stellen, haben sie 44 Prozent der Leitungsfunktionen in diesem Bereich inne. Das heißt, Männer machen überdurchschnittlich häufig Karriere, Frauen hingegen auffallend selten.

Teilzeitarbeit wird auch an den Vorarlberger Landeskrankenanstalten bewusst gefördert, sofern es sich mit den betrieblichen Erfordernissen vereinbaren lässt. Damit wird ohne Zweifel verhindert, dass qualifizierte und gut eingearbeitete Mitarbeiterinnen aufgrund von Betreuungspflichten aus dem Beruf ausscheiden. Tatsache ist, dass das weibliche medizinische Personal von der Möglichkeit der Teilzeitarbeit viel häufiger Gebrauch macht als Männer. Der Anteil der Teilzeit arbeitenden Frauen beträgt inzwischen 40 Prozent (1999: 35 %), von den Männern arbeiten hingegen nur zehn Prozent Teilzeit (1999: 8 %). Dies zeigt, welchen Einfluss die traditionelle Rollenverteilung bzw. die gesellschaftlichen Erwartungen hinsichtlich Haushaltsführung und Kinderbetreuung nach wie vor auf das Verhalten und auf die Entscheidungen von Männern und Frauen ausüben.

Tabelle 34: Personal der Krankenanstalten nach Tätigkeitsbereichen, Funktion und Geschlecht

Tätigkeitsbereiche	Gesamtzahl	davon Frauen	Frauenanteil in % 2002	Zum Vergleich: Frauenanteil in % 1999
Medizinischer Bereich				
ÄrztInnen				
Leitende ÄrztInnen und OberärztInnen	175	28	16,0	14,8
Nachgeordnete ÄrztInnen	140	46	32,9	35,9
Medizinisch-technischer Dienst				
Leitende Funktionen	11	7	63,6	66,7
Gehobener Dienst und Fachdienst	162	137	84,6	85,3
Hilfsdienst	35	19	54,3	55,3
Sonstige Fachbereiche				
Leitende Funktionen	5	1	20,0	40,0
Fachdienst	63	48	76,2	66,6
Hilfsdienst	14	12	85,7	76,9
Pflegebereich				
Leitende Funktionen	43	24	55,8	67,4
Fachdienst	1.052	834	79,2	79,4
Hilfsdienst	413	293	70,9	70,6
Verwaltung, Wirtschaft und Technik				
Leitende Funktionen	25	6	24,0	23,1
Fachdienst	95	30	31,6	38,6
Hilfsdienst	416	304	73,0	72,4
Lehrlinge	9	5	55,5	57,1
Gesamt	2.658	1.794	67,5	67,9

Leitungsfunktionen gesamt	259	66	25,5	28,5
----------------------------------	------------	-----------	-------------	-------------

Stand: 31.12.2002

Quelle: Personalabteilung der Vorarlberger Landesregierung

LANDESSCHULEN

Knapp die Hälfte der Vorarlberger Landesbediensteten (49 %) sind LehrerInnen. Ende 2002 standen 4.275 LehrerInnen im Dienst des Landes. Genau zwei Drittel davon sind Frauen. 58 Prozent aller LandeslehrerInnen sind pragmatisiert. Nach Geschlecht differenziert sind 69 Prozent der Lehrer und 52 Prozent der Lehrerinnen pragmatisiert.

Die LandeslehrerInnen haben – von allen Bereichen des Landesdienstes – den niedrigsten Anteil an teilzeitbeschäftigten Frauen (30 %) und den höchsten Anteil teilzeitbeschäftigter Männer (13 %).

Siehe auch den Abschnitt „Frauen im Lehrberuf“.

ÖKONOMISCHE SITUATION

EINKOMMEN

UNSELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE

Das durchschnittliche Monats-Netto-Einkommen lohnsteuerpflichtiger Männer, berechnet aufgrund der Lohnsteuerstatistik, liegt in Vorarlberg geringfügig über dem Österreich-Durchschnitt, das der Frauen darunter. Die Lohnsteuerstatistik umfasst die Einkommen unselbständig Erwerbstätiger inklusive Lehrlinge und PensionistInnen. Sie vermittelt ein ziemlich exaktes Bild von den tatsächlich bezogenen Einkommen, lässt aber nur bedingt Aussagen über gerechte oder ungerechte Entlohnung zu, da sie das Ausmaß der Beschäftigung – Vollzeit- oder Teilzeitarbeit - nicht berücksichtigt.⁴

Tabelle 35: Durchschnittliches Monats-Netto-Einkommen lohnsteuerpflichtiger Personen*) in Vorarlberg nach Geschlecht und politischen Bezirken 2001

Region	Durchschnittliches Netto-Einkommen pro Monat**) in EUR		Einkommensdifferenz in EUR	Einkommensnachteil der Frauen gegenüber den Männern in % 2001	Zum Vergleich: Einkommensnachteil der Frauen in % 1997
	Männer	Frauen			
Bezirk Bludenz	1.734	1.004	730	42,1	42,2
Bezirk Bregenz	1.769	1.019	750	42,4	40,6
Bezirk Dornbirn	1.736	1.015	721	41,5	41,6
Bezirk Feldkirch	1.717	1.004	713	41,5	40,6
Vorarlberg gesamt	1.742	1.012	730	41,9	41,1
Österreich gesamt	1.736	1.120	616	35,5	35,5

*) Durchschnittliches Einkommen = arithmetisches Mittel

Lohnsteuerpflichtige Personen = Unselbständig Erwerbstätige inklusive Lehrlinge plus PensionistInnen.

**) Durchschnittliches Netto-Einkommen pro Monat = Jahres-Nettoeinkommen geteilt durch 12.

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik. Berechnungen: Land Oberösterreich, Abteilung Statistik. Eigene Berechnungen.

Der durchschnittliche Einkommensnachteil der Frauen gegenüber den Männern beträgt demnach knapp 42 Prozent (= € 730,- pro Monat) und ist damit höher als im Bundesdurchschnitt (35,5 % = € 616,-). Der Einkommensnachteil der Frauen gegenüber den Männern ist in Vorarlberg – bei den Netto-Einkommen lohnsteuerpflichtiger Personen - gegenüber 1997 um 0,8 Prozentpunkte gestiegen, im Österreichdurchschnitt ist er gleich geblieben (Tab.35).

⁴ Die Beschäftigungsdauer (ganzjährig oder nicht-ganzjährig) berücksichtigt die Auswertung der Lohnsteuerstatistik des Jahres 2001 durch die gewichtete Personenzahl.

Auch in Vorarlberg bestehen, obwohl es ein relativ kleines Land ist, große regionale Unterschiede hinsichtlich des allgemeinen Einkommensniveaus und auch hinsichtlich der Einkommen von Männern und Frauen (Tab.36). Überdurchschnittliche Einkommen sind eher in Städten bzw. in Industriegebieten zu finden. Eine besondere Dichte „kaufkraftstarker“ Gemeinden findet sich im Rheintal. Zwischen den vier Vorarlberger Bezirken gibt es nur geringfügige Unterschiede hinsichtlich durchschnittlicher Einkommenshöhe und geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenzen. Was die Einkommensnachteile der Frauen anlangt, so hat sich in den Bezirken Bludenz und Dornbirn in den letzten Jahren praktisch nichts geändert, im Bezirk Feldkirch verringerte sich die Einkommensdifferenz zwischen den Geschlechtern zwischen 1997 und 2001 minimal, nämlich um 0,9 Prozentpunkte, im Bezirk Bregenz erhöhte sie sich im gleichen Zeitraum um 1,8 Prozentpunkte.

Tabelle 36: Durchschnittliches Monats-Netto-Einkommen lohnsteuerpflichtiger Personen^{*)} in Vorarlberg nach Geschlecht und Gemeinden 2001

Gemeinde	Durchschnittliches Monats-Netto-Einkommen (Jahres-Netto/12) in EUR		Einkommensdifferenz Männer – Frauen in EUR	Einkommensnachteil der Frauen gegenüber den Männern in %
	Männer	Frauen		
Bezirk Bludenz				
Bartholomäberg	1.701	990	711	41,8
Blons	1.832	963	869	47,4
Bludenz	1.733	1.061	672	38,8
Bludesch	1.769	984	785	44,4
Brand	1.577	954	623	39,5
Bürs	1.754	1.034	720	41,0
Bürserberg	1.883	1.043	840	44,6
Dalaas	1.577	919	658	41,7
Fontanella	1.354	859	495	36,6
Gaschurn	1.735	965	770	44,4
Innerbraz	1.631	866	765	46,9
Klösterle	1.628	894	734	45,1
Lech	1.700	1.219	481	28,3
Lorüns	1.655	1.026	629	38,0
Ludesch	1.650	944	706	42,8
Nenzing	1.729	928	801	46,3
Nüziders	1.919	1.040	879	45,8
Raggal	1.503	872	631	42,0
St. Anton i. M..	1.787	941	846	47,3
St. Gallenkirch	1.651	973	678	41,1
St. Gerold	1.735	1.231	504	29,1
Schruns	1.759	1.021	738	42,0
Silbertal	1.912	966	946	49,5
Sonntag	1.405	824	581	41,4
Stallehr	1.676	1.103	573	34,2
Thüringen	1.777	989	788	44,3
Thüringerberg	1.580	878	702	44,4
Tschagguns	1.792	937	855	47,7
Vandans	1.840	996	844	45,9
Bezirk Bregenz				
Alberschwende	1.678	889	789	47,0
Andelsbuch	1.693	891	802	47,4
Au	1.559	886	673	43,2
Bezau	1.626	942	684	42,1
Bildstein	1.915	1.042	873	45,6

Gemeinde	Durchschnittliches Monats-Netto-Einkommen (Jahres-Netto/12) in EUR		Einkommensdifferenz Männer - Frauen in EUR	Einkommensnachteil der Frauen gegenüber den Männern in %
	Männer	Frauen		
Bizau	1.631	851	780	47,8
Bregenz	1.844	1.152	692	37,5
Buch	1.748	1.016	732	41,9
Damüls	1.257	943	314	25,0
Doren	1.644	907	737	44,8
Egg	1.645	913	732	44,5
Eichenberg	1.694	997	697	41,1
Fußach	1.754	971	783	44,6
Gaißau	1.577	807	770	48,8
Hard	1.781	1.017	764	42,9
Hittisau	1.495	824	671	44,9
Höchst	1.852	903	949	51,2
Hörbranz	1.706	969	737	43,2
Hohenweiler	1.799	954	845	47,0
Kennelbach	1.796	1.009	787	43,8
Krumbach	1.497	893	604	40,3
Langen bei Br.	1.656	925	731	44,1
Langenegg	1.559	857	702	45,0
Lauterach	1.885	1.047	838	44,5
Lingenau	1.689	965	724	42,9
Lochau	1.817	1.049	768	42,3
Mellau	1.546	956	590	38,2
Mittelberg	1.608	1.028	580	36,1
Möggers	1.898	1.076	822	43,3
Reuthe	1.712	904	808	47,2
Riefensberg	1.489	806	683	45,9
Schnepfau	1.721	886	835	48,5
Schoppernau	1.674	900	774	46,2
Schröcken	1.597	911	686	43,0
Schwarzach	1.942	1.058	884	45,5
Schwarzenberg	1.607	848	759	47,2
Sibratsgfall	1.401	893	508	36,3
Sulzberg	1.535	821	714	46,5
Warth	1.342	885	457	34,1
Wolfurt	1.910	1.043	867	45,4

Gemeinde	Durchschnittliches Monats-Netto-Einkommen (Jahres-Netto/12) in EUR		Einkommens-differenz Männer - Frauen in EUR	Einkommens-nachteil der Frauen gegenüber den Männern in %
	Männer	Frauen		
Bezirk Dornbirn				
Dornbirn	1.785	1.049	736	41,2
Hohenems	1.647	964	683	41,5
Lustenau	1.690	972	718	42,5
Bezirk Feldkirch				
Altach	1.719	955	764	44,5
Düns	1.721	958	763	44,3
Dünserberg	1.655	1.038	617	37,3
Feldkirch	1.766	1.087	679	38,4
Frastanz	1.635	951	684	41,8
Fraxern	1.696	971	725	42,7
Göfis	1.692	1.015	677	40,0
Götzis	1.687	969	718	42,6
Klaus	1.759	979	780	44,4
Koblach	1.683	937	746	44,3
Laterns	1.673	982	691	41,3
Mäder	1.647	902	745	45,2
Meiningen	1.631	852	779	47,8
Rankweil	1.705	1.004	701	41,1
Röns	1.511	848	663	43,9
Röthis	1.764	970	794	45,0
Satteins	1.729	925	804	46,5
Schlins	1.747	991	756	43,3
Schnifis	1.704	931	773	45,4
Sulz	1.708	983	725	42,5
Übersaxen	1.899	950	949	50,0
Viktorsberg	1.767	912	855	48,4
Weiler	1.771	1.000	771	43,5
Zwischenwasser	1.656	957	699	42,2

*) Durchschnittliches Einkommen = arithmetisches Mittel

Lohnsteuerpflichtige Personen = Unselbständig Erwerbstätige inklusive Lehrlinge plus PensionistInnen.

**) Durchschnittliches Netto-Einkommen pro Monat = Jahres-Nettoeinkommen geteilt durch 12.

Quelle: Statistik Austria/ Lohnsteuerstatistik. Berechnungen: Land Oberösterreich, Abteilung Statistik. Eigene Berechnungen.

Beschränkt man sich innerhalb der Lohnsteuerstatistik auf die unselbständig Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge und PensionistInnen) und berechnet nicht das Durchschnittseinkommen, sondern das Medianeinkommen, so ergibt sich ein ähnliches Bild. Die mittleren Einkommen (50 % verdienen weniger, 50 % mehr) der Männer liegen etwas über dem Österreichdurchschnitt, die der Frauen darunter (Tab.37). Der Einkommensnachteil der Frauen gegenüber den Männern ist bei den Medianeinkommen jedoch größer als bei den Durchschnittseinkommen und in Vorarlberg deutlich größer als im gesamten Bundesgebiet. Der Grund? In Vorarlberg gibt es besonders viele Frauen mit niedrigen Einkommen und relativ wenige mit hohen. In Vorarlberg beträgt der Einkommensnachteil der Frauen gegenüber den Männern bei den Medianeinkommen 44,6 Prozent (Österreich: 34,7 %).

Insgesamt zeigt sich, dass knapp 40 Prozent der unselbständig erwerbstätigen Frauen in Österreich finanziell nicht ohne weiteres in der Lage wären, allein zu leben. Denn ihr Jahreseinkommen liegt unter dem von EUROSTAT berechneten Grenzwert für Armutsgefährdung (für einen Ein-Personen-Haushalt in Österreich: € 9.370,-).

Die Einkommen differieren jedoch nicht nur nach Geschlecht und Region, sondern auch nach der Stellung im Beruf (Tab.38). Zwischen den Einkommen von ArbeiterInnen und jenen von Angestellten und BeamtenInnen bestehen deutliche Unterschiede. Und innerhalb dieser Kategorien gibt es enorme Unterschiede nach dem Geschlecht. Ein sehr hoher Prozentsatz von Frauen hat sehr niedrige Einkommen, bei den Männern erreichen vergleichsweise viele sehr hohe Einkommen. Ein einziges Beispiel: Drei Viertel der weiblichen Angestellten in Vorarlberg haben ein Netto-Jahreseinkommen, das unter € 17.936,- liegt, aber nicht einmal ein Viertel der männlichen Angestellten beziehen ein Einkommen, das unter diesem Betrag liegt.

Tabelle 37: Netto-Jahreseinkommen^{*)} unselbständig Erwerbstätiger nach Geschlecht, 2000

Region	Unselbständig Erwerbstätige		
	Gesamt	Männer	Frauen
in EUR			
Vorarlberg			
1. Quartil	7.204	12.956	4.196
Median	15.306	19.007	10.536
3. Quartil	21.499	25.224	15.948
Österreich			
1. Quartil	8.410	12.624	5.658
Median	15.435	18.112	11.828
3. Quartil	21.589	24.540	17.381

Tabelle 38: Netto-Jahreseinkommen^{*)} unselbständig Erwerbstätiger nach Stellung im Beruf und Geschlecht, 2000

Region	ArbeiterInnen		Angestellte		BeamtInnen	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	in EUR					
Vorarlberg						
1. Quartil	8.159	2.447	18.076	6.374	20.977	16.248
Median	15.616	7.034	23.904	12.732	26.198	21.397
3. Quartil	19.270	12.367	31.376	17.936	31.802	25.849
Österreich						
1. Quartil	9.391	3.146	15.247	7.380	19.501	17.860
Median	15.266	7.977	22.123	13.405	23.990	22.462
3. Quartil	19.022	12.392	31.328	18.721	29.618	27.069

^{*)} Brutto-Jahresbezüge abzüglich Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge. Ohne Lehrlinge.

Mittleres Einkommen bzw. Medianeinkommen = 50 % beziehen ein höheres, 50 % ein niedrigeres Einkommen.

1. Quartil: 25 % beziehen ein niedrigeres, 75 % ein höheres Einkommen.

3. Quartil = 75 % beziehen ein niedrigeres, 25 % ein höheres Einkommen.

Quelle: Statistik Austria/Lohnsteuerstatistik

Die größten geschlechtsspezifischen Unterschiede gibt es zwischen den Einkommen von Arbeitern und Arbeiterinnen. Das Medianeinkommen der Arbeiter ist in Vorarlberg mehr als doppelt so hoch wie das der Arbeiterinnen, das heißt, der Einkommensnachteil der Arbeiterinnen gegenüber den Arbeitern beträgt 55 Prozent. Bei den Angestellten beträgt – vergleicht man die Medianeinkommen von Männern und Frauen - der Einkommensnachteil der Frauen 46 Prozent, bei den BeamtInnen ist er mit Abstand am geringsten (18 %). Zwischen 1997 und 2000 haben sich in Vorarlberg die Einkommensnachteile der Frauen gegenüber den Männern bei den Angestellten und BeamtInnen um zwei Prozentpunkte erhöht, bei den ArbeiterInnen sogar um drei Prozentpunkte.

Das Alter bzw. die Dauer der Beschäftigung hat bei Frauen aufgrund ihrer geringeren Aufstiegschancen viel weniger Einfluss auf die Höhe des Einkommens als bei Männern, bei denen das Senioritätsprinzip voll wirksam wird. So liegen die mittleren Netto-Jahreseinkommen der 50 bis 69-jährigen männlichen Angestellten um 90 Prozent über jenen der 20- bis 29-jährigen. Bei Frauen beträgt der entsprechende Unterschied lediglich 40 Prozent.

Zu etwa einem Drittel sind die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede darauf zurückzuführen, dass ein bedeutend höherer Prozentsatz an Frauen nicht voll-erwerbstätig ist.

SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE

Bei den einkommenssteuerpflichtigen Einkommen zeigen sich ähnliche geschlechtsspezifische Strukturen wie bei den lohnsteuerpflichtigen Einkommen (Tab.39).

Tabelle 39: Durchschnittliche einkommenssteuerpflichtige Einkünfte nach Bundesländern und Geschlecht, 2000

Bundesländer	Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte*) in EUR		Einkommensnachteil der Frauen in %
	Männer	Frauen	
Burgenland	34.490	25.169	27
Kärnten	41.119	25.869	37
Niederösterreich	41.033	26.190	36
Oberösterreich	41.210	26.665	35
Salzburg	45.245	26.867	41
Steiermark	42.656	26.952	37
Tirol	40.262	25.830	36
Vorarlberg	37.623	22.883	39
Wien	50.552	31.765	37
Österreich gesamt	42.897	27.435	36

*) Einkünfte = alle Einkünfte, die der Einkommenssteuer unterliegen, also nicht nur Einkünfte aus selbständiger Arbeit, sondern beispielsweise auch aus Vermietung und Verpachtung.

Quelle: Statistik Austria/Einkommenssteuerstatistik 2000; eigene Berechnungen

Was den durchschnittlichen Gesamtbetrag an einkommenssteuerpflichtigen Einkünften (dazu zählen allerdings nicht nur Einkünfte aus selbständiger Arbeit, sondern beispielsweise auch Nicht-Arbeitseinkünfte wie jene aus Vermietung) betrifft, so hat sich gegenüber 1996 wenig geändert. Für ganz Österreich gilt nach wie vor: Frauen erwirtschaften um 36 Prozent weniger Einkommen als Männer. Auch in den einzelnen Bundesländern hat sich an der unterschiedlichen Einkommenshöhe von Frauen und Männern nur wenig geändert: In Oberösterreich, Salzburg und Wien haben sich die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern um einen Prozentpunkt erhöht, in der Steiermark und in Vorarlberg um einen Prozentpunkt verringert. Vorarlberg ist jedoch nach wie vor das Bundesland, in dem Frauen mit Abstand die geringsten – einkommenssteuerpflichtigen - Einkünfte erzielen. Und Vorarlberg ist – nach Salzburg – das Bundesland mit den zweithöchsten Einkommensnachteilen für Frauen.

Was die geschlechtsspezifischen Unterschiede anlangt, so liegen die Einkünfte der Vorarlbergerinnen in allen Bereichen unter dem Österreichdurchschnitt, die der Vorarlberger hingegen nur im Bereich Land- und Forstwirtschaft sowie Vermietung und Verpachtung. In den

Bereichen „selbständige Arbeit“⁵, „Gewerbebetrieb“ sowie Kapitalvermögen liegen die Einkünfte der Vorarlberger über dem Österreichdurchschnitt.

Die größten Unterschiede zwischen einkommenssteuerpflichtigen Vorarlbergern und Vorarlbergerinnen liegen im Bereich „selbständige Arbeit“, wo die Einkünfte der Frauen um 54 Prozent unter jenen der Männer liegen. Im Bereich „Gewerbebetrieb“ beträgt der Einkommensnachteil der Frauen gegenüber den Männern 21 Prozent.

ARBEITSLOSENGELD UND NOTSTANDSHILFE

Da die Höhe des Arbeitslosengeldes (und der Notstandshilfe) im Wesentlichen von der Höhe des letzten Erwerbseinkommens abhängig ist, sind Frauen auch beim Bezug von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe bedeutend schlechter gestellt als Männer:

Die durchschnittliche Höhe des Tagsatzes für Arbeitslosengeld betrug 2002 in Vorarlberg für Frauen € 20,3 und € 26,4 für Männer. Das heißt, Frauen erhielten im Durchschnitt knapp 77 Prozent von dem, was Männer im Durchschnitt bekamen (1998 waren es noch 88 Prozent). Ähnliches gilt für den durchschnittlichen Tagsatz der Notstandshilfe (Frauen: € 15,9, Männer: € 21,4); hier erhalten Frauen 74 Prozent von dem, was Männer kriegen.

Dass sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Höhe von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe in den letzten Jahren vergrößert haben, ist darauf zurückzuführen, dass ein zunehmender Teil von Frauen, nicht jedoch von Männern Teilzeit arbeitet oder geringfügig beschäftigt ist.

PENSIONEN

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen verstärken sich im Alter. Konkret: Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Höhe der Pension sind noch größer als beim Erwerbseinkommen. Im Durchschnitt erhalten weibliche Angestellte nur 76 Prozent ihres letzten Einkommens als Alterspension. Bei männlichen Angestellten hingegen ist die so genannte Nettoersatzrate um mehr als zehn Prozentpunkte höher; sie beträgt knapp 87 Prozent. Zurückzuführen ist dies unter anderem auf den diskontinuierlichen Erwerbsverlauf der Frauen. Frauen haben – fast ausschließlich aufgrund von Berufsunterbrechungen aus familiären Gründen - weniger Beitragsmonate in der Pensionsversicherung, obwohl bei Frauen das faktische Pensionsantrittsalter um weniger als drei Jahre unter dem gesetzlichen (60 Jahre) liegt (Tab.40), bei Männern hingegen um mehr als sechs Jahre unter dem gesetzlichen (65 Jahre).

⁵ Im Bereich Einkommenssteuerstatistik wird selbständige Arbeit im Wesentlichen mit freiberuflicher Arbeit

Tabelle 40: Durchschnittliches Pensionszugangsalter nach Geschlecht, 2001

Geschlecht	Invaliditätspension/ Erwerbsunfähigkeitspension	Alterspension	Eigenpensionen gesamt
	in Jahren		
Männer	53,4	62,2	58,7
Frauen	50,4	59,4	57,3

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Was die Pensionshöhe anlangt, gibt es keine nach Bundesländern aufgeschlüsselten Daten. Ebenso wie sich in den letzten Jahren die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Erwerbseinkommen wieder erhöhen, vergrößern sie sich auch bei den Pensionen. Die im Folgenden genannten Beträge beziehen sich auf Österreich gesamt (Tab.41).

Tabelle 41: Mittlere Pensionen^{*)} der Pensionsneuzugänge, 2001

(Pensions-) Versicherungsanstalt/ Sozialversicherungsanstalt der/des	Invaliditäts- (Erwerbsunfähigkeits-)pensionen		Alterspensionen		Witwen/Witwerpensionen	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	50 % bekommen weniger/50 % mehr als ...EUR					
Arbeiter	947,7	529,6	1.350,8	514,9	184,6	594,1
österreichischer Eisenbahnen	1.160,0	684,1	1.681,4	823,0	187,1	702,8
Angestellten	1.539,2	712,7	2.016,3	851,0	226,3	802,9
österreichischen Bergbaus	1.261,5	1.059,4	1.903,6	1.027,9	418,4	806,1
Pensionsversicherung nach dem ASVG	1.107,9	608,0	1.767,6	662,3	200,0	640,1
gewerbliche Wirtschaft	1.053,8	583,8	1.571,6	767,7	196,2	584,2
Bauern	768,2	398,3	849,1	445,8	131,5	472,7
Pensionsversicherung gesamt	1.083,5	574,4	1.717,8	647,0	187,1	613,1

^{*)} Inklusive Ausgleichzulage und Kinderzuschuss

Quelle: Statistik Austria; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Bei den Pensionsneuzugängen des Jahres 2001 war die mittlere ASVG-Alterspension der Frauen (€ 662,30) nicht annähernd halb so hoch wie jene der Männer (€ 1.767,60). Und: Die mittlere Alterspension von Frauen (€ 662,30) zuzüglich der mittleren Witwenpension (€ 640,10) beträgt deutlich weniger als die mittlere Alterspension von Männern (€ 1.767,60) Diese Relationen gelten im Wesentlichen auch für die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Pensionshöhen anderer Versicherungsanstalten (Gewerbliche Wirtschaft, Bauern).

gleichgesetzt, also deutlich enger definiert.

Die Pensionen der BeamtInnen sind nicht nur deutlich höher, es gibt hinsichtlich Pensionshöhe auch kaum geschlechtsspezifische Unterschiede.

Liegt die Höhe einer Pension unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz (Richtsatz für Alleinstehende 2002: € 630,92) erhalten die BezieherInnen eine Ausgleichszulage. 16,2 Prozent aller PensionsbezieherInnen bezogen in Vorarlberg im Dezember 2002 eine Ausgleichszulage (Österreich: 11,4 Prozent). Durchschnittliche Höhe der in Vorarlberg ausbezahlten Ausgleichszulagen: € 254,-. Österreichweit waren 62 Prozent der Personen, die zu ihrer Alterspension eine Ausgleichszulage erhielten, Frauen. Von den Personen, die zu ihrer Witwer- bzw. Witwenpension eine Ausgleichszulage bezogen, waren 99 Prozent Frauen.

Österreichweit beziehen etwa 40 Prozent der Frauen über 60 keine eigene Pension. Die allermeisten dieser Frauen haben aber – allerdings erst nach dem Tod ihres Mannes - Anspruch auf eine Witwenpension.

URSACHEN DER EINKOMMENSUNTERSCHIEDE ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN

Eines der Ziele der Europäischen Beschäftigungsstrategie ist die Herstellung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Erwerbsleben. An diesem Ziel orientieren sich auch die Maßnahmen der Nationalen Aktionspläne für Beschäftigung. Tatsächlich ist es in den letzten Jahren in verschiedenen Bereichen gelungen, geschlechtsspezifische Unterschiede zu verringern:

- Immer mehr Frauen sind erwerbstätig. Aufgrund der zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen werden die Unterschiede in den Erwerbsquoten von Frauen und Männern sukzessive geringer.
- Immer mehr Frauen haben – so wie Männer - voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Der größte geschlechtsspezifische Unterschied besteht in Österreich nach wie vor im Bereich der Erwerbseinkommen. Österreich ist unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union derzeit das Land mit den größten Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen. In Vorarlberg sind die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern noch größer als auf Bundesebene.

Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern haben sich in den letzten zehn Jahren nicht verkleinert, sondern vergrößert. Und das, obwohl sich das Bildungsniveau der Frauen zunehmend jenem der Männer angleicht.

Frauen können in Bezug auf Länge und Lage der Arbeitszeiten offenbar weniger flexibel reagieren als Männer, die der besseren Verdienstmöglichkeiten wegen auch öfter den Arbeitsplatz wechseln.

Was sind die Gründe dafür, dass sich die Einkommensschere nicht schließt?

Eine im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit durchgeführte Studie (Gregoritsch u.a. 2002^b), auf die im Folgenden wiederholt Bezug genommen wird, gibt darauf sehr klare Antworten.

SCHUL- UND BERUFSWAHL

Internationalen Vergleichsstudien zufolge gehörte und gehört Österreich zu den Industriestaaten mit besonders ausgeprägten geschlechtbezogenen Unterschieden hinsichtlich Schul- und Berufswahl (vgl. Bericht zur Situation der Frauen in Österreich 1995, 188; Frauenbüro der Stadt Wien 2003). Mädchen konzentrieren sich auf wenige traditionell „weibliche“ Ausbildungswege und entscheiden sich relativ selten für Ausbildungen in den Bereichen Technik, Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik. Die Folge: Der österreichische Arbeitsmarkt ist nach wie vor weitgehend in Männer- und Frauenberufe geteilt. Handwerkliche Berufe sind beispielsweise eine Männerdomäne, Büro- und Verwaltungsberufe hingegen frauendominiert. Diese ungleiche Verteilung auf die einzelnen Berufe trägt wesentlich zu den Einkommensunterschieden von Frauen und Männern bei.

TEILZEITARBEIT

Ein Teil der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen ist darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Frauen, die Teilzeit arbeiten, um ein Mehrfaches höher ist als jener der Männer. Auch die Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in den letzten zehn Jahren darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Teilzeit, nicht aber die der Vollzeit arbeitenden Frauen steigt. Das ist auch mit ein Grund, für die *Zunahme* der Einkommensunterschiede. Die unterschiedliche Wochenarbeitszeit von Frauen und Männern ist aber keineswegs der alleinige Grund für die Einkommensunterschiede. Ein Vergleich der Einkommen vollzeitbeschäftigter Männer mit jenen vollzeitbeschäftigter Frauen ebenso wie ein Vergleich der Einkommen teilzeitbeschäftigter Männer mit jenen teilzeitbeschäftigter Frauen zeigt, dass auch bei einer

Ausschaltung des Effektes Arbeitszeit deutliche Einkommensvorsprünge der Männer erhalten bleiben.

QUALIFIKATIONSNIVEAU

Obwohl das Bildungsniveau der Frauen während der letzten Jahrzehnte auch in Österreich deutlich stieg und sich der „Bildungsrückstand“ gegenüber den Männern deutlich verringerte, änderte dies nichts am Einkommensvorsprung der Männer. Das soll jedoch nicht heißen, dass sich Bildungsinvestitionen für die einzelne Frau nicht lohnen. Ganz im Gegenteil. Je höher das Bildungsniveau desto geringer der Einkommensabstand gegenüber den Männern. Auf Arbeitsplätzen, die ein abgeschlossenes Universitätsstudium erfordern, ist die Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen mit knapp neun Prozent die geringste. Auf Arbeitsplätzen mit dem Qualifikationsniveau „Pflichtschulabschluss“ beträgt der Einkommensnachteil von Frauen hingegen knapp 40 Prozent gegenüber gleich qualifizierten Männern (Tab.42). Das bedeutet, dass für Frauen eine möglichst qualifizierte Ausbildung wichtiger ist als für Männer. Denn Männer haben, selbst wenn sie nach der Pflichtschule keine weiterführende Schule besuchen, deutlich bessere Einkommenschancen als Frauen, die sich mit einem Pflichtschulabschluss begnügen.

**Tabelle 42: Einkommensnachteile vollzeitbeschäftigter^{a)} Frauen nach Qualifikations-
ebenen und Alterstufen, 2000**

Höchste abgeschlossene Ausbildung	Einkommensnachteile von Frauen in %
Universität/Hochschule	- 8,6
Höhere Schule mit Matura	- 35,5
Fachschule ohne Matura	- 39,7
Lehrabschluss/Meisterprüfung	- 30,1
Pflichtschulabschluss	- 39,2
Kein Pflichtschulabschluss	- 39,0
ALTER	
15 – 24 Jahre	- 16,3
25 – 29 Jahre	-20,1
30 – 39 Jahre	- 32,2
40 – 49 Jahre	- 32,8
50 – 54 Jahre	- 34,0
55 – 59 Jahre	- 35,2
60 Jahre und älter	- 59,7
Gesamt	- 30,9

^{a)} Als Vollzeitarbeit gilt in dieser Erhebung eine Arbeitszeit von 30 Wochenstunden und mehr

Quelle: Gregoritsch 2002^{b)}, Bd.1

In allen Beschäftigungsfeldern, in denen die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen relativ gering sind, ist das Qualifikationsniveau der Arbeitsplätze relativ hoch.

KARRIEREKNICK INFOLGE KARENZZEIT UND KINDERBETREUUNG

Die Einkommensprofile von Frauen unterscheiden sich deutlich von jenen der Männer. Bei Männern steigt das Einkommen aufgrund kontinuierlicher Erwerbsarbeit kontinuierlich an. Bei Frauen hingegen zeigt sich in der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen ein Einkommensknicke. In der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen beträgt das Einkommensminus der Frauen gegenüber den Männern knapp 20 Prozent, in der Altersgruppe 30 – 39 Jahre dagegen bereits 32 Prozent. Zurückzuführen ist dieser Einbruch in der Einkommensentwicklung von Frauen auf mehr oder minder lange Unterbrechungen der Erwerbsarbeit wegen Kinderbetreuung und die schwierigen Bedingungen eines beruflichen Wiedereinstiegs, der so gut wie immer mit Einkommenseinbußen verbunden ist.

Frauen gelingt es im Allgemeinen auch nicht, im Laufe ihrer weiteren Berufslaufbahn den Einkommensvorsprung der Männer einzuholen. Ganz im Gegenteil: Ab diesem Alter geht die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern weiter auf. Am größten sind die Einkommensunterschiede bei Personen über 60. In dieser Altersgruppe beträgt der Einkommensnachteil der Frauen knapp 60 Prozent. Die männlichen Erwerbstätigen dieser Altersgruppe sind Personen mit durchgehendem Erwerbsverlauf und überdurchschnittlichem Einkommen, die weiblichen Erwerbstätigen dieser Altersgruppe sind Personen mit unterdurchschnittlichem Einkommen, denen Versicherungsmonate für die Pension fehlen.

Das Ausmaß der Einkommenseinbußen, die viele Frauen infolge Kinderbetreuung hinzunehmen gezwungen sind, ist allerdings keineswegs eine zwangsläufige Folge einer Berufsunterbrechung wegen Kinderbetreuung. Verantwortlich für das Ausmaß der ökonomischen Beeinträchtigung sind die beruflichen Rahmenbedingungen (z.B. Kollektivverträge, Betriebsvereinbarungen).

Im öffentlichen Dienst, aber auch im Bankensektor führen Kinderbetreuungspflichten beispielsweise keineswegs dazu, dass weibliche Beschäftigte gegenüber ihren männlichen Kollegen unaufholbar zurückbleiben. Für Akademikerinnen, die in diesen Bereichen arbeiten, beträgt der Einkommensnachteil gegenüber Männern in keiner Phase ihrer Erwerbstätigkeit mehr als zehn Prozent.

Die Arbeitssituation von Frauen mit Pflichtschulabschluss ist eine völlig andere. Im Alter zwischen 25 und 29 Jahren beträgt der Einkommensabstand zu ihren männlichen Kollegen 30 Prozent. Am Ende des Berufslebens beträgt er 70 Prozent.

Tatsächlich sind in den meisten Berufen und Betrieben die Einkommensverluste von Frauen mit Kindern – mangels entsprechender Rahmenbedingungen – erheblich. Eine Studie des

Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung zum Thema Kinderkosten (Guger u.a. 2003) kommt unter anderem zu folgenden Ergebnissen: „Kinder bedeuten für die Gesellschaft eine wichtige Investition in die Zukunft; für die Eltern neben vielfältiger Freude auch einen Kostenfaktor, der den Lebensstandard entscheidend beeinflusst. [...] Im Jahr 2000 haben Frauen mit Kindern (unter 19 Jahren), die einer Erwerbsarbeit nachgingen, bei einem Kind im Durchschnitt monatlich € 540 weniger verdient als kinderlose Frauen mit ähnlicher Qualifikation und Erwerbskarriere vor der ersten Geburt; mit zwei Kindern betrug der Verdienstrückstand € 690 und mit drei und mehr Kindern rund € 730 monatlich. Der Verdienstaufschlag von Frauen, die wegen der Kinderbetreuung die Berufstätigkeit ganz einstellten, lag relativ einheitlich um € 1.250 pro Monat. Kumuliert beträgt der Einkommensausfall bis zu einem Alter des jüngsten Kindes von rund 17 Jahren durchschnittlich € 106.600 (ein Kind) bis € 130.000 (zwei und mehr Kinder). Wenn Frauen wegen Kindern ihre Erwerbstätigkeit ganz unterbrechen beträgt der Ausfall rund € 223.600.“ (Guger u.a., 1) Der größte Einbruch in den Einkommen erfolgt in den ersten Lebensjahren eines Kindes. „Die Einbußen belaufen sich auf rund € 36.000, wenn die Frau nach der Geburt ihres (ersten) Kindes die Berufstätigkeit nicht länger als zwei Jahre unterbricht. Sie steigen mit jedem zusätzlichen Unterbrechungsjahr.“ (Ebd., 97)

Es mag befremden, die Betreuung des eigenen Kindes mit Einkommensverlusten gegenzurechnen. Gleichzeitig ist es aber auch nicht zielführend, die Augen davor zu verschließen, dass die übliche Arbeitsteilung ökonomisch einseitig zugunsten der Männer erfolgt und voll zulasten der Frauen geht.

KOLLEKTIVVERTRÄGE UND BETRIEBSVEREINBARUNGEN

Stärker als auf Berufsunterbrechungen sind die Einkommensnachteile von Frauen auf Benachteiligungen im Berufsleben selbst zurückzuführen. Das beginnt bei der Einstufung, setzt sich fort bei den Zulagenregelungen und endet bei den (begrenzten) Aufstiegschancen.

Alle einschlägigen Studien kommen zu dem Ergebnis: Beim Berufseinstieg fällt die erste Entscheidung über den Einkommensvorsprung der Männer. Auch bei gleicher Qualifikation werden Frauen meist schlechter eingestuft, erhalten weniger Einkommen und haben deutlich geringere Aufstiegschancen. Dies ist eine unmittelbare Folge einer systematischen, wenn auch oft unbewussten, weil fast selbstverständlichen Minderbewertung von Frauen und deren Leistungen in einer Männergesellschaft. Einer Minderbewertung, die sich mitunter auch noch in Kollektivverträgen – vor allem in männerdominierten Branchen – sowie in Betriebsvereinbarungen niederschlägt.

Am Beispiel der Kollektivverträge der Gewerkschaft Metall – Textil wurde dies im Detail untersucht. Unter anderem zeigte sich: Die Metaller (= Männer)-Welt ist klar und scharf

gegliedert. Dem gegenüber ist die Textil (= Frauen)-Welt in ihren Bezahlungsregelungen kaum überschaubar. „Die strikte Trennung in Facharbeit und angelernte Arbeit führt im Metallbereich dazu, dass Frauen – auch wenn sie hervorragende Arbeit leisten – schlecht bezahlt bleiben, weil ihnen der formelle Lehrabschluss fehlt. Die Metall-Lehrberufe sind traditionell eine Männerdomäne. Nur vereinzelt werden junge Frauen in einem dieser Lehrberufe ausgebildet. Demgegenüber werden die textilen Lehrberufe ganz überwiegend von Frauen absolviert; aber das nützt ihnen nichts: Ob ein Lehrberuf absolviert wurde oder nicht, zählt in der Logik der Textil-Kollektivverträge kaum oder gar nicht. Es kommt nur auf die konkret verrichtete Tätigkeit an. Dadurch können (meist ausländische) Männer, die entsprechend qualifizierte Tätigkeiten verrichten, ungeachtet des fehlenden Lehrabschlusses zumindest gleiche hohe Löhne erzielen.“ (Gewerkschaft Metall – Textil 2003, 41)

Seitens der Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen wird jedoch gezielt versucht, derartige versteckte Diskriminierungen zu beseitigen.

Insgesamt sind Frauen in den oberen Einkommensgruppen deutlich unterrepräsentiert, Männer hingegen in den unteren. Das heißt, Männern gelingt es deutlich besser, sich in der Einkommenspyramide vorteilhaft zu positionieren, sie konzentrieren sich auf Arbeitsplätze, die gute Einkommenschancen bieten.

Die drei Branchen, in denen Frauen die besten Verdienstmöglichkeiten haben, sind Unterrichtswesen, Kreditwesen und öffentliche Verwaltung. „Es sind durchwegs Branchen, in denen Frauen ihre durch Ausbildung und Berufserfahrung errungenen Positionen auch nach Unterbrechungen und in Zeiten erhöhter Betreuungspflichten zumindest halten können. In diesen Branchen haben sich Dienstgeber auch durch personalwirtschaftliche Regelungen dazu verpflichtet, Frauen qualifikationsmäßig einzusetzen und ihnen Zugang zu beruflicher Weiterbildung zu bieten.

Dennoch ergeben sich auch unter günstigen Umständen bedeutende Einkommensnachteile für Frauen (etwa von rund –31 % im Kreditwesen). Am geringsten bleiben die Differenzen dort, wo „Regellaufbahnen“ das Einkommensprofil der Beschäftigten (wie etwa überwiegend im Unterrichtswesen) bestimmen.“ (Gregoritsch u.a. 2002^b, Bd.3, 11).

In Groß- und Mittelbetrieben sind die Einkommensunterschiede im Übrigen etwas geringer (27 %) als in Kleinbetrieben (34 %).

WIRTSCHAFTLICHER STRUKTURWANDEL

Der gegenwärtige wirtschaftliche Strukturwandel begünstigt das Wachstum von Beschäftigungsfeldern, in denen

ÖKONOMISCHE SITUATION

- der Frauenanteil überdurchschnittlich hoch ist (z.B. einfaches Dienstleistungspersonal im Bereich Handel)
- die Einkommensdifferenz zwischen Frauen und Männern überdurchschnittlich hoch ist (z.B. EDV-Berufe).

Das hat zur Folge, dass sich der mittlere Einkommensvorsprung der Männer erhöht. Tatsächlich ist in den „wachsenden“ Beschäftigungsgruppen die Einkommensungleichheit zwischen Frauen und Männern mit rund 37,4 % überdurchschnittlich hoch.

Zu einer Verringerung der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen kam es in den letzten Jahren nur in Beschäftigungsgruppen mit hohem Männeranteil. Hier verbesserte sich die relative Einkommensposition der Berufseinsteigerinnen gegenüber den Berufseinsteigern (z.B. bei den ArbeiterInnen in der Sachgüterproduktion). Die Zahl der Beschäftigungsgruppen, in denen sich die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen vergrößern, ist in den letzten Jahren jedoch insgesamt deutlich höher als jene, in denen sich verringern.

ARMUTSGEFÄHRDUNG

Österreich ist ein reiches Land. Es ist das viertreichste Land innerhalb der Europäischen Union bezogen auf das Pro-Kopf-Einkommen (zu Kaufkraftparitäten).

Seit der ersten Hälfte der neunziger Jahre vergrößert sich in Österreich jedoch nicht nur die Differenz zwischen den Einkommen von Männern und Frauen, sondern allgemein die zwischen niedrigen und hohen Einkommen. Armutsgefährdung und Armutsbekämpfung sind Themen mit denen sich Wissenschaft und Politik zunehmend beschäftigen.

Armut, so heißt es immer wieder, ist weiblich. Und zwar in Österreich mehr als anderswo. Die Ergebnisse des Europäischen Haushaltspanels (ECHP), einer groß angelegten internationalen Erhebung, die auch für Österreich detaillierte Daten zur Einkommens- und Versorgungsarmut der Bevölkerung in den Jahren 1995 bis 2001 liefert, bestätigen dies. Die entsprechenden Auswertungen (Redl 2002; Heuberger 2003) sind im Wesentlichen die Grundlage für die folgenden Ausführungen.

Armutsgefährdung wird im Rahmen dieser Erhebung ausschließlich über Einkommensrisiken definiert. Entsprechend den Empfehlungen des Europäischen Statistischen Zentralamtes (EUROSTAT) gelten Personen, deren gewichtetes Pro-Kopf-Haushaltseinkommen unter einem Schwellenwert von 60 Prozent des Medianwertes des Pro-Kopf-Einkommens des jeweiligen Staates liegt, als armutsgefährdet. Für Österreich wurde in diesem Zusammenhang die Schwelle

für Armutsgefährdung mit einem Netto-Jahreseinkommen von € 9.370,- für einen Ein-Personen-Haushalt festgelegt. Ein Ein-Personen-Haushalt, der über ein Einkommen verfügt, das unter diesem Grenzwert liegt, gilt als armutsgefährdet. Da ein Ein-Personen-Haushalt die aufwendigste Form der Haushaltsführung ist und sich in einem Mehrpersonenhaushalt Einsparungseffekte ergeben, erhöht sich die Schwelle für Armutsgefährdung nicht proportional zur Zahl der Haushaltsmitglieder, sondern degressiv.

Als akut arm gilt in dieser Erhebung, wer nicht nur in beschränkten finanziellen Verhältnissen lebt, sondern auch einen Mangel an Möglichkeiten hat, Grundbedürfnisse zu befriedigen. Indikatoren für einen solchen Mangel sind:

- Substandardwohnung
- Wohnung kann nicht angemessen beheizt werden
- Rückstände bei Mieten und Krediten
- Abgenutzte Kleidung kann nicht durch neue ersetzt werden
- Finanziell ist es nicht möglich, Freunde oder Verwandte mindestens einmal im Monat zum Essen einzuladen

Trifft eine dieser Situationen zu, so wird - bei einem unter der Armutsgefährdungsschwelle liegendem Einkommen - von akuter Armut gesprochen.

Im Jahr 2000 waren - ähnlich wie in den Jahren davor - etwa elf Prozent der österreichischen Bevölkerung armutsgefährdet, das sind etwa 915.000 Personen. Sie waren von Einkommensarmut betroffen. Etwa sechs Prozent der Bevölkerung, das sind rund 442.000 Personen, waren im gleichen Jahr von Versorgungsarmut betroffen. Als Versorgungsarmut gilt nicht monetärer Mangel, konkret: Beeinträchtigungen des Lebensstandards, sei es aufgrund eingeschränkter Möglichkeiten, Grundbedürfnisse zu befriedigen (z.B. eine Woche Urlaub im Jahr zu machen) oder unzureichender Versorgung mit Konsumgütern sowie unbefriedigender Wohnverhältnisse. Das heißt, auch der so genannte nicht monetäre Mangel bezieht sich in dieser Erhebung auf das (Nicht-) Vorhandensein materieller und damit letztlich finanzieller Ressourcen. Andere Problemlagen werden nicht berücksichtigt.

Einkommensarmut und Versorgungsarmut, so eines der Ergebnisse der Erhebungen, überschneiden sich nur zu einem kleinen Teil.

Etwa 30 Prozent der im Jahr 2000 von Versorgungsarmut Betroffenen (das sind etwa 132.000 Personen), waren auch aufgrund ihres niedrigen Einkommens armutsgefährdet. Das heißt, sie waren von doppelter Armut betroffen und jedenfalls als akut arm zu bezeichnen.

Berücksichtigt man die Überschneidung von Einkommensarmut und Versorgungsarmut, so sind etwa zwei Prozent der österreichischen Bevölkerung als doppelt arm, vier Prozent als versorgungsarm und zehn Prozent als armutsgefährdet zu bezeichnen.

Armut ist jedoch kein statisches Phänomen, das Jahr für Jahr dieselben Personen betrifft. Vielmehr ist Armutsgefährdung mitunter von hoher Dynamik geprägt. Der Längsschnittbericht zu den Wellen 1 bis 7 (1995 –2001) des Europäischen Haushaltspanels zeigt, den 915.000 Personen, die im Jahr 2000 in Österreich armutsgefährdet waren (11 % der Bevölkerung) stehen nicht weniger als 2,6 Millionen Personen gegenüber, die während des Berichtszeitraums (1995 – 2001) armutsgefährdet waren. Das heißt, insgesamt war im Laufe von sieben Jahren, ein Drittel der österreichischen Bevölkerung armutsgefährdet, die meisten davon kurzfristig, sechs Prozent (= 460.000 Personen) jedoch dauerhaft. Die Armutsgefährdung von (Langzeit-)Arbeitslosen und PensionistInnen hat sich im Berichtszeitraum 1995 – 2001 verstärkt.

EINKOMMENSARMUT

Die Daten des Europäischen Haushaltspanels sind nicht nach Bundesländern aufgeschlüsselt, die Auswertungen für Österreich kommen jedoch zu dem Schluss, dass regionale Aspekte in diesem Zusammenhang eher wenig Bedeutung haben. Allenfalls zeigt sich, dass das Risiko der Armutsgefährdung in größeren Gemeinden etwas geringer ist und dass es in ländlichen Regionen schwieriger ist als im städtischen Bereich, die Situation der Armutsgefährdung zu überwinden, weshalb eine anhaltende Armutsgefährdung häufiger ist.

Den Auswertungen des Haushaltspanels zufolge, gibt es in Österreich fünf Bevölkerungsgruppen, deren Armutsgefährdung überdurchschnittlich hoch ist. Diese fünf Gruppen sind:

- Allein lebende PensionistInnen (vor allem Frauen)
- Alleinerziehende (vor allem jene ohne Erwerbseinkommen)
- Haushalte mit drei oder mehr Kindern
- Nicht EU-BürgerInnen
- Langzeitarbeitslose⁶ und Haushalte, in denen keine Person erwerbstätig ist

In drei der fünf Bevölkerungsgruppen sind Frauen in der Überzahl, zum Teil weit in der Überzahl: Bei den allein lebenden Pensionistinnen, bei den Alleinerziehenden und in den Haushalten, in denen keine Person erwerbstätig ist.

Allein stehende PensionistInnen: Von den in Vorarlberg lebenden allein stehenden Personen ab 60 sind beispielsweise 78 Prozent Frauen. Von den 14.200 Einpersonen-Haushalten Vorarlbergs, in denen Menschen über 60 wohnen, sind 80 Prozent Haushalte von Frauen.

Alleinerziehende: 87 Prozent der Alleinerziehenden in Vorarlberg sind Frauen, und da allein erziehende Mütter im Durchschnitt mehr und vor allem kleinere Kinder betreuen als allein erziehende Väter, finden sich Alleinerzieherinnen auch eher in der Situation, aufgrund von Betreuungspflichten keiner Erwerbsarbeit nachgehen zu können.

Haushalte, in denen keine Person erwerbstätig ist: Frauen sind zwar in Vorarlberg unter den Langzeitarbeitslosen in der Minderheit, leben aber häufiger als Männer – das gilt EU-weit, aber auch für Österreich im Speziellen - in Haushalten ohne Erwerbstätige. Das ist darauf zurückzuführen, dass einerseits mehr Frauen nicht erwerbstätig sind und – verglichen mit Männern in der gleichen Lage - deutlich mehr nicht erwerbstätige Frauen allein leben.

So gesehen erstaunt es nicht, dass Frauen insgesamt armutsgefährdeter sind als Männer.

Im Rahmen des Europäischen Haushaltspanels wird Armutsgefährdung zwar auf Haushaltsebene festgestellt und nicht auf persönlicher Ebene. Aber Frauen verteilen sich keineswegs gleichmäßig auf armutsgefährdete und nicht armutsgefährdete Haushalte. Das Risiko von Frauen, in Haushalten zu leben, die dauerhaft von Armutsgefährdung betroffenen sind, ist um 17 Prozent höher als im Durchschnitt der Bevölkerung und um 34 Prozentpunkte höher als das Risiko der Männer (Tab.43).

EU-weit und in allen Altersgruppen sind Frauen eher mit Armut konfrontiert als Männer. Die Differenz in der Armutsgefährdung von Frauen und Männern ist in Österreich allerdings höher als in den allermeisten anderen EU-Staaten (Mejer/Siermann 12/2000; Förster/Heitzmann 2002, 207).

Eine Reihung der Haushalte (ohne Pensionistenhaushalte) nach Lebensstandard (sehr niedriger, niedriger, mittlerer, gehobener und hoher Lebensstandard) zeigt, dass 23 Prozent der österreichischen Mädchen und Frauen im untersten Haushaltsfünftel („sehr niedriger Lebensstandard“) leben, aber nur 15 Prozent in Haushalten des obersten Haushaltsfünftels („hoher Lebensstandard“). Anders gesagt: Während der Frauenanteil in den Haushalten mit sehr niedrigem Lebensstandard 53 % beträgt, beträgt er in den Haushalten mit hohem Lebensstandard nur 44 Prozent. (Gregoritsch 2002^a, 27).

Nur in den Risikogruppen „Mehrpersonenhaushalte mit drei und mehr Kinder“ und „Haushalte mit Personen aus Nicht-EU-Staaten“ sind Frauen nicht in der Mehrheit.

⁶ Das ECHP definiert Langzeitarbeitslosigkeit als Arbeitslosigkeit von mehr als sechs Monaten.

Allerdings haben Frauen dieser Bevölkerungsgruppe spezielle Probleme. Für Frauen mit drei und mehr Kindern sind die Möglichkeiten erwerbstätig zu sein, meist sehr eingeschränkt. Und Frauen aus Nicht-EU-Staaten arbeiten, sofern sie überhaupt Zugang zum Arbeitsmarkt haben, vorwiegend in Niedriglohnbranchen, können also auch nur begrenzt dazu beitragen, Armutsgefährdung zu überwinden.

Tabelle 43: Armutsgefährdung nach Geschlecht, Alter und Familienstand

	Armutsgefährdung					
	Niemals		Zeitweilig ¹⁾		Dauerhaft ²⁾	
	Armuts- rate ³⁾ (in %)	Relatives Risiko	Armuts- rate (in %)	Relatives Risiko	Armuts- rate (in %)	Relatives Risiko
Gesamtbevölkerung	67	100	27	100	6	100
Geschlecht						
Männer	71	106	24	89	5	83
Frauen	64	96	30	111	7	117
Alter						
Kinder/Jugendliche (<20)	60	90	34	126	6	100
Junge Erwachsene (20 – 29)	67	100	30	111	(3)	50
Erwachsene (30 – 49)	70	104	26	96	4	67
Ältere Erwachsene	75	112	22	81	(3)	50
SeniorInnen (60+)	66	99	23	85	11	183
Familienstand (HV)						
Verheiratet	70	104	25	93	5	83
Geschieden	53	79	39	144	(8)	133
Verwitwet	52	78	35	130	13	217
Ledig	64	96	31	115	5	83

¹⁾ Zeitweilige Betroffenheit bedeutet: In einem Jahr oder in mehreren Jahren des Beobachtungszeitraums von Armutsgefährdung betroffen.

²⁾ Dauerhafte Betroffenheit bedeutet: Im Jahr 2000 und in mindestens drei vorangegangenen Jahren von Armutsgefährdung betroffen. In Klammer gesetzte Ergebnisse sind aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht statistisch abgesichert.

³⁾ Armutsrate = Prozentueller Anteil der tatsächlich Armutsgefährdeten an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.
HV = HaushaltsvorsteherIn = HauptverdienerIn

Quelle: IFS, ECHP Welle 1-7 (1995 –2001), Zahlen für 1994 – 2000, Version 2002.

Darüber hinaus spielen Alter, Familien- und Ausbildungsniveau in Zusammenhang mit der Armutsgefährdung eine außerordentlich wichtige Rolle (Tab.44).

Unter den Altersgruppen sind zwei besonders gefährdet, das sind einerseits die Jungen (Kinder/Jugendliche und geringerem Maß auch junge Erwachsene) und andererseits Menschen im Pensionsalter. Beide Gruppen haben kaum eine Chance, durch (zusätzliche) Erwerbsarbeit ihr Einkommen aufzubessern.

Was den Familienstand anlangt, so sind vor allem Haushalte von geschiedenen und verwitweten Personen einem erhöhten Risiko der Armutsgefährdung ausgesetzt. Beide Gruppen bestehen mehrheitlich aus Frauen. Allerdings gelingt es Geschiedenen eher, ihre Armutsgefährdung zu überwinden.

Tabelle 44: Armutsgefährdung nach Schulbildung, Region und Staatsangehörigkeit

	Armutsgefährdung					
	Niemals		Zeitweilig ¹⁾		Dauerhaft ²⁾	
	Armuts- rate ³⁾ (in %)	Relatives Risiko	Armuts- rate (in %)	Relatives Risiko	Armuts- rate (in %)	Relatives Risiko
Gesamtbevölkerung	67	100	27	100	6	100
Schulbildung ⁴⁾						
Pflichtschule	60	89	30	112	10	168
Lehre/mittlere Schule	74	110	23	84	3	57
Matura	74	111	22	82	(4)	63
Universität	(72)	107	24	90	-	-
Region						
Ländlicher Bereich	65	97	27	102	8	129
Orte über 10.000 Einw.	72	107	26	95	(3)	47
Wien	71	106	24	88	(5)	88
Staatsangehörigkeit (HH)						
Ausschließlich ÖsterreicherInnen	69	102	26	96	5	91
Auch oder ausschließlich Nicht-EU-BürgerInnen	37	56	49	182	(14)	227

¹⁾ Zeitweilige Betroffenheit bedeutet: In einem Jahr oder in mehreren Jahren des Beobachtungszeitraums von Armutsgefährdung betroffen.

²⁾ Dauerhafte Betroffenheit bedeutet: Im Jahr 2000 und in mindestens drei vorangegangenen Jahren von Armutsgefährdung betroffen. In Klammer gesetzte Ergebnisse sind aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht statistisch abgesichert.

³⁾ Armutsrate = Prozentueller Anteil der tatsächlich Armutsgefährdeten an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

⁴⁾ Nur Personen ab 20 Jahren

HH = Haushalt

Quelle: IFS, ECHP Welle 1-7 (1995 –2001), Zahlen für 1994 – 2000, Version 2002.

Hinsichtlich Ausbildungsniveau haben Personen, deren höchste abgeschlossene Ausbildung die Pflichtschule ist, das mit Abstand größte Risiko der Armutsgefährdung (Tab.44). Auch in dieser Personengruppe sind Frauen in der Mehrheit, jedenfalls in der mittleren und der älteren Generation.

So gesehen erstaunt es nicht, dass das Armutsgefährdungsrisiko von Frauen (13 %) höher ist als das der Männer (9 %).

Was die Verdienststruktur anlangt sind Mehrpersonenhaushalte, in denen nur eine Person über ein Erwerbseinkommen verfügt, so genannte Alleinverdiener-Haushalte, überdurchschnittlich

armutsgefährdet (Tab.45). Noch gefährdeter allerdings sind Single-Haushalte (Haushalte von Einzelpersonen, die keine Pension beziehen). Das zeigt: „Zumeist müssen mindestens zwei Personen erwerbstätig sein, um die notwendige finanzielle Basis für die Führung eines Haushalts zu haben. „Das gilt jedenfalls für drei Viertel aller Haushalte mit mittlerem Lebensstandard.“ (Gregoritsch u.a. 2002^a, 38).

Tabelle 45: Armutsgefährdung nach Haushaltstyp

	Armutsgefährdung					
	Niemals		Zeitweilig ¹⁾		Dauerhaft ²⁾	
	Armuts- rate ³⁾ (in %)	Relatives Risiko	Armuts- rate (in %)	Relatives Risiko	Armuts- rate (in %)	Relatives Risiko
Gesamtbevölkerung	67	100	27	100	6	100
Haushalte ohne Kinder						
EPH mit Pension	53	79	29	107	18	300
MPH mit Pension	70	104	19	70	11	183
EPH ohne Pension	59	88	33	122	(8)	133
MPH ohne Pension	82	122	16	59	2	33
Haushalte mit Kindern						
Alleinerziehende	37	55	58	215	(5)	83
MPH + 1 Kind	74	110	26	96	-	0
MPH + 2 Kinder	71	106	24	89	4	67
MPH + 3 Kinder	57	85	34	126	10	167
Verdienststruktur MPH						
AlleinvertienerInnen-HH	61	91	31	115	8	113
MehrfachverdienerInnen-HH	(76)	113	23	85	(1)	17
JederverdienerInnen-HH	78	116	21	78	2	33

¹⁾ Zeitweilige Betroffenheit bedeutet: In einem Jahr oder in mehreren Jahren des Beobachtungszeitraums von Armutsgefährdung betroffen.

²⁾ Dauerhafte Betroffenheit bedeutet: Im Jahr 2000 und in mindestens drei vorangegangenen Jahren von Armutsgefährdung betroffen. In Klammer gesetzte Ergebnisse sind aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht statistisch abgesichert.

³⁾ Armutsrate = Prozentueller Anteil der tatsächlich Armutsgefährdeten an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.
EHP = Ein-Personen-Haushalt. MPH = Mehr-Personen-Haushalt. HH = Haushalt

Quelle: IFS, ECHP Welle 1-7 (1995 –2001), Zahlen für 1994 – 2000, Version 2002.

Dauer und Ausmaß der Armutsgefährdung:

Armut stellt sich für die einzelnen Risikogruppen unterschiedlich dar. Unterschiede bestehen sowohl hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit arm zu werden, hinsichtlich der Intensität der Armut und der Dauer der Armutsgefährdung.

Armutsintensität ist die Differenz zwischen Armutsgefährdungsschwelle und tatsächlichem Einkommen. Im Durchschnitt liegt das verfügbare Einkommen der armutsgefährdeten Personen in Österreich etwa ein Sechstel (17 %) unter der Armutsschwelle. Bei Alleinerziehenden ohne

Erwerbseinkommen beträgt die durchschnittliche „Einkommenslücke“ aber beispielsweise 48 Prozent.

Was die Dauer und die Dynamik von Armutsgefährdung anlangt, gibt es drei unterschiedliche Muster von Betroffenheit:

- Das erste Muster: Geringe Wahrscheinlichkeit, in die Armutsgefährdung abzurutschen, aber auch geringe Wahrscheinlichkeit, Armutsgefährdung überwinden zu können. Symptomatisch dafür sind die Haushalte von PensionistInnen. Ihr Risiko, von Armutsgefährdung betroffen zu sein, ist durchschnittlich, auch die Armutsintensität ist eher gering, nicht zuletzt aufgrund der Ausgleichszulage, die allerdings um einiges unter dem Grenzwert für Armutsgefährdung liegt. Sind PensionistInnen jedoch armutsgefährdet, so haben sie nur wenig Chance, diese Gefährdung zu überwinden. Haushalte von PensionistInnen weisen von allen Haushalten die anhaltendste Armutsgefährdung auf. Junge Menschen hingegen sind kurzfristig, aber wiederholt armutsgefährdet.

Die Gefahr, dass Armutsgefährdung zu einem Dauerzustand wird, besteht außer für alleinlebende PensionistInnen (vor allem für Frauen) auch für Haushalte von verwitweten Personen (zum Teil sind die ident mit alleinlebenden Pensionistinnen) und von Personen, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen. 40 Prozent aller Personen mit Pflichtschulabschluss sind entweder zeitweilig oder dauerhaft armutsgefährdet. Die Wahrscheinlichkeit, dauerhaft armutsgefährdet zu sein, ist für PflichtschulabsolventInnen um 70 Prozent höher als für Personen mit einem höheren Bildungsniveau. 39 Prozent der Personen, die nach der Pflichtschule keine weitere Ausbildung absolviert haben, müssen damit rechnen, dass ihr Erwerbseinkommen höchstens 60 Prozent der für einen Haushalt notwendigen Aufwendungen abdeckt. (Gregoritsch 2002^a, 41)

- Ein weiteres Muster der Betroffenheit ist gekennzeichnet durch eine hohe Wahrscheinlichkeit, ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle zu beziehen, und nur eine geringe Chance zu haben, die Armutsgefährdung zu überwinden. Dieses Muster ist typisch für Haushalte, in denen Sozialleistungen die Haupteinnahmequelle bilden und hier speziell Haushalte von Langzeitarbeitslosen (sie stellen die von allen am meisten armutsgefährdete Gruppe dar) sowie Haushalte, in denen niemand einer Erwerbsarbeit nachgeht.
- Kennzeichen des dritten Musters ist eine hohe Wahrscheinlichkeit, von Armutsgefährdung betroffen zu sein, aber auch eine hohe Wahrscheinlichkeit, diese Situation überwinden zu können. Dies trifft vor allem auf Haushalte von Alleinerziehenden zu und auf kinderreiche Haushalte sowie Haushalte von Teilzeitbeschäftigten und zum Teil auch für Haushalte mit Nicht-EU-BürgerInnen.

Für letztere ist die Wahrscheinlichkeit, von Armutsgefährdung betroffen zu sein, etwa doppelt so hoch wie für Haushalte von InländerInnen. Etwa die Hälfte der Haushalte mit Nicht-EU-BürgerInnen war im Berichtszeitraum zeitweilig armutsgefährdet, aber nur ein Viertel der Haushalte, in denen ausschließlich ÖsterreicherInnen leben. ArbeitnehmerInnen aus so genannten Drittstaaten erzielen im Schnitt geringere Einkommen als inländische ArbeitnehmerInnen. Dies ist nicht nur die Folge ihrer geringeren beruflichen Qualifikation und ihres geringeren Durchschnittsalters, sondern auch darauf zurückzuführen, dass sie vor allem in Niedriglohnbranchen und Kleinbetrieben beschäftigt sind.

Die Medianeinkommen der in Österreich beschäftigten ausländischen Männer lagen während der neunziger Jahre um ein Viertel, die ausländischer Frauen um 22 Prozent unter den entsprechenden Werten österreichischer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Förster/Heitzmann 2003, 83). Überdies sind Ausländerinnen in deutlich höherem Maß von Arbeitslosigkeit betroffen. 2002 betrug die Arbeitslosenquote der InländerInnen in Vorarlberg im Jahresdurchschnitt 4,7 Prozent, die der „bewilligungspflichtigen AusländerInnen“ hingegen 8,3 Prozent.

Die durchschnittliche Dauer der Armutsgefährdung beträgt für Nicht-EU-BürgerInnen zwei Jahre und acht Monate und entspricht in etwa dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Das heißt, es gelingt offenbar relativ vielen Nicht-EU-BürgerInnen, die Armutsgefährdung beizeiten zu überwinden. Allerdings sind die vorhandenen Daten zur materiellen Situation von MigrantInnen eher dürftig, die Erhebungen nicht immer repräsentativ. Anzunehmen ist, dass es in Haushalten von Personen aus Nicht-EU-Staaten des Öfteren zu einer Kumulation der Gefährdung kommt (Nicht-EU-BürgerIn, höchste abgeschlossene Ausbildung: Pflichtschule, drei oder mehr Kinder, AlleinverdienerIn).

Die Bedeutung der Erwerbstätigkeit:

Eines der wesentlichen Ergebnisse der Erhebungen im Rahmen des Europäischen Haushaltspanels: In Zusammenhang mit Armutsgefährdung und Armutsvermeidung kommt dem Erwerbseinkommen zentrale Bedeutung zu. Vollzeitbeschäftigte, speziell vollzeitbeschäftigte unselbständig Erwerbstätige, haben ein unterdurchschnittliches Risiko, von Armutsgefährdung betroffen zu sein, und das geringste Risiko, dauerhaft davon betroffen zu sein.

Erwerbsarbeit schützt zwar nicht vor Armutsgefährdung, verringert aber die Wahrscheinlichkeit der Gefährdung und reduziert das Risiko, anhaltend armutsgefährdet zu sein. Letzteres gilt auch für Erwerbstätige, die Teilzeit arbeiten, allerdings ist unter Teilzeitbeschäftigten – verglichen mit Vollzeitbeschäftigten – der Anteil derer, die zwar kurzfristig, aber wiederholt armutsgefährdet sind, deutlich höher.

Welche Bedeutung ein Erwerbseinkommen in diesem Zusammenhang hat, zeigt sich sehr klar bei den Alleinerziehenden. Alleinerziehende, die über kein Erwerbseinkommen verfügen und allein auf Sozialleistungen und Zuwendungen angewiesen sind, haben ein etwa 3,5-mal höheres Risiko der Armutsgefährdung als die Gesamtbevölkerung, während Alleinerziehende mit Erwerbseinkommen von Armutsgefährdung durchschnittlich betroffen sind.

Ähnliches zeigt sich in Mehrpersonenhaushalten. Gibt es in einem Mehrpersonenhaushalt nur einen Verdiener, so ist das Risiko der Armutsgefährdung um 50 Prozent höher als im Durchschnitt der Bevölkerung. Sind jedoch zwei oder mehrere Personen erwerbstätig, so sind die Haushalte von Armutsgefährdung unterdurchschnittlich betroffen.

Eine der wesentlichen Schlussfolgerungen im abschließenden Bericht zu den sieben in Österreich durchgeführten Erhebungen des Europäischen Haushaltspanels: „Sieht man Erwerbsarbeit als das Mittel an, Personen mit den notwendigen Ressourcen zu versorgen, um ein Abrutschen in Armut zu verhindern, so genügt es nicht, auf die Mechanismen des Arbeitsmarktes zu verweisen, sondern es müssen die Bedingungen geschaffen werden, dass eine Erwerbstätigkeit angenommen werden kann. Die dargestellten Ergebnisse lassen darauf schließen, dass für manche Personengruppen strukturelle Barrieren existieren, die verhindern, dass diese über Erwerbstätigkeit ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften – sei es, dass sie nicht in der Lage sind, überhaupt in den Arbeitsmarkt einzutreten, oder sei es, weil das durch Erwerbstätigkeit erwirtschaftete Einkommen zu gering ist. Es ginge mithin also darum, diese Barrieren zu verstehen und zu beseitigen, um es diesen Personen zu ermöglichen, selbst für ihr Auskommen zu sorgen.“ (Heuberger 2003, 81)

Die Bedeutung von Sozialleistungen:

Sozialleistungen ersetzen, wie die Erhebungen zeigen, ein Erwerbseinkommen nicht wirklich. Haushalte, deren Haupteinnahmequelle Sozialleistungen darstellen, sind die am meisten armutsgefährdeten. Sozialleistungen haben jedoch eine wesentliche Bedeutung für die Linderung von Armut und auch für die Verhinderung von Armut. Denn so wichtig Erwerbseinkommen in Hinblick auf die Vermeidung von (dauerhafter) Armutsgefährdung auch sind, so reichen die auf dem Arbeitsmarkt zu erzielenden Einkommen häufig nicht aus, einen Haushalt zu finanzieren und einen auch nur niedrigen Lebensstandard zu sichern.

Um den Mitgliedern eines Haushalts einen mittleren Lebensstandard zu gewährleisten, sind meist zwei Einkommen erforderlich.

Sozialleistungen, und hier vor allem die familienbezogenen Transfers, leisten nicht nur für Alleinerziehende einen ganz wesentlichen Beitrag zur Absicherung eines – wenn auch geringen - Lebensstandards. 22 Prozent der österreichischen Haushalte können mit Erwerbseinkommen nur

bis zu 60 Prozent des Haushaltsaufwands finanzieren. Weitere 18 Prozent der Familien decken mit Erwerbseinkommen maximal 80 Prozent des Haushaltsaufwandes ab. Das heißt, diese Haushalte sind in jedem Fall auf Sozialleistungen angewiesen.

Schwieriger ist die Situation so genannter Drittstaatsangehöriger, also von AusländerInnen, die nicht aus einem EU- oder EWR-Staat kommen, da sie zu manchen Sozialleistungen des Bundes bzw. des Landes keinen Zugang haben (z.B. Unterhaltsvorschuss, Landespflegegeld, Familienzuschuss) und zu anderen nur einen eingeschränkten (z.B. Wohnungszuschuss, Behindertenhilfe, Sozialhilfe und Notstandshilfe).

VERSORGUNGSARMUT

Von Versorgungsarmut sind die gleichen Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich betroffen wie von Einkommensarmut. Allerdings handelt es sich nicht automatisch um die selben Personen bzw. Haushalte. Ein geringes Einkommen zu haben bedeutet nicht unbedingt, in einer schlecht ausgestatteten Wohnung zu leben, mit Konsumgütern unterversorgt zu sein und den Lebensstandard drastisch einschränken zu müssen. Manche Arbeitslose beispielsweise können mitunter eine Weile auf Ersparnisse oder andere Ressourcen zurückgreifen. Allerdings gibt es zwischen den Gruppen der von Einkommensarmut Betroffenen und der von Versorgungsarmut Betroffenen Überschneidungen. Längerfristig führt Einkommensarmut auch zu nicht monetärem Mangel, zu einer Unterversorgung mit Gütern und zu einer Einschränkung des Lebensstandards. Auch von Versorgungsarmut sind Frauen stärker betroffen oder richtiger: Frauen leben häufiger in Haushalten, die unzureichend ausgestattet sind und einen sehr niedrigen Lebensstandard haben. Das Gleiche gilt für Personen, die nicht oder nur eingeschränkt erwerbstätig sind. Sie sind nicht nur von Einkommensarmut, sondern auch von Versorgungsarmut eher betroffen.

Im Zuge der ECHP-Erhebungen wurde auch der Frage nachgegangen, welche Folgen Einkommensarmut und Versorgungsarmut auf soziale Kontakte und die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben haben. Gefragt wurde nach Klub- und Vereinsmitgliedschaften, nach Kontakten zu Nachbarn und Freunden.

Tabelle 46: Auswirkungen nicht monetären Mangels auf die soziale Integration

	Personen unter 60			Personen über 60		
	Betroffenheit von nicht-monetärem Mangel in mehreren Bereichen			Betroffenheit von nicht-monetärem Mangel in mehreren Bereichen		
	Niemals	Zeitweilig ¹⁾	Dauerhaft ²⁾	Niemals	Zeitweilig	Dauerhaft
	in %					
Ich habe/bin...						
Klub-/Vereinsmitglied	53	43	36	52	38	24
Kontakt zu Nachbarn	81	75	68	86	88	71
Kontakt zu Freunden	78	76	55	69	62	43

¹⁾ Zeitweilige Betroffenheit bedeutet: In einem Jahr oder in mehreren Jahren des Beobachtungszeitraums – jedoch nicht durchgehend – von Armutsgefährdung betroffen.

²⁾ Dauerhafte Betroffenheit bedeutet: Im Jahr 2000 und in mindestens drei vorangegangenen Jahren von Armutsgefährdung betroffen. In Klammer gesetzte Ergebnisse sind aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht statistisch abgesichert.

Quelle: IFS, ECHP Welle 1-7 (1995 –2001), Zahlen für 1994 – 2000, Version 2002.

Die Ergebnisse zeigen, dass Armut – bei Versorgungsarmut ist dieser Zusammenhang noch deutlicher als bei Einkommensarmut – die soziale Integration mindert (Tab.46). Bei den Personen unter 60 sinkt der Anteil von Klub- und Vereinsmitgliedern von 53 auf 36 Prozent, also um 17 Prozentpunkte, bei den Personen über 60 sogar um 28 Prozentpunkte. Auch die Kontakte zu Nachbarn und Freunden gehen – vor allem bei dauerhafter Betroffenheit – stark zurück.

Fragen nach dem gesundheitlichem Befinden zeigen, dass sich dieses - jedenfalls der subjektiven Einschätzung nach - mit zunehmender Dauer der Armutsgefährdung verschlechtert: Der Anteil der Personen, die ihren Gesundheitszustand für mäßig bis schlecht einstufen, wird größer. Parallel dazu steigt die Unzufriedenheit mit den verschiedenen Bereichen des Lebens.

Von Armut betroffene Personen haben weniger soziale Kontakte, sind bzw. fühlen sich weniger gesund und sind im Allgemeinen unzufriedener.

SCHULDEN

Die Zahl der Personen, die verschuldet sind, steigt im gesamten Bundesgebiet von Jahr zu Jahr. In Vorarlberg erhöhte sich die Zahl der KlientInnen der IfS-Schuldenberatung im Jahr 2002 gegenüber dem Jahr davor um zwölf Prozent. Zum einen mehrten sich offenbar die Lebenssituationen, in denen es den Betroffenen nicht möglich ist, so viel zu verdienen wie sie zum Leben brauchen, das gilt vor allem für Menschen, die ihre Arbeit verlieren, für Frauen im Zuge einer Scheidung und für nicht so wenige allein erziehende Frauen. Zum anderen leben wir in einer Konsumgesellschaft, in der es als legitim gilt und dezidiert dafür geworben wird, Schulden zu machen, um sich etwas leisten zu können. Sich seinen Lebensstandard mithilfe von

Kredit zu finanzieren, ist fast selbstverständlich geworden. Jeder bzw. jede Zehnte in Österreich Lebende hat sein Bankkonto kontinuierlich überzogen. Immer mehr Menschen aber haben Probleme, Schulden zurückzuzahlen.

Von den 1.556 Personen, die sich 2002 an die IfS-Schuldenberatung Vorarlberg wandten, waren 557 (= 36 %) Frauen.

Dass mehr Männer sich an die Schuldenberatung wenden, hat vermutlich mehrere Gründe. Zum einen könnte es sein, dass innerfamiliär der Umgang mit Finanzen eher in den Bereich des Mannes fällt und Männer als Haupt- oder Alleinverdiener durch Gehaltspfändungen von den Folgen der Verschuldung unmittelbar betroffen sind, zum anderen dürften Männer auch was den Umgang mit Geld betrifft ein etwas risikoreicheres Verhalten an den Tag legen als Frauen.

Knapp drei Viertel der Personen, die sich an eine Schuldenberatung wenden, sind zwischen 18 und 44 Jahre alt. Am stärksten vertreten ist die Gruppe der 25- bis 34-Jährigen. Sie macht ein Drittel der KlientInnen aus. Das gilt für Frauen ebenso wie für Männer. 61 Prozent der Rat suchenden Frauen und Männer sind berufstätig. 18 Prozent der Frauen und 21 % der Männer sind arbeitslos.

Was die Ursachen der Ver- bzw. Überschuldung anlangt (Tab.47), gibt es Unterschiede zwischen den Geschlechtern, die auch mit deren unterschiedlichen gesellschaftlichen Rollen bzw. Aufgaben zusammenhängen. Aufgrund der finanziellen Abhängigkeit vieler Frauen von ihrem (Ehe-)Mann hat eine Scheidung/Trennung für eine Frau oft ähnliche oder sogar ärgere Folgen wie für einen Mann der Verlust des Arbeitsplatzes. Autokauf oder Haft hingegen sind nur sehr selten Gründe für die Verschuldung von Frauen.

Tabelle 47: Die wichtigsten Ursachen von Ver- und Überschuldung

Frauen	Männer
Einkommensverlust	Einkommensverlust
Mangelnde Haushaltplanung	Mangelnde Haushaltplanung
Scheidung/Trennung	Arbeitsplatzverlust
Bürgschaft	Selbständigkeit
Haus- und Wohnungskauf	Scheidung/Trennung
Arbeitsplatzverlust	Unterhaltsverpflichtungen

Quelle: IfS-Schuldenberatung Vorarlberg

In den allermeisten Fällen haben die finanziellen Probleme der KlientInnen mehrere Ursachen. Die Auflösung einer Ehe kann für eine Frau, die gemeinsam mit ihrem Mann einen Kreditvertrag unterzeichnet hat, erhebliche finanzielle Probleme mit sich bringen, da sie für die Schulden auch nach der Scheidung haftet. Bürgschaften für Kreditverträge werden in Ehe- oder

Lebensgemeinschaften oft von Frauen übernommen. Zahlt der Mann die Schulden nicht zurück, haftet die Frau, auch die geschiedene. Kritik über SchuldenberaterInnen in dem Zusammenhang vor allem an der Praxis der Banken, die eine Bürgschaft/Mithaftung von Frauen akzeptieren, die über kein Einkommen verfügen.

Frauen, die über kein oder nur ein geringes Einkommen verfügen, verschulden sich häufig im Zuge einer Scheidung. Auch wenn sie für keinen Kredit mithaften. Solange sie nicht geschieden sind, haben sie beispielsweise keinen Anspruch auf Sozialhilfe oder Wohnungsbeihilfe, haben aber auch – wenn der Ehemann keinen Unterhalt zahlt - keine Mittel, um das tägliche Leben finanzieren zu können. Frauen in Scheidung und Alleinerzieherinnen machen daher häufig Schulden wegen lebensnotwendiger Anschaffungen und Zahlungen.

SOZIALHILFEEMPFÄNGER/INNEN

Der Bezug von Sozialhilfe wird häufig als Armutsindikator bezeichnet. Tatsächlich jedoch dürfte der Anteil armer Menschen um einiges höher sein als jener der SozialhilfeempfängerInnen. Viele Menschen scheuen sich, Sozialhilfe zu beantragen, vor allem in ländlichen Gegenden, weil sie zum Teil ihre Armut selbst nicht wahrhaben, keinesfalls aber öffentlich machen wollen. Sie ziehen es vor, sich extrem einzuschränken. Frauen haben zusätzlich, so die Beobachtung von SozialarbeiterInnen, Hemmungen, Geld für sich in Anspruch zu nehmen, ohne eine Gegenleistung dafür zu erbringen.

Im Laufe des Jahres 2002 gab es in Vorarlberg 2.788 EmpfängerInnen offener Sozialhilfe. Dabei handelte es sich sowohl um Dauerunterstützungen zum Lebensunterhalt als auch um einmalige Leistungen.

Knapp die Hälfte der AntragstellerInnen (48,5 %) waren Frauen. Im Unterschied zu den Frauen, die Sozialhilfe beziehen, sind von den Männern deutlich mehr ledig und deutlich weniger geschieden. Für Frauen hingegen ist eine Scheidung viel häufiger Anlass, sich ans Sozialamt zu wenden.

Nahezu 100 Prozent der Personen, die Sozialhilfe beziehen, haben die österreichische Staatsbürgerschaft bzw. stammen aus einem EU- oder EWR-Staat. Ganz offensichtlich fürchten Drittstaatsangehörige im Falle des Bezugs von Sozialhilfe fremdenrechtliche Konsequenzen. Sie versuchen ihre finanzielle Probleme erfahrungsgemäß eher innerfamiliär zu lösen.

So genannte „geschlossene Sozialhilfe“ wurde im Laufe des Jahres 2002 für 2.365 Personen bezahlt, die in betreuten Wohngemeinschaften oder (Pflege-)Heimen leben. In dieser Gruppe sind Frauen – aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung - in der Mehrzahl (Frauenanteil: 60 %).

SOZIALE SICHERHEIT?

Das österreichische System der sozialen Sicherheit orientiert sich im Wesentlichen an der typischen Männerbiographie, die gekennzeichnet ist durch kontinuierliche Erwerbstätigkeit und ein vergleichsweise hohes Einkommen. Als Leitbild des berufstätigen Menschen gilt der sich ein Leben lang voll auf seine Erwerbstätigkeit konzentrierende Mann, der – dank einer Ehefrau – von familiären Aufgaben entlastet ist. Der so genannte weibliche Lebenszusammenhang, der dadurch gekennzeichnet ist, dass Frauen aufgrund familiärer Verpflichtungen ihre Berufstätigkeit unterbrechen, Teilzeit arbeiten oder so genannte prekäre Arbeitsverhältnisse eingehen müssen, findet im Sozialversicherungssystem kaum Berücksichtigung. Die Folge: Frauen sind sozial bedeutend schlechter abgesichert als Männer. Sie erhalten im Durchschnitt weniger Arbeitslosengeld, weniger Notstandshilfe und eine deutlich geringere Pension, weshalb ein großer Teil der Frauen finanziell abhängig ist vom Ehemann bzw. von staatlichen Zuwendungen.

Problematisch sind aber auch – jedenfalls langfristig gesehen – all jene gesetzlichen Regelungen, welche die Aufnahme einer Erwerbsarbeit für Frauen eher unattraktiv machen, weil sie mit dem Verlust von Transferleistungen oder steuerlicher Vorteile verbunden sind.

In Hinblick auf eine tatsächliche Chancengleichheit der Geschlechter, wäre es sinnvoll,

- anzuerkennen, dass sowohl Erwerbsarbeit als auch Familienarbeit integrale Bestandteile gesellschaftlich notwendiger Arbeit sind
- politische Maßnahmen zu setzen, die es ermöglichen, unbezahlte Familienarbeit und bezahlte Erwerbsarbeit nicht geschlechtsspezifisch, sondern partnerschaftlich zu teilen.

GESUNDHEIT/ KRANKHEIT

GESCHLECHTSENSIBLE MEDIZIN

So wie alle anderen Wissenschaften ist auch die Medizin seit langem weitgehend männerorientiert. Männer gelten als die Norm. Frauen als Abweichung. Medikamente, aber auch andere Behandlungsformen werden sehr häufig nur an Männern getestet, da das Zyklusgeschehen der Frauen, wie es heißt, die Resultate „verfälschen“ würde. Allerdings bekommen Frauen hinterher ebenso verschrieben, was nur an Männern erprobt wurde.

Die so genannte Frauenheilkunde wiederum beschränkt sich auf den Bereich Reproduktionsmedizin. Sie befasst sich ausschließlich mit Geschlechtsorganen, mit Menstruation, Verhütung, Fruchtbarkeit, Schwangerschaft und Geburt sowie Klimakterium. Frausein aber ist in unserer Gesellschaft nicht nur eine Sache der Biologie, Frausein bedeutet de facto auch, eine andere Rolle spielen zu müssen, andere Lebensumstände und einen anderen gesellschaftlichen Status zu haben.

Tatsache ist, dass es bisher nur wenig Forschungsarbeiten gibt,

- die sich mit dem Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Rolle und den Lebensbedingungen von Frauen einerseits und ihren physischen und psychischen Erkrankungen andererseits beschäftigen
- die Krankheiten, von denen ausschließlich oder primär Frauen betroffen sind, zum Thema haben.

Ein Beispiel dafür, welche negative Auswirkungen eine männerzentrierte Medizin auf Frauen hat: Studien zur Prävention, Diagnostik und Therapie koronarer Herzkrankheiten sind jahrelang unter Ausschluss von Frauen durchgeführt worden. Da die Forscher ihren Blick immer nur auf die Männer richteten, galten und gelten Herzerkrankungen in der Ärzteschaft ebenso wie in der Bevölkerung eher als Männerleiden (und werden bei Frauen offenbar weniger ernst genommen). Tatsächlich aber sind Herzerkrankungen auch für Frauen die häufigste Todesursache und Jahr für Jahr sterben daran mehr Frauen als Männer. Eine Studie, die sich mit der Versorgung von HerzpatientInnen in Tirol bzw. an der Innsbrucker Universitätsklinik beschäftigt (Hochleitner 1999) kommt zu dem Ergebnis, dass Frauen deutlich seltener mit Verdacht auf Herzinfarkt in ein Krankenhaus eingewiesen werden, und wenn, dann sowohl diagnostisch als auch therapeutisch weniger gut versorgt werden als Männer. Das geht so weit, dass Frauen nach Bypass-Operationen viel seltener in ein Rehabilitationszentrum überstellt werden.

Gesundheit bzw. Krankheit ist nichts Geschlechtsneutrales. Von Magersucht sind beispielsweise überwiegend Frauen betroffen, andererseits sind Frauen Zeit ihres Lebens weniger unfallgefährdet als Männer.

SÄUGLINGSSTERBLICHKEIT

Die Säuglingssterblichkeit hat - nicht zuletzt aufgrund spezieller Vorsorgeuntersuchungen - in Vorarlberg so wie in den anderen Bundesländern Jahrzehnte hindurch kontinuierlich abgenommen. Sie ist von 26 Promille im Jahr 1971 auf 4,2 Promille im Jahr 1997 gesunken (Österreich: von 26 auf 4,7). 1998 ist die Säuglingssterblichkeit erstmals wieder gestiegen. Gestiegen ist vor allem die Sterblichkeit während der ersten Lebenswoche. 2001 betrug die Säuglingssterblichkeit in Vorarlberg 6,5 Promille (Österreich: 4,8). Vorarlberg war damit das Bundesland mit der höchsten Säuglingssterblichkeit. Während des ersten Lebensjahres ist das Sterberisiko männlicher Säuglinge höher als das weiblicher. 2001 hat die Säuglingssterblichkeit bei Knaben 8,2 und bei Mädchen 4,7 Promille betragen (Österreich: 6 und 3,7%). Allerdings werden generell mehr Knaben als Mädchen geboren. Im langjährigen Durchschnitt kommen auf 100 Mädchengeburten 105 Knabengeburten. In Vorarlberg verschob sich 2001 die Geschlechterrelation stark zu den Knaben. Auf 100 Mädchengeburten gab es 109 Knabengeburten.

LEBENSERWARTUNG

Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt in Vorarlberg seit langem über dem Österreichdurchschnitt, sie entspricht eher jener der Schweizer Bevölkerung. 2002 hat sie für Frauen 83 Jahre betragen (Österreich: 81,7) und für Männer 77 Jahre (Österreich: 75,9). Insgesamt nimmt die Lebenserwartung beider Geschlechter kontinuierlich zu, allerdings die der Männer stärker als die der Frauen. Im Laufe der letzten zehn Jahre ist die Lebenserwartung der Männer in Vorarlberg um fast vier Jahre, die der Frauen um zweieinhalb Jahre gestiegen. Frauen leben zwar derzeit im statistischen Durchschnitt um etwa sechs Jahre länger, viele von ihnen jedoch mit schweren funktionalen Behinderungen, die eine entscheidende Beeinträchtigung der Lebensqualität darstellen.

VORSORGEUNTERSUCHUNGEN

Vorarlberg hatte und hat, was Vorsorgeuntersuchungen anlangt, so etwas wie eine Vorreiterrolle in Österreich. Bis Ende der achtziger Jahre war Vorarlberg das Bundesland, in dem – mit

Abstand – die meisten Vorsorgeuntersuchungen durchgeführt wurden, und zwar nicht in Relation zur Einwohnerzahl, sondern absolut. Mehr als ein Viertel aller 1987 in Österreich vorgenommenen Vorsorgeuntersuchungen wurden in Vorarlberg durchgeführt!

Inzwischen haben die anderen Bundesländer zum Teil nachgezogen. Frauen gehen generell etwas vorsorglicher mit sich und ihrer Gesundheit um. Österreichweit waren 60 Prozent der Personen, die 2001 an Vorsorgeuntersuchungen teilnahmen, Frauen. In Vorarlberg war der Frauenanteil noch um einiges höher (76 %). Dies liegt im Wesentlichen daran, dass regelmäßige gynäkologische Untersuchungen in Vorarlberg in den Bereich der Vorsorgeuntersuchungen fallen, während sie beispielsweise in Wien zumeist im Rahmen der kurativen Medizin erfolgen und in der Statistik daher nicht als Vorsorgeuntersuchungen aufscheinen.

Vorsorgeuntersuchungen und auch speziell frauenspezifische haben in Vorarlberg eine lange Tradition. Mit gezielter Schwangerenvorsorge wurde in Vorarlberg bereits in den sechziger Jahren, sechs Jahre vor der bundesweiten Einführung des Mutter-Kind-Passes begonnen. Seit Anfang der siebziger Jahre wurde für Männer und Frauen ab 20 Jahren flächendeckend Gesundenuntersuchungen eingeführt. Gleichzeitig wurde für Frauen ein gynäkologisches Vorsorgeprogramm (vor allem zur Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs) initiiert. 1989 wurde es mit einem Mammographie-Screening ergänzt, das zur Früherkennung von Brustkrebs beitragen soll.

1991 wurde mit dem Vorsorgeprogramm „Frauen PLUS“ begonnen, das sich gezielt der frauenzentrierten Gesundheitsförderung widmet. Zielgruppe sind Frauen in der zweiten Lebenshälfte. Ausgehend von der Tatsache, dass Frauen zwar länger leben, aber auch stärker von Krankheiten und Behinderungen betroffen sind, zielt dieses Programm darauf ab, die Lebensqualität von Frauen zu verbessern und die von Behinderungen freie Lebenszeit zu verlängern. Erstmals wird in diesem Vorsorgeprogramm auch das subjektive Befinden der Frauen erfasst.

KRANKENSTÄNDE

Verglichen mit Männern gehen Frauen seltener und kürzer in Krankenstand. Auf 1.000 Arbeiter und Angestellte entfielen österreichweit im Jahr 2001 bei den Männern 1.105 Krankenstandsfälle, bei den Frauen nur 1.053. Die Durchschnittsdauer eines Krankenstandes betrug bei Frauen zwölf und bei Männern 13 Tage.

Die beiden häufigsten Ursachen von Krankenständen sind sowohl bei Männern als auch bei Frauen Erkrankungen der oberen Luftwege sowie Krankheiten des Skeletts. An dritter Stelle kommen bei Männern Unfälle (von Arbeitsunfällen über Sportunfälle bis zu Verkehrsunfällen), die bei Frauen eine vergleichsweise geringe Rolle spielen. Bei Männern an vierter Stelle und bei Frauen an dritter stehen Darminfektionen. Frauen haben mehr als doppelt so häufig Probleme mit dem Kreislauf und Erkrankungen der Harnorgane.

SPITALSAUFENTHALTE

Insgesamt werden mehr Frauen als Männer in Krankenanstalten stationär behandelt.

Eine Differenzierung nach dem Alter zeigt jedoch, dass dieser Umstand praktisch ausschließlich auf Spitalsaufenthalte wegen Entbindung oder Schwangerschaftskomplikationen zurückgeht. Denn nur zwischen dem 15. und 44. Lebensjahr ist die Zahl der Spitalspatientinnen höher als die der Patienten. Davor und danach überwiegen die Männer. Erst ab dem Alter von 65 sind die Frauen innerhalb der Bevölkerung und daher auch unter den SpitalspatientInnen in der Überzahl. Die durchschnittliche Dauer eines Spitalsaufenthaltes wurde im Lauf der letzten Jahre drastisch gesenkt. Sie betrug im Jahr 2000 bei Männern in Vorarlberg 8,3 Tage (1997: 10,3) und bei Frauen 8,9 Tage (1997: 13,4). Das heißt, auch die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Aufenthaltsdauer haben sich deutlich verringert. Dass Frauen in der Vergangenheit im Durchschnitt um einiges länger in stationärer Behandlung waren, wurde mit ihrer höheren Lebenserwartung erklärt bzw. mit der Tatsache, dass Hochbetagte, und unter diesen sind Frauen überrepräsentiert, deutlich länger stationär behandelt werden.

KREBSNEUERKRANKUNGEN

Auf Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation hat sich Österreich verpflichtet, eine Krebsstatistik zu führen. Dieser Statistik zufolge wurden 1999 in Vorarlberg knapp 900 (1996: 1.300) Neuerkrankungen an Krebs gemeldet (Frauenanteil: 42 %).

Bei den Frauen war die häufigste Krebsart Brustkrebs (30 % der Neuerkrankungen), gefolgt von Darmkrebs (14 %), Gebärmutterkrebs (6 %), Hautkrebs (5 %) und Lungenkrebs (4 %).

Bei den Krebsneuerkrankungen von Männer steht an erster Stelle Prostatakrebs (30 %), an zweiter Stelle Lungenkrebs (15 %), gefolgt von Darmkrebs (12 %), Blasenkrebs (7 %) und Nierenkrebs (5 %).

Bei den Männern stiegen in den letzten zehn Jahren die Neuerkrankungen an Prostatakrebs stark an. Bei den Frauen nehmen die Erkrankungen an Brustkrebs immer noch zu. Zu einem Teil dürfte dies auf die vermehrt durchgeführten Vorsorgeuntersuchungen zurückzuführen sein.

Während bei den Männern die Neuerkrankungen an Lungenkrebs etwas zurückgehen, steigen sie bei den Frauen an.

TODESURSACHEN

Zu den häufigsten Todesursachen gehören Herzkrankheiten und Krebs. Von den 2.459 im Jahr 2001 verstorbenen Personen in Vorarlberg starben 852 Personen (= 35 %) an Herzkrankheiten. 1997 waren es 51,5 Prozent. 52 Prozent davon waren Frauen. Frauen sterben allerdings – verglichen mit Männern - erst in höherem Alter an Herzkrankheiten.

Von den 608 an Krebs gestorbenen Personen waren 44 Prozent Frauen.

Etwas mehr als ein Drittel der an Krebs gestorbenen Frauen starb an Krebs der Verdauerungsorgane (vor allem Magen- oder Darmkrebs), 17 Prozent an Gebärmutter- bzw. Eierstockkrebs und sechzehn Prozent an Brustkrebs.

Bei den an Krebs gestorbenen Männern stehen Lungenkrebs und Darmkrebs (mit einem Anteil von jeweils 27 %) an erster Stelle der Todesursache, gefolgt von Prostatakrebs (16 %).

Geschlechtsspezifische Unterschiede existieren auch bei anderen zum Tode führenden Krankheiten.

An Hirngefäßerkrankungen (einschließlich Schlaganfall) sterben deutlich mehr Frauen als Männer. An Unfällen hingegen sterben doppelt so viele Männer wie Frauen, was ohne Zweifel auch mit geschlechtsspezifischem Verhalten (größere Risikofreudigkeit) zu tun hat. Allein infolge von Straßenverkehrsunfällen sterben deutlich mehr Männer als Frauen. (2001: 19 Männer, 8 Frauen). Allerdings haben Männer auch deutlich häufiger Arbeitsunfälle.

Insgesamt ist in Vorarlberg die Wahrscheinlichkeit an Krebs, Herz-, Gefäß- und Kreislauferkrankungen zu sterben, geringer als im übrigen Österreich. Die diesbezüglichen Mortalitätsziffern liegen in Vorarlberg deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt.

SELBSTMORDE

Selbstmord war 2001 sowohl in Vorarlberg als auch im gesamten Bundesgebiet für drei Prozent der verstorbenen Männer und für ein Prozent der Frauen die Todesursache.

Die Zahl der in Vorarlberg begangenen Selbstmorde schwankt seit Beginn der neunziger Jahre zwischen 41 und 66 pro Jahr und liegt damit deutlich über der Zahl der Toten aus dem Straßenverkehr. Der Anteil der Frauen liegt zwischen einem Fünftel und einem Drittel. Die Zahl der Frauen, die Selbstmord begehen, ist seit jeher und nicht nur in Vorarlberg um vieles geringer als die der Männer.

ALKOHOLKONSUM

Frauen trinken weit weniger Alkohol als Männer, sie trinken auch seltener, und die Zahl der abstinenten Frauen ist größer als die der Männer. Der Anteil der Frauen an den Alkoholkranken steigt jedoch über Jahrzehnte hinweg deutlich an: Von einem Sechstel im Jahr 1950 auf ein knappes Viertel Ende der neunziger Jahre. Die geschlechtsspezifische Differenz bei der Alkoholabhängigkeit (1 : 3,2) ist jedoch weit größer als bei der Leberzirrhosesterblichkeit (1 : 2). Das heißt, Frauen „vertragen“ auch weniger Alkohol als Männer.

Häufig kombinieren alkoholranke Frauen den Alkoholkonsum mit Medikamentenkonsum.

RAUCHEN

Insgesamt rauchen Frauen weniger als Männer. Allerdings gibt es hinsichtlich Rauchgewohnheiten nach Geschlecht unterschiedliche Entwicklungen. Von der österreichischen Bevölkerung ab 15 Jahren gaben 1999 – anlässlich einer Mikrozensus-Erhebung zum Thema Gesundheit - 40,7 Prozent der Männer und 32,2 Prozent der Frauen an, täglich zu rauchen. Das bedeutet gegenüber einer Mikrozensus-Erhebung aus dem Jahr 1991, dass der Anteil der Raucher bei den Männern um 12,4 Prozent und bei den Frauen um knapp 55 Prozent gestiegen ist. Allerdings sind die beiden Erhebungen nur bedingt vergleichbar, beispielsweise wurden 1991 Personen ab 16 Jahren, 1999 aber Personen ab 15 Jahren befragt. In Vorarlberg liegt der Anteil der täglichen Raucher etwas über dem österreichischen Durchschnitt, von den Männern rauchen 41,8 Prozent täglich, von den Frauen 32,5 Prozent. Der Anteil der RaucherInnen, die mehr als zehn Zigaretten pro Tag rauchen, ist insgesamt zurückgegangen, bei den Männern jedoch deutlich stärker als bei den Frauen.

Parallel zu diesen Entwicklungen ist es zu einem Anstieg der Lungenkrebserkrankungen von Frauen gekommen.

MEDIKAMENTENKONSUM

Der Anteil der Frauen, die Medikamente einnehmen, ist deutlich höher als jener der Männer, und zwar bei nahezu allen Arten von Medikamenten und in allen Altersgruppen. Der Unterschied geht also nicht darauf zurück, dass Frauen eine höhere Lebenserwartung haben und altersbedingt mehr Medikamenten benötigen.

Anlässlich einer Mikrozensus-Erhebung zum Thema „Gesundheit“ gaben 1999 30,7 Prozent der männlichen und 38,1 % der weiblichen Bevölkerung an, in den letzten vier Wochen ärztlich

verordnete Medikamente genommen zu haben. 14 Prozent der Männer und 19 Prozent der Frauen nahmen Medikamente ein, die nicht ärztlich verordnet waren. Frauen konsumieren nicht nur mehr Medikamente bzw. bekommen eher Medikamente verschrieben, sie sind auch häufiger medikamentensüchtig als Männer. Der Anteil der Frauen, die ärztlich verordnete Medikamente gegen Nervosität nehmen, ist mehr als doppelt so hoch wie jener der Männer. Der Medikamentenkonsum steigt pro Jahr um sechs Prozent.

Dass Frauen mehr beruhigende Substanzen konsumieren als Männer, ist erklärbar. Dem traditionellen Frauenbild zu entsprechen, verlangt von Frauen ein hohes Maß an Selbstlosigkeit bzw. Selbstverleugnung. Von Frauen wird erwartet, dass sie ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse zugunsten anderer (Ehemann, Kinder, Eltern, Chef) zurückstellen. Sie wurden und werden zum Teil auch heute noch dazu erzogen, sich um andere zu kümmern und diese zu versorgen und erst ganz zuletzt – wenn überhaupt – an sich selbst zu denken. Die aus dieser Aufopferung unweigerlich resultierenden Frustrationen aber sollen Frauen möglichst nicht zeigen, ansonsten werden sie sehr schnell als unweiblich abgestempelt. Aggressives Verhalten von Frauen gilt als gesellschaftlich verpönt. Mit Hilfe von Pillen werden Frauen „ruhig gestellt“ und „funktionieren“ trotz unbefriedigender Lebens- und Arbeitsbedingungen. („Männlich“ hingegen ist es, die Frustrationen mit Alkohol hinunterzuspülen.)

ESSTÖRUNGEN

Essstörungen, vor allem Magersucht sowie Bulimie (Ess- und Brechsucht), sind psychosomatische Erkrankungen, von denen überwiegend Mädchen und Frauen betroffen sind. Die wissenschaftlichen Erklärungsansätze für das Entstehen dieser Erkrankungen sind zahlreich und unterschiedlich. Unbestritten ist, dass diese Erkrankungen mit der Situation der Frauen in dieser Gesellschaft und der Vielzahl der an sie gerichteten Erwartungen zu tun haben. Schlank zu sein gilt – für Frauen viel mehr als für Männer – heute mehr denn je als Maßstab für gutes Aussehen, Gesundheit und Erfolg. Für viele Frauen wird Kalorienzählen von früher Jugend an zur Dauerbeschäftigung. Die „Einstiegsdroge“ für Bulimie ist nicht selten eine Schlankkeitsdiät.

FRAUEN IN MEDIZINISCHEN BERUFEN

Das Gesundheitswesen ist traditionell eine Frauendomäne. Nach Fachrichtungen und Hierarchieebenen gibt es jedoch deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede.

GEHOBENER DIENST FÜR GESUNDHEITS- UND KRANKENPFLEGE

Im gehobenen Gesundheits- und Krankenpflagedienst arbeiten in den Vorarlberger Spitälern vorwiegend Frauen. Der Frauenanteil liegt jedoch unter dem Österreichdurchschnitt. Insgesamt beträgt der Frauenanteil am diplomierten Krankenpflegepersonal 80 Prozent (Österreich: 88 %). Die Kinderkranken- und Säuglingspflege ist fast ausschließlich Frauensache (Frauenanteil: 93 %). In der allgemeinen Krankenpflege beträgt der Frauenanteil 84 Prozent, in der Psychiatrischen Gesundheits- und Krankenpflege nur 50 Prozent.

PFLEGEHELFERINNEN

PflegehelferInnen ersetzen in den Krankenanstalten die ehemaligen StationsgehilfInnen, sind jedoch höher qualifiziert. 86 Prozent der PflegehelferInnen sind in Vorarlberg Frauen.

MEDIZINISCH-TECHNISCHER DIENST

Innerhalb des Medizinisch-Technischen Dienstes arbeiten in Vorarlberg zu 81 Prozent Frauen (Österreich: 88 %). Im Diät- und ernährungsmedizinischen Beratungsdienst ebenso wie als Logopädinnen arbeiteten Ende 2001 an den Vorarlberger Krankenanstalten ausschließlich Frauen und im medizinisch-technischen Laboratoriumsdienst fast ausschließlich Frauen (Frauenanteil: 94 %).

SANITÄTSHILFSDIENST

Im Sanitätshilfssdienst beträgt der Frauenanteil in Vorarlberg 50 Prozent und liegt damit deutlich über dem Österreichdurchschnitt (42 %). Am stärksten vertreten sind die Frauen in diesem Bereich bei den Sanitätsgehilfinnen.

HEBAMMEN

Vorarlberg ist das Bundesland mit der höchsten Hebammendichte in Österreich. Auf 100.000 EinwohnerInnen kommen in Vorarlberg 24 Hebammen (Österreich: 19). Von den 84 Hebammen Vorarlbergs sind 52 in Krankenanstalten tätig.

ÄRZTINNEN

Innerhalb der Ärzteschaft beträgt der Frauenanteil in Vorarlberg – Stand: Juli 2003 - 29 Prozent (Österreich: 39 %). Der Frauenanteil an den ÄrztInnen ist in Vorarlberg in den letzten drei Jahren zwar um fast vier Prozentpunkte gestiegen, aber immer noch der geringste von allen österreichischen Bundesländern. Innerhalb der FachärztInnen stieg der Frauenanteil in den letzten drei Jahren in Vorarlberg von 17 auf knapp 21 Prozent (Österreich: 30 %), innerhalb der

AllgemeinmedizinerInnen stieg er in den letzten drei Jahren von 28 auf 31 Prozent (Österreich: 45 %).

Tabelle 48: FachärztInnen in Vorarlberg nach Fachrichtung und Geschlecht

Fachrichtung	Gesamtzahl	davon Frauen	Frauenanteil in %
Anästhesiologie und Intensivmedizin	681	28	41,2
Arbeits- und Betriebsmedizin	5	2	40,0
Augenheilkunde und Optometrie	21	4	19,0
Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin	1	0	0
Chirurgie	29	3	10,3,7
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	53	14	26,4
Haut- und Geschlechtskrankheiten	13	3	23,1
Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten	16	1	6,3
Innere Medizin	89	12	13,5
Kinder- und Jugendheilkunde	42	11	26,2
Lungenkrankheiten	6	2	33,3
Medizinische Radiologie-Diagnostik	7	0	0
Med. und chem. Labordiagnostik	3	1	33,3
Mikrobiolog.-serolog. Labordiagnostik	1	1	100,0
Neurochirurgie	6	1	16,6
Neurologie	3	0	0
Neurologie und Psychiatrie	12	4	33,3
Nuklearmedizin	4	1	25,0
Orthopädie und orthopädische Chirurgie	22	0	0
Pathologie	6	4	66,6
Physikalische Medizin	1	0	0
Plastische Chirurgie	3	0	0
Psychiatrie	6	3	50,0
Psychiatrie und Neurologie	39	9	23,1
Radiologie	19	1	5,3
Strahlentherapie-Radioonkologie	2	1	50,0
Unfallchirurgie	31	1	3,2
Urologie	17	1	5,9
Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde	121	24	19,8

Stand: Juli 2003

Quelle: Österreichische Ärztekammer; eigene Berechnungen.

Vorarlberg ist im Übrigen – nach dem Burgenland - das Bundesland mit der zweitgeringsten Ärztedichte. Das Gleiche gilt für die Versorgung mit ZahnärztInnen bzw. DentistInnen. Ende 2001 entfielen in Vorarlberg 332 berufsausübende ÄrztInnen auf 100.000 EinwohnerInnen (Österreich: 440 Ärzte).

46 Prozent der ÄrztInnen in Vorarlberg arbeiten ausschließlich als Angestellte. Von den „ausschließlich angestellten“ ÄrztInnen sind 40 Prozent Frauen (Österreich: 48 %). Innerhalb der ÄrztInnen mit Ordination ist der Frauenanteil deutlich geringer. Er beträgt in Vorarlberg 17 Prozent (Österreich: 28 %). Unter den AllgemeinmedizinerInnen mit Ordination sind 20 Prozent Frauen. Und unter den FachärztInnen mit Ordination sind es 16 Prozent.

Der Aufstieg in der Berufshierarchie erweist sich offenbar als schwierig. Allerdings gibt es seit kurzem in Vorarlberg erstmals eine Primarärztin (Sanatorium Mehrerau).

Auch wenn der Frauenanteil an den ÄrztInnen Vorarlbergs deutlich unter dem Österreichdurchschnitt liegt, so steigt er doch kontinuierlich an: Bei den ÄrztInnen über 45 beträgt der Frauenanteil nur 20 Prozent, bei denen unter 45 Jahren hingegen 38 Prozent und bei den TurnusärztInnen schon mehr als die Hälfte (52 %).

Auf die einzelnen Fachrichtungen sind Frauen sehr unterschiedlich verteilt (Tab.48). Die Fachrichtungen, in denen Frauen im Jahr 2003 zahlenmäßig am stärksten vertreten sind:

- Anästhesiologie und Intensivmedizin
- Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde
- Frauenheilkunde und Geburtshilfe
- Innere Medizin
- Kinder- und Jugendheilkunde

Das Fach mit dem höchsten Frauenanteil ist in Vorarlberg zurzeit die Pathologie, wo vier von sechs ÄrztInnen Frauen sind (Frauenanteil: 66,6 %).

EXKURS: GEWALT GEGEN FRAUEN IN DER FAMILIE

Die Institution Familie garantiert – entgegen manch verklärenden Darstellungen – ihren Mitgliedern keineswegs immer Schutz und Geborgenheit. Kriminologen und Viktimologen bezeichnen den „sozialen Nahraum“, also den familiären Bereich, sogar als den gefährlichsten Opferraum. Tatsächlich ist das Risiko, einem Verbrechen zum Opfer zu fallen, nirgendwo so hoch wie innerhalb der eigenen Familie. Die Opfer familiärer Gewalt sind fast immer Frauen und Kinder. Die Täter sind Ehemänner, Lebensgefährten, „Freunde“, auch Söhne. Wesentlicher Grund dafür ist die Machtungleichheit zwischen Frauen und Männern, die eine finanzielle und soziale Abhängigkeit zur Folge hat.

In der Deklaration der Vereinten Nationen zur Beseitigung der Gewalt an Frauen heißt es: Gewalt gegen Frauen ist Ausdruck der traditionell ungleichen Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen, die zur Herrschaft von Männern über Frauen und zur Benachteiligung von Frauen durch Männer geführt haben und Frauen an ihrer vollen Entfaltung hindern. Gewalt gegen Frauen ist einer der wesentlichen sozialen Mechanismen, mit denen Frauen in eine untergeordnete Position gezwungen und damit der Gewalt ausgeliefert werden.

FRAUENNOTWOHNUNG

Es gehört zu den wesentlichen Verdiensten der in den siebziger Jahren entstandenen Neuen autonomen Frauenbewegung, dass sie das Thema „Gewalt gegen Frauen“, das bis dahin tabuisiert bzw. verharmlost wurde, aufgegriffen hat. In den siebziger Jahren entstanden daraufhin europaweit die ersten Frauenhäuser, Zufluchtstätten für misshandelte Frauen und ihre Kinder. Seit 1990 gibt es auch in Vorarlberg eine Einrichtung, die ganz speziell Frauen, die vor Gewalt und Bedrohung durch den Partner flüchten, Unterkunft und Hilfestellung bietet. Die FrauennotWohnung Dornbirn ist keine autonome Einrichtung, sondern Teil des Institutes für Sozialdienste. Inhaltlich und fachlich ist sie jedoch organisiert wie die autonomen Frauenhäuser und auch Mitglied der Aktionsgemeinschaft österreichischer Frauenhäuser. Das heißt, die FrauennotWohnung ist als selbstverwaltete Wohngemeinschaft organisiert (also kein „Heim“), die Mitarbeiterinnen helfen, sofern dies gewünscht wird, bei Wohnungs- und Arbeitssuche, bei Ämterwegen, psychischen Problemen und Erziehungsschwierigkeiten, aber auch bei der Entwicklung von Zukunftsperspektiven.

Der Aufenthalt der Frauen wird durch Sozialhilfe finanziert. Um die Anonymität der Frauen zu wahren, wird die Sozialhilfe anstatt bei der zuständigen Gemeinde, bei einer Bezirkshauptmannschaft beantragt.

Die Wohnung bietet Platz für sieben Frauen und deren Kinder. Maximal werden acht Frauen aufgenommen. Die Frauen, die – viele mit Kindern – Zuflucht suchen, sind zwischen 16 und 65 Jahre alt. Im Jahr 2002 fanden 53 Frauen und 71 Kinder in der FrauennotWohnung Aufnahme. Die Mehrzahl der Frauen gehörte der Altersgruppe 21 bis 40 Jahre an. 60 Prozent der Frauen waren verheiratet, die anderen ledig oder geschieden. 40 Prozent der Frauen waren erwerbstätig oder in Pension. 60 Prozent hatten kein Erwerbseinkommen – sie waren Hausfrauen, in Karenz, in Ausbildung oder arbeitslos. 53 Prozent der aufgenommenen Frauen waren Österreicherinnen, von den Misshandlern waren 64 Prozent Österreicher. In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich beim Misshandler um den Ehemann. In zwei Fällen machte der Misshandler von einer Schusswaffe Gebrauch. In weiteren sieben Fällen fühlte sich die Frau durch eine vorhandene Schusswaffe bedroht.

Die Frauen blieben im Durchschnitt ein bis drei Monate. Während in den neunziger Jahren etwa die Hälfte der Frauen nach dem Aufenthalt in der FrauennotWohnung wieder zum Misshandler zurückkehrte, gelang es in den letzten drei Jahre diesen Prozentsatz auf 17 Prozent zu verringern. Über die Ursachen für diese erfreuliche Entwicklung können auch die Mitarbeiterinnen der FrauennotWohnung einstweilen nur Vermutungen anstellen. Möglicherweise spielen mehrere Faktoren eine Rolle: Die gesellschaftliche Akzeptanz von Gewalt ist geringer geworden; die von Gewalt betroffenen Frauen erhalten dadurch mehr soziale Unterstützung. Dazu kommt, dass durch den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen mehr Frauen berufstätig sind bzw. eine Berufstätigkeit aufnehmen können, wenn auch oft nur stundenweise, und damit weniger abhängig sind von einem (gewalttätigen) Ehemann.

Da Frauen selbst immer weniger bereit sind, Gewalt hinzunehmen, wird zunehmend sichtbarer, wie viele Frauen davon betroffen sind und der Unterstützung bedürfen. 117 Frauen konnten aus Platzgründen im Jahr 2002 nicht sofort in die FrauennotWohnung aufgenommen werden. Für sie mussten fürs Erste alternative Unterkunftsmöglichkeiten gefunden werden – eine für alle Beteiligten unbefriedigende Situation. 2003 wurde eine zusätzliche Unterkunft in Bludenz (speziell für Frauen aus dem Bezirk Bludenz) geschaffen, die von Dornbirn aus betreut wird.

Seit den neunziger Jahren finden sich unter den Frauen, die in der FrauennotWohnung Aufnahme finden, auch Frauen – vor allem aus Asien oder Osteuropa - die mit Österreichern verheiratet und von diesen oft gezielt nach Österreich geholt worden sind. Diese Frauen haben zusätzlich zu ihren Gewalterfahrungen das Problem, dass sie im Falle einer Scheidung die

Aufenthaltsgenehmigung verlieren und kaum eine Chance haben, das Sorgerecht für ein Kind zu bekommen.

Zum Angebot der FrauennotWohnung gehören auch die telefonische und ambulante Beratungstätigkeit sowie Nachbetreuungskontakte zu jenen Frauen, die sich mit Unterstützung der Mitarbeiterinnen der FrauennotWohnung ein gewaltfreies, eigenständiges Leben aufbauen.

GEWALTSCHUTZGESETZ

1997 trat das Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in Kraft, ein Gesetz, das unter Mitwirkung der Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern erstellt wurde. Der Grundgedanke dieser gesetzlichen Regelungen besteht darin, die von Gewalt betroffene Person zu schützen, ihr zu ermöglichen, in der Wohnung zu bleiben und den Täter rasch aus der Wohnung zu entfernen. Letztlich ist ja nicht einzusehen, warum Gewalttäter weiterhin unbehelligt in der Wohnung bleiben können, Personen hingegen, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, zumeist sind es Frauen und Kinder, eine neue Unterkunft suchen müssen.

Wenn aufgrund von Tatsachen zu befürchten ist, das ein gefährlicher Angriff auf Leben, Gesundheit oder Freiheit bevorsteht, kann die Gendarmerie (bzw. die Polizei) einer Person, von der Gefahr ausgeht, der Wohnung verweisen und ihr für eine befristete Zeit die Rückkehr in die Wohnung verbieten. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, einem gewalttätigen Angehörigen den Zutritt zur gemeinsamen Wohnung durch gerichtliche Einstweilige Verfügung zu untersagen, wodurch sich das Betretungsverbot deutlich verlängert. 2002 wurden in Vorarlberg von Gendarmerie bzw. Stadtpolizei in 109 Fällen eine solche Wegweisung und/oder ein Betretungsverbot ausgesprochen (2001: 70)

Im selben Jahr betrug die Zahl der Einstweiligen Verfügungen in Vorarlberg 46 (2001: 44). Insgesamt musste 2002 die Vorarlberger Gendarmerie 586-mal in Familien einschreiten (2001: 459-mal). Nicht immer handelte es sich dabei um Gewalt im engeren Sinne (erfasst sind auch Interventionen, in denen es um Ruhestörung, Streitschlichtung usw. ging).

Die Erfahrung zeigt, dass in ländlichen Regionen viel seltener Betretungsverbote ausgesprochen werden als in (Groß-)Städten. Aufgrund eines gewissen Naheverhältnisses zwischen den Betroffenen und den ExekutivbeamtenInnen, versuchen letztere Konflikte eher zu schlichten und nehmen von einem Betretungsverbot häufig Abstand.

INTERVENTIONSSTELLE

Die Interventionsstelle Vorarlberg, im Herbst 1999 gegründet, ist in Feldkirch im Rahmen des Instituts für Sozialdienste angesiedelt und wird, so wie die Interventionsstellen in anderen

Bundesländern, aus Mitteln des Bundesministeriums für Inneres und des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen finanziert. Vorrangiges Ziel der Interventionsstellen ist es, Frauen, die von Gewalt betroffen sind, zu beraten und zu unterstützen sowie weitere Gewalttaten zu verhindern. Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, können sich direkt an die Stelle wenden. Die Interventionsstelle wird jedoch auch von der Exekutive über Wegweisungen und Betretungsverbote informiert. Die Mitarbeiterinnen der Interventionsstelle nehmen Kontakt mit den betroffenen Frauen auf. Sie bieten ihnen professionelle Beratung und Unterstützung an, helfen bei

der Durchsetzung von Rechten, begleiten sie zu Gericht und erstellen gemeinsam mit ihnen einen Sicherheitsplan. Im Interesse einer umfassenden Hilfestellung für die Opfer von Gewalt arbeitet die Interventionsstelle eng zusammen mit allen Berufsgruppen, die mit dem Problem befasst sind: Exekutive, Justiz, Jugendwohlfahrt und Beratungseinrichtungen. 2002 betreute die Interventionsstelle 321 von Gewalt betroffene Personen (2001: 358). Zwischen 97 und 99 Prozent der KlientInnen sind Frauen. Die Mehrzahl davon sind Österreicherinnen.

Für ausländische Frauen, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Österreich gekommen und von häuslicher Gewalt betroffen sind, ist es allerdings besonders schwierig, die Gewaltbeziehung zu beenden, weil sie – nach geltendem Recht – in ihrer gesamten Existenz (Aufenthaltsbewilligung, Zugang zum Arbeitsmarkt) an den Ehemann gebunden sind. Hat die Ehe nicht länger als vier Jahre gedauert, müssen sie im Falle einer Scheidung – unabhängig von der Verschuldensfrage – mit der Ausweisung rechnen. Das Gleiche gilt auch für den Fall, dass der Ehemann stirbt.

POLITIK

POLITISCHE VERTRETUNG

Emanzipatorische Frauenpolitik ist nicht nur eine Frage der Präsenz bzw. Absenz von Frauen in politischen Gremien, sondern auch eine Frage der Inhalte. Trotzdem ist der Frauenanteil an den gewählten MandatarInnen ein Indikator dafür, inwieweit es Frauen möglich bzw. verwehrt ist, ihr Schicksal politisch selbst zu bestimmen. Erst die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der politischen Willensbildung und an den politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen gewährleistet, dass das spezielle Wissen und die Erfahrungen von Frauen, ihre Probleme und Bedürfnisse – die sich aufgrund unterschiedlicher Lebensbedingungen erheblich von jenen der Männer unterscheiden – entsprechend berücksichtigt werden. Männer kennen die Interessen von Frauen bestenfalls vom Hörensagen, aber nicht aus eigener Erfahrung.

Das heißt, eine Veränderung des Geschlechterverhältnisses in quantitativer Hinsicht, ist eine unabdingbare Voraussetzung für qualitative Veränderungen, für eine die Interessen der Frauen berücksichtigende Politik – wie unterschiedlich die Interessen der Frauen auch sein mögen.

Demokratische Willensbildung und Entscheidungsfindung setzen voraus, dass die einzelnen Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit der repräsentativen Selbstvertretung ihrer Interessen haben.

Obwohl die Zahl der Frauen in politischen Gremien sukzessive zunimmt, obliegt die Vertretung der Interessen der Mehrheit der Bevölkerung (= Frauen) nach wie vor einer Minderheit (= Mandatarinnen).

GEMEINDERÄTE

Die Annahme, dass Frauen auf der untersten politischen Ebene, also im Gemeinderat, politisch eher reüssieren können, als auf Landes- und Bundesebene, entspricht nicht der Realität. Im Gegenteil. Patriarchale Strukturen halten sich auf Gemeindeebene deutlich länger. Eine Ausnahme bilden nur große Städte. Ansonst ist der Frauenanteil in den Gemeinderäten deutlich niedriger als in den Landtagen oder im Nationalrat.

Von den 1.752 Vorarlberger GemeindevertreterInnen sind nach den letzten Gemeindevertretungswahlen im April 2000 296 Frauen (Tab.49). Der Frauenanteil an den Gemeinderatsmitgliedern beträgt somit 16,9 Prozent (1995: 13 %; 1990: 9 %).

Den höchsten Frauenanteil im Gemeinderat hat die Gemeinde Bregenz (Frauenanteil: 39 %).

In 12 der 96 Vorarlberger Gemeinderäte beträgt die Männerquote 100 Prozent, das heißt, es ist keine einzige Frau im Gemeinderat vertreten. (1990 war dies noch in 35 Vorarlberger Gemeinderäten der Fall). Es sind dies die Gemeinden Fontanella, Langenegg, Lech, Raggal, Reuthe, Riefensberg, Röns, St. Gerold, Schnepfau, Schoppernau, Sibratsgfall und Sonntag.

In weiteren 24 Vorarlberger Gemeinden gibt es nur eine einzige Frau im Gemeinderat.

Tabelle 49: Frauen in den Vorarlberger Gemeinderäten nach politischen Parteien

Partei	1991			1995			2000		
	Mandate	davon Frauen absolut	in %	Mandate	davon Frauen absolut	in %	Mandate	davon Frauen Absolut	in %
ÖVP	638	65	10,2	629	97	15,4	630	121	19,2
FPÖ	158	12	7,6	203	32	15,8	232	44	18,9
SPÖ	232	33	14,2	170	30	17,6	153	38	24,8
Grüne	31	8	25,8	30	11	36,7	45	16	35,6
LIF	-	-	-	8	2	25,0	-	-	-
Andere Listen	636	37	5,8	712	57	8,9	557	70	12,6
Mehrheitswahl ^{*)}							135	7	5,2
Gesamt	1.695	155	9,1	1.752	229	13,1	1.752	296	16,9

^{*)} Mehrheitswahl bedeutet, dass in einer Gemeinde, in der keine politische Partei bzw. Andere Liste kandidiert, die Wahlberechtigten auf dem Stimmzettel wählbare Personen anführen.

Quelle: Landesstelle für Statistik

Nach politischen Parteien aufgeschlüsselt haben die Gemeinderatsfraktionen der Grünen den höchsten Frauenanteil (36 %), gefolgt von der SPÖ (25 %), danach kommen ÖVP und FPÖ (je 19 %).

Seit den letzten Gemeindevertretungswahlen hat in drei Vorarlberger Gemeinden (Bezaun, Schröcken und Weiler) eine Frau das Bürgermeisteramt inne.

LANDTAG UND LANDESREGIERUNG

Im Landtag stieg der Frauenanteil viel stärker als in den Gemeinderäten (Tab.50). Nach den letzten Vorarlberger Landtagswahlen im Jahr 1999 betrug er 30,5 Prozent (1984: 8,3 %, 1994: 19,4 %). Inzwischen beträgt er ein Drittel, da in der SPÖ-Fraktion einem Landtagsabgeordneten eine Frau nachfolgte. Damit hat Vorarlberg nach Wien und Salzburg derzeit den höchsten Anteil an Mandatarinnen im Landtag.

Unter den sieben Mitgliedern der Vorarlberger Landesregierung ist eine Frau (Frauenanteil: 14 %).

Tabelle 50: Frauen im Vorarlberger Landtag nach politischen Parteien

Partei	1994			1999		
	Zahl der Mandate	davon Frauen		Zahl der Mandate	davon Frauen	
		Absolut	in %		absolut	in %
ÖVP	20	4	20,0	18	6	33,3
FPÖ	7	1	14,3	11	2	18,2
SPÖ	6	1	16,7	5	2*)	40,0
Grüne	3	1	33,3	2	1	50,0
Gesamt	36	7	19,4	36	11	30,5

*) Seit Anfang 2001 sind von den fünf SP-MandatarInnen drei Frauen, damit stieg der Frauenanteil innerhalb der SP-Fraktion auf 60 Prozent. Innerhalb der gesamten Landtagsabgeordneten beträgt er inzwischen ein Drittel. (Stand: Oktober 2003)

Quelle: Landtagskanzlei; eigene Berechnungen.

PARLAMENT UND EU-PARLAMENT

Unter den drei Bundesräten (2 ÖVP, 1 FPÖ), die Vorarlberg als Vertretung des Landtages entsendet, ist eine Frau (ÖVP).

Von den sechs Nationalratsabgeordneten aus Vorarlberg (3 ÖVP, 1 FPÖ, 1 SPÖ, 1 Grüne) sind zwei Frauen (1 ÖVP, 1 Grüne). Alle sechs MandatarInnen kandidierten auf den Listen der Vorarlberger Wahlkreise.

Unter den Abgeordneten zum Europaparlament ist ein männlicher Abgeordneter aus dem Bundesland Vorarlberg (SPÖ).

BUNDESREGIERUNG

Zwei Vorarlberger PolitikerInnen gehören der Bundesregierung an: Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur (ÖVP), die seit 1995 Mitglied der Bundesregierung ist, und der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie (FPÖ), der seit Februar 2003 Mitglied der Bundesregierung ist und seit Oktober 2003 Jahres auch die Funktion des Vizekanzlers innehat.

EHRENZEICHEN

Auch offizielle Ehrungen geben Aufschluss über die gesellschaftliche (Un-)Gleichbehandlung von Männern und Frauen (Tab.51). Die Vergabe der verschiedenen Ehren- und Verdienstzeichen des Landes zeigt deutlich, welcher Stellenwert Frauen und Männern und ihren

jeweiligen Leistungen zugemessen wird. Und sie zeigt auch: Je größer die Ehre, desto kleiner der Frauenanteil.

Tabelle 51: Auszeichnungen nach Geschlecht

Auszeichnungen	1995 – 1999			2000 – 2002		
	Männer	Frauen	Frauenanteil in %	Männer	Frauen	Frauenanteil in %
Goldenes Ehrenzeichen	7	-	0	1	-	0
Silbernes Ehrenzeichen	26	5	16	2	-	0
Großes Verdienstzeichen	54	11	17	31	6	16
Verdienstzeichen	87	32	27	40	12	23
Gesamt	174	48	22	74	18	20

In den ersten Jahren des neuen Jahrtausends wurden weniger Frauen ausgezeichnet als in den Jahren davor.

LITERATURVERZEICHNIS

Arbeitsmarktservice Vorarlberg (Hg.): Geschäftsbericht 1998, Bregenz 1999.

Arbeitsmarktservice Vorarlberg (Hg.): Geschäftsbericht 2002, Bregenz 2003.

Barbisch, Johannes: Hauskrankenpflege in Vorarlberg. Bericht über die Jahre 1995, 1996, 1997. Hg. vom Amt der Vorarlberger Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Hauskrankenpflege Vorarlberg und dem Vorarlberger Gesundheits- und Krankenpflegverband, Bregenz 1998.

Bauer, Adelheid: Alleinerzieherinnen. Zur Situation in den neunziger Jahren. In: Statistische Nachrichten 3/1998, 180 – 191.

Bauer, Adelheid: Volkszählung 2001: Haushalte. Vorläufige Ergebnisse. In: Statistische Nachrichten 2/2002, 76 – 81.

Bauer, Adelheid:/ Reinhard Eichwalder: Volkszählung 2001: Lebensunterhalt. In: Statistische Nachrichten 7/2003, 510 – 519.

Bericht über die Situation der Frauen in Österreich (Frauenbericht 1995). Hg. vom Bundeskanzleramt, Wien 1995.

Berndt, Edwin (Institut für Markt-, Meinungsforschung und Unternehmensberatung): Probleme der berufstätigen Frauen mit unter 15jährigen Kindern in Vorarlberg. Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen. Göfis 2001.

Berthold, Annette: Laute/r Frauenfragen. Über die Lage der Frauenpolitik in Vorarlberg. Ein Projekt vom Frauenrat Vorarlberg, Feldkirch 2000.

Biffi, Gudrun: Arbeitsmarktrelevante Effekte der Ausländerintegration in Österreich. Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Wien 2001.

Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen: Bericht über die soziale Lage 2001 –2002, Wien 2002.

Daten und Fakten zur gesundheitlichen und psychosozialen Lage der Frau in Vorarlberg. Hg. vom Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz 1998.

Demographisches Jahrbuch 1997. Hg. vom Österreichischen Statistischen Zentralamt, Wien 1999.

Demographisches Jahrbuch 2000. Hg. von Statistik Austria, Wien 2001.

Einkommenssteuerstatistik 1996. Hg. vom Österreichischen Statistischen Zentralamt, Wien 1999.

Einkommenssteuerstatistik 2000. Hg. von Statistik Austria, Wien 2003.

Fassmann, Heinz/ Irene Stacher (Hg.): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen, Wien 2003.

Feigl, Susanne: Frauen in Österreich 1985 – 1995. Hg. vom Bundeskanzleramt, Wien 1995.

Fleisch, Renate: Verhinderungen und Ausgrenzungen von Frauen und fortschrittlicher Frauenpolitik in der politischen Öffentlichkeit am Beispiel Vorarlberg. Dissertation Universität Innsbruck, Innsbruck 1998.

Förster, Michael F./ Karin Heitzmann: Einkommensarmut und akute Armut in Österreich. In: Bericht über die soziale Lage 2001 – 2002, hg. vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, Wien 2002, S 187 – 209.

Förster, Michael/ Karin Heitzmann: Einkommen und Armutsgefährdung von MigrantInnen in Österreich. In: Heinz Fassmann/ Irene Stacher (Hg.): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen, Wien 2003., 78 – 86.

Fraiji, Adelheid. Volkszählung 1991: Regionale Unterschiede bei der Schulwahl. In: Statistische Nachrichten 9/1995, S 659 – 667.

Franco, Ana/ Karin Winqvist: Am Rande des Arbeitsmarkts? Befristete Beschäftigung in der EU. Statistik kurz gefasst, hg. von EUROSTAT, Thema 3 – 13/2002.

Franco, Ana/ Karin Winqvist: Frauen und Männer, die Arbeit und Familie vereinbaren. Statistik kurz gefasst, hg. von EUROSTAT, Thema 3 – 9/2002.

Franco, Ana/ Karin Winqvist: Mehr Frauen als Männer leben in Haushalten ohne Erwerbstätige. Statistik kurz gefasst, hg. von EUROSTAT, Thema 3 – 15/2002

Frau Sein in Vorarlberg. Empirische Grundlagenstudie. Projektleitung: Dr. Imma Palme. Hg. vom Frauenreferat der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz 1993.

Frau Sein in Vorarlberg. Zahlen 1996/97. Hg. vom Frauenreferat der Vorarlberger Landesregierung und der Landesstelle für Statistik, Bregenz 1997.

Frauenbüro der Stadt Wien (Hg.): Motive der Ausbildungs- und Berufswahl von Mädchen, Wien 2003 (= Band 9 der Schriftenreihe frauen).

Geser-Engleitner, Erika und Renate Hackl: Zur Situation betreuender Angehöriger und Evaluierung des Dienstes „Hauskrankenpflege“ in Vorarlberg. Kurzfassung des im Auftrag der Vorarlberger Landesregierung erstellten Forschungsberichtes, Egg 1998.

Gesundheit & Gesundheitsversorgung. Ergebnisse einer WHO-Studie für Österreich. Hg. von Statistik Austria, Wien 2002.

Gesundheitszustand & Konsum medizinischer Leistungen. Ergebnisse Mikrozensus September 1999. Hg. von Statistik Austria, Wien 2002.

Gewerkschaft Metall – Textil: „Mit gutem Beispiel voran“. Gender Mainstreaming in Kollektivverträgen., Wien 2003.

Gregoritsch, Petra/ Monika Kalmár/ Günter Kernbeiß/ Michael Wagner-Pinter: Einkommen, Lebensstandards und Sozialtransfers. In: Bericht über die soziale Lage 2001 – 2002, hg. vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, Wien 2002^a, S 19 – 46.

Gregoritsch, Petra/ Monika Kalmár/ Günter Kernbeiß/ Ursula Lehner/ Michael Wagner-Pinter: Beschäftigung und Einkommen von Frauen und Männern, 4 Bände. Hg. vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Wien 2002^b.

Güngör, Kenan und Rebekka Ehret: Integrationsleitbild der Stadt Dornbirn mit integriertem Maßnahmenplan, Dornbirn und Basel 2002

LITERATURVERZEICHNIS

Guger, Alois/ David Mum: Die Verteilungswirkungen des Familienpakets 1998. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie, Wien 1999.

Guger, Alois/Reiner Buchegger/Hedwig Lutz/ Christine Mayrhuber: Schätzung der direkten und indirekten Kinderkosten. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit und Generationen., Wien 2003.

Hammer, Gerald: Haushaltsführung. Ausgewählte Hauptergebnisse des Mikrozensus September 1995. In: Statistische Nachrichten 4/1997, S 281 – 290.

Hammer, Gerald: Kinderbetreuung. Ausgewählte Hauptergebnisse des Mikrozensus September 1995. In: Statistische Nachrichten 3/1977, S 168 – 175.

Hammer, Gerald: Sonderformen der Arbeitszeit. Demographische und erwerbsstatistische Analyse von Sonderformen der Arbeitszeit in Österreich, erhoben im Mikrozensus-Sonderprogramm „Arbeitszeitformen“ September 1997. Hg. vom Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Wien 1998.

Hammer, Gerald: Flexible Arbeitszeitformen in Österreich – Hauptergebnisse 1. Teil. Mikrozensus Juni 2001. In: Statistische Nachrichten 5/2002, 341 – 347.

Hanika, Alfred: Bevölkerungsvorausschätzung 2001 bis 2050 für Österreich und die Bundesländer. In: Statistische Nachrichten 9/2001, S 626 –637.

Hanika, Alexander: Volkszählung 2001: Vorläufige Ergebnisse nach Alter und Geschlecht. In: Statistische Nachrichten 12/2001, S 904 –909.

Hanika, Alexander: Vorausschätzung der Haushalte und Familien 1991 bis 2030 nach Bundesländern. Neudurchrechnung 2001. In: Statistische Nachrichten 12/2001, S 910 – 919.

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger: Handbuch der österreichischen Sozialversicherung 2003, Wien 2003.

Heuberger, Richard: Querschnittsbericht ECHP - 7. Welle 2001, hg. vom Interdisziplinären Forschungsinstitut Sozialwissenschaften, Wien 2002.

Heuberger, Richard: Armutslagen in Österreich. Längsschnittbericht zu den ECHP - Wellen 1 bis 7 (1995 bis 2001), hg. vom Interdisziplinären Forschungsinstitut Sozialwissenschaften (ISF), Wien 2003.

Hochleitner, Margarete. Schlagen Frauenherzen anders? Herzerkrankungen und Geschlecht am Beispiel Tirol, in: Silvia Groth/Éva Rásky (Hrsg.). Frauengesundheiten. Innsbruck 1999, S 45 – 56.

Hochschulbericht 1999. Hg. vom Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr. Band 1 – 3, Wien 1999.

Hochschulbericht 2002. Hg. vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Band 1 + 2, Wien 2002.

Hochschulstatistik 2000/01. Hg. von Statistik Austria, Wien 2002.

Hochschulstatistik 2001/02. Hg. von Statistik Austria, Wien 2003.

IMAD (Institut für Marktforschung und Datenanalysen): Kinderbetreuung in Vorarlberg. Repräsentativbefragung von Frauen mit Kindern bis 6 Jahren. Innsbruck 2000.

Interkulturelle Jugendarbeit. Integration von MigrantInnen. Positionspapier des Landesjugendbeirates Vorarlberg, o.O. und o.J. (2002).

Jahrbuch der Gesundheitsstatistik 2001. Hg. vom Statistik Austria, Wien 2003.

Kapeller, Doris, Margarete Kreimer und Andrea Leitner: Hemmnisse der Frauenerwerbstätigkeit. Hg. vom Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Wien 1999. (= Frauenberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Nr. 62)

Kohlbacher, Josef/ /Ursula Reeger: Die Wohnsituation von AusländerInnen in Österreich. In: Heinz Fassmann/ Irene Stacher (Hg.): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen, Wien 2003, 87 – 108.

Kytir, Josef u.a.: Demographische Strukturen und Trends 2001, in: Statistische Nachrichten 10/2002, S 736 – 754.

Kytir, Josef u.a.: Familiäre Strukturen und Familienbildungsprozesse. Mikrozensus September 2001, in: Statistische Nachrichten 11/2002, S 824 – 840.

Lebhart, Gustav: Volkszählung 2001: Geburtsland und Staatsangehörigkeit. In: Statistische Nachrichten 4/2003, S 258 – 265.

Langgaßner Jeanette: Rauchgewohnheiten der österreichischen Bevölkerung. Ergebnis des Mikrozensus Dezember 1997, in: Statistische Nachrichten 5/1999, S 319 – 326.

Lutz, Hedwig: Auswirkungen der Kindergeldregelung auf die Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern. Erste Ergebnisse. In: WIFO-Monatsberichte 3/2003, 213 –227.

Mejer, Lene/ Clemens Siermann: Einkommensarmut in der Europäischen Union: bei Kindern, nach Geschlecht und Umfang der Armutslücken. Statistik kurz gefasst, hg. von EUROSTAT, Thema 3 – 12/2000.

Mejer, Lene/ Ger Linden: Dauernde Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union. Statistik kurz gefasst, hg. von EUROSTAT, Thema 3 – 13/2000.

Mikrozensus Jahresdurchschnitt 1998. Schnellbericht. Hg. vom Österreichischen Statistischen Zentralamt, Wien 1999.

Mikrozensus Jahresergebnisse 2001. Hg. von Statistik Austria, Wien 2002.

Mikrozensus Jahresdurchschnitt 2002 (vorläufige Ergebnisse). Hg. von Statistik Austria, Wien 2003.

Mühlberger, Albert: Regionaldaten aus der Lohnsteuerstatistik 1997. In: Statistische Nachrichten 10/1999, S 905 – 913.

ÖGB Landesexekutive Vorarlberg (Hg.): Bericht 1995 – 1998, Feldkirch 1999.

Österreichische Schulstatistik 01/02. Hg. vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt Statistik Österreich, Wien 2002.

Pfeil, Walter J.: Vergleich der Sozialhilfesysteme der österreichischen Bundesländer. Rechtswissenschaftliche Studie im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen, Wien 2001.

Pochobradsky, Elisabeth/ Claudia Habl/ Barbara Schleicher: Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Hg vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, Wien 2002.

LITERATURVERZEICHNIS

Redl, Johannes: Armut und Deprivation in Österreich. Längsschnittbericht zu den ECHP-Wellen 1 bis 5 (1995 – 1999), hg. vom Interdisziplinären Forschungsinstitut Sozialwissenschaften (ISF), Wien 2002

Sadettin, Demir: Kann DSA Frau Fink Herrn Ali Kara aus der Türkei verstehen? Welches spezielle Wissen und Können soll ein/e SozialarbeiterIn haben, um mit türkischen KlientInnen besser arbeiten zu können? Diplomarbeit an der Akademie für Sozialarbeit, Bregenz 2001

Schöbi, Dominik/Brigitte Lehmann/Meinrad Perrez: Die Situation der Familie in Dornbirn. Departement für Psychologie der Universität Freiburg CH 2002 (=Familienkonzept der Stadt Dornbirn 2003)

Schulwesen in Österreich 2001/02. Hg. von Statistik Austria, Wien 2002.

Statistisches Jahrbuch 1999/2000. Hg. vom Österreichischen Statistischen Zentralamt, Wien 1999.

Statistisches Jahrbuch Österreichs 2003. Hg. von Statistik Austria, Wien 2002.

Statistik Austria: Geschlechtsspezifische Disparitäten. Hg. von der Frauensektion des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen und vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Wien 2002.

Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2002, Wien 2003.

Statistik Austria: Pflege, Haushaltsführung und Kinderbetreuung. Mikrozensus-Sonderprogramm September 2002. Hg. vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, Wien 2003.

United Nations: Declaration on the elimination of violence against women, New York 1993.

Volkszählung 1991. Hauptergebnisse I und II Vorarlberg. Hg. vom Österreichischen Statistischen Zentralamt, Wien 1996.

Volkszählung 2001. Hauptergebnisse I – Vorarlberg. Hg. von Statistik Austria, Wien 2002.

Volkszählung 2001. Hauptergebnisse I – Österreich. Hg. von Statistik Austria, Wien 2002.

Volkszählung 2001: Lebensunterhalt. Schnellbericht, hg. von Statistik Austria, Wien 2003.

Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik 3/1994, 3/1995, 5/1998 und 2/1999. und 5/2002.

Wiedenhofer, Beatrix: Senioren: Unterstützung durch Angehörige, Freunde, Soziale Dienste. Ergebnisse des Mikrozensus-Sonderprogramms Juni 1998. In: Statistische Nachrichten 9/1999, S 741 – 748.

Wiedenhofer-Galik, Beatrix: Leistung von Überstunden bzw. Schicht-, Turnus- und Wechseldienst. Mikrozensus Juni 2001, in: Statistische Nachrichten 9/2002, S 672 – 688.

Wohnungen 2002. Wohnungserhebung im Mikrozensus 2002. Hg. von Statistik Austria.. Wien 2003.

Zeidler, Sylvia: Sportliche Aktivitäten der Österreicher. Ergebnisse des Mikrozensus September 1998. In: Statistische Nachrichten 1/2000, S 10 – 20.

Zeidler, Sylvia: Lesen: Zeitaufwand und Lesestoffe. Ergebnisse des Mikrozensus September 1998. In: Statistische Nachrichten 3/2000, S 173 –182.

Zeidler, Sylvia: Freizeitaktivitäten. Ergebnisse des Mikrozensus September 1998. In: Statistische Nachrichten 7/2000, S 519 –530.

Websites:

www.vorarlberg.at; www.ak-vorarlberg.at; www.femail.at; www.mohi.at; www.ams.or.at; www.statistik.at;
www.sozialversicherung.at

DIE AUTORIN

Susanne Feigl, Dr. phil., Wien

Journalistisch und wissenschaftlich tätig, seit 1985 freiberuflich bzw. selbständig. Einer der inhaltlichen Schwerpunkte: Frauenfragen/Geschlechterbeziehungen. Einschlägige Publikationen (Auswahl):

Frauen in Österreich, 1985, 1990, 1995.

Frauenratgeberin, 5 Auflagen (1989 – 1997)

Bericht über die Situation der Frauen in Österreich – Frauenbericht 1995 (Gesamtkonzeption, Koordination und Redaktion)

Frauen in Wien, Situationsberichte 1993 und 1996.

Anträge an die Gleichbehandlungskommission. Verfahren, Entscheidungen, Gutachten. Lose-Blatt-Sammlung, 1997 ff.

Frauen in Vorarlberg, Situationsbericht 2000.

Politikerinnen in Wien. 1848 – 2000, 2000.

Was gehen mich seine Knöpfe an? Johanna Dohnal – Eine Biographie, 2002

Mitarbeit an der Studie „Frauen ab 50 in Oberösterreich“, 2003.

Kontakt: susanne.feigl@netway.at

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AHS	Allgemein bildende höhere Schule
AMS	Arbeitsmarktservice
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
BHS	Berufsbildende höhere Schule
BMS	Berufsbildende mittlere Schule
ECHP	European Community Household Panel
ERECO	European Economic Research and Advisory Consortium
EUR	Euro
EUROSTAT	Europäisches Statistisches Zentralamt
HTL	Höhere technische Lehranstalt
IfS	Institut für Sozialdienste
IFS	Interdisziplinäres Forschungsinstitut Sozialwissenschaften
IT	Informationstechnologien
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
WIFI	Wirtschaftsförderungsinstitut (der Wirtschaftskammer)
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WS	Wintersemester

MASSNAHMENKATALOG^{*)}

Armutsverhinderung

Auszug aus Maßnahmen, Projekten und Förderungen der Vorarlberger Landesregierung speziell für Frauen

Maßnahmen und Projekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer

F&M-Power

Die Vorarlberger Entwicklungspartnerschaft F&M-Power setzt gemeinsam Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Modul Constance stellt ein Programm dar, das Frauen und Männer schon vor der Karenzzeit motiviert und unterstützt, ihren beruflichen Wiedereinstieg zu planen und zu organisieren.

Modul M.I.P. Mentoring in Practice stellt Männern und Frauen, die in Karenz sind bzw. gehen möchten, sowie deren ArbeitgeberInnen Mentoring als Förderungs- und Unterstützungskonzept zur Verfügung.

Modul UND Familie und Erwerbstätigkeit. Das Projekt UND setzt Maßnahmen zur Sensibilisierung und gezielten Information zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit“.

www.fmpower.at

Karenz – die CHANCE!

Das Projekt soll nicht-berufstätigen Frauen Lust machen sich zu informieren, sich neu zu orientieren oder sich spezifisch weiterzubilden. Weiterbildungsangebote und Beratungsmöglichkeiten sollen verstärkt in Anspruch genommen werden. Der Zugang erfolgt vor Ort und ist möglichst niederschwellig.

Frauen- und familienfreundlicher Betrieb

Mit dem Wettbewerb „Frauen- und familienfreundlichste Betriebe Vorarlbergs“ möchte die Vorarlberger Landesregierung Betriebe und Institutionen prämiieren, die innovative Voraussetzungen schaffen, damit es Frauen und Männern mit Familie möglich ist, berufliche Chancen zu nützen, ohne dabei die Balance zwischen Familie und Arbeitswelt zu verlieren. Prämiert werden zum Beispiel familienorientierte Lösungsansätze wie flexible, lebensphasengerechte Arbeitszeitmodelle, Telearbeitsplätze, Jobsharing-Modelle, die gezielte Förderung des Wiedereinstiegs, Unterstützung bei der Organisation der Kinderbetreuung und die Weiterbildung während der Karenzzeit.

www.vorarlberg.at/familie

Auseinandersetzung mit Rollenbildern

Seminare für Frauen und Männer werden in Einrichtungen der Erwachsenenbildung angeboten, in deren Mittelpunkt eine Auseinandersetzung mit Selbstbildern, Selbstbewusstsein und eigener Biographie steht.

^{*)} Zusammengestellt vom Amt der Vorarlberger Landesregierung, der Arbeiterkammer Vorarlberg und dem ÖGB Vorarlberg.

Maßnahmen im Bereich der Erwerbstätigkeit von Frauen

Spurenwechselkurs

Der Kurs Spurenwechsel wendet sich an Frauen, die mit den in der Familienarbeit erworbenen Fähigkeiten etwas Neues anfangen wollen und den Wunsch mitbringen, neue Möglichkeiten für sich zu entdecken.

Maßnahmen in der Erziehung und in der Sozialisation von jungen Frauen

Da in der Sozialisation von Mädchen ein wesentlicher Grundstein für eine spätere Armutsgefährdung liegt, werden durch gezielte Maßnahmen wie durch das Projekt MUT! – Mädchen und Technik, Girlsday, Projekt Ready, Mädchenimpulswochen, Mädchen in ihrer Identitätsfindung bestärkt und erhalten Gelegenheit, sich mit ihrer persönlichen Entwicklung und ihrer Lebensplanung auseinander zu setzen. Geschlechtssensible Pädagogik findet Eingang in die Aus- und Weiterbildung von KindergärtnerInnen, ErzieherInnen und LehrerInnen.

Maßnahmen zur Information

Mit **Veranstaltungen** zum Thema „geringfügige Beschäftigung“, die gemeinsam mit der AK Vorarlberg und dem ÖGB Vorarlberg durchgeführt werden, wird auf die Wichtigkeit der Absicherung bei geringfügigen Beschäftigungen hingewiesen.

Die **Frauensprecherinnen des Frauennetzwerkes** Vorarlberg organisieren in den Regionen Informationsveranstaltungen zum Thema „Alles was Recht ist“. Diese Veranstaltungen finden bei Frauen in den Regionen großen Anklang. Innerhalb eines Jahres wurden mehr als vierhundert Frauen durch die Veranstaltungen und Beratungsangebote in Kooperation mit professionellen Einrichtungen persönlich angesprochen.

Das Fraueninformationszentrum **Femail** hat die Aufgabe, zum Thema Existenzsicherung Frauen gezielt zu informieren und bietet Informationsgespräche für Multiplikatorinnen an.

Im Auftrag des Frauenreferates erstellte das Fraueninformationszentrum eine Mappe **„Informationen von A-Z für Frauen“**. Diese Informationen sind auch im Internet abrufbar.

Vom Frauenreferat des Landes Vorarlberg wurde eine **Sondernummer „Pensionsvorsorge“** herausgegeben.

Alters- und Pflegeheime - Verpflegskosten

Überwiegend sind es Frauen (ca. 75 bis 80 %), die auf Grund von Biographie und Einkommenssituation Beiträge der Sozialhilfe zur Deckung dieses Bedarfs brauchen, soweit dieser nicht durch eigenes Einkommen, Pflegegeld, Vermögen oder Unterhaltsleistungen abgedeckt werden kann.

Arbeitsprojekte

Förderungen für Arbeitsprojekte von AFFRA, Caritas, DOWAS, Haus der jungen Arbeiter und Dornbirner Jugendwerkstätten aus der Sozialhilfe

Behinderung - Leistungen für Menschen mit mentaler bzw. mehrfacher Behinderung

für Frauen mit mentaler Behinderung:

Wohneinrichtungen von der intensiven, vollstationären Betreuung bis zum selbstständigen Wohnen mit begleitender Betreuung

Werkstätten bzw. Fachwerkstätten - auch mit der Möglichkeit einer schrittweisen Integration am offenen Arbeitsmarkt

Beratungsdienste (niederschwellig) - Kostenübernahme

Die Erwachsenen-, Ehe- und Familienberatung des IfS sowie des EFZ werden überwiegend von Frauen in Anspruch genommen.

Förderung der Telefonseelsorge – Anrufe erfolgen überwiegend von Frauen

Familienhelferinnen - Förderungen für den Einsatz

Die Rechtsträger, die den Fachdienst der Familienhilfe anbieten, werden im Rahmen der Sozialhilfe mit ca. 40 % des Aufwandes gefördert. Der restliche Aufwand soll durch Kostenbeiträge der betreuten Familien sowie der Wohnsitzgemeinden aufgebracht werden. Die Einsätze erfolgen bei Krankheit, Entbindung, Kuraufenthalt und anderen Notsituationen, die insbesondere Haushalt führende Frauen treffen.

Familienurlaub/Familienwochen

Vor allem kinderreiche Familien, Familien mit Kleinkindern und Alleinerziehende können zu günstigen Preisen einen unterhaltsamen Urlaub mit ihren Kindern verbringen. Familienwochen finden im Jugendheim Lech-Stubenbach und im Jugendgästehaus Bregenz statt. Auf Wunsch gibt es zur Entlastung der Eltern eine hauseigene Kinderbetreuung durch geschulte Kindermädchen.

Familienzuschuss

Der Familienzuschuss der Vorarlberger Landesregierung soll neben der Wertschätzung der Familie vor allem eine finanzielle Entlastung von Familien - und hier besonders für die Frauen - erreichen.

Die Daten über den Familienzuschuss 2002 zeigen deutlich, dass Familien bzw. Frauen (AlleinerzieherInnen) mit geringem Einkommen den Familienzuschuss des Landes am stärksten in Anspruch genommen haben.

Familypoint

Im Familypoint erhalten Eltern Informationen über das bestehende Angebot von Kinderbetreuungsplätzen in der Region und im Einzelfall Unterstützung bei der Suche einer geeigneten Lösung zur Kinderbetreuung. Informationen über sämtliche familien-

und kinderbezogenen Leistungen wie z.B. Familienzuschuss, Kinderbetreuungsgeld, Kinderbetreuungsbeihilfen etc.

Flüchtlinge/ schutzbedürftige Fremde /AsylwerberInnen - Grundversorgung

Für die nicht in Bundesbetreuung aufgenommenen oder aus dieser entlassenen AsylwerberInnen, andere schutzbedürftige Fremde und Flüchtlinge muss die Grundversorgung über die Sozialhilfe sichergestellt werden, in erheblichen Ausmaß für Frauen und Kinder.

Fraueneinrichtungen und Projekten

Das Land Vorarlberg als Träger von Privatrechten gewährt im Rahmen der Allgemeinen Förderungsrichtlinien und -bedingungen nach Maßgabe der im jeweiligen Landesvoranschlag zur Verfügung stehenden Mittel Beiträge insbesondere zu Projekten und Einrichtungen von und für Frauen.

Fraueneinrichtungen - Sonstige

Für Frauen werden zum Teil eigene Einrichtungen angeboten, insbesondere zwei Wohngemeinschaften des Haus der jungen Arbeiter, fünf Krisenwohnungen des IfS, die FrauennotWohnung des IfS und die Außenwohnung Bludenz der FrauennotWohnung.

Hauskrankenpflege

Die örtlichen und regionalen Krankenpflegevereine erhalten zur teilweisen Deckung der Kosten für den Fachdienst der Hauskrankenpflege Landesbeiträge und werden im Rahmen der Sozialhilfe gefördert. Die Hauskrankenpflege wird überwiegend von Frauen und Familien in Anspruch genommen.

Jungunternehmerinnen

Zinszuschuss auf 3 Jahre in Höhe von insgesamt 12 % für Kredite bis maximal € 40.000,-. In EU-Zielgebieten wird der Zuschuss als Einmalzuschuss ausbezahlt.

Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen

Erhält jährlich einen Beitrag. Diese Einrichtung hilft Familien und Einzelpersonen – speziell Frauen in Notlagen.

Kinder- und Schülerbetreuung - Förderung der Errichtung und Betreibung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Spielgruppen speziell für Wiedereinsteigerinnen
Kleinkinder- und Schülerbetreuungseinrichtungen
Schülerbetreuung an Schulen
Tagesmütter [Verein Tagesbetreuung](#)
Kindergärten
Kinderhäuser

Kinderdorf Vorarlberger – Auffanggruppe

Primäre Aufgabe der Auffanggruppe ist es, bei Notfällen bzw. Gefahr in Verzug umgehend die betroffenen Minderjährigen, gegebenenfalls auch deren Erziehungsberechtigte aufzunehmen.

KindergartenbesucherInnen - Förderung der Fahrtkosten

Das Land gewährt als Träger von Privatrechten Gemeinden mit höchstens 5.000 Einwohnern und mit unterdurchschnittlicher Finanzkraft zur teilweisen Deckung der Fahrtkosten für Kindergartenbesucher Beiträge.

Pflegeelder des Landes

Diese werden überwiegend (über 60 %) für Frauen als Beitrag zur Deckung des pflegebedingten Mehraufwandes geleistet.

Postfach für Jeden und das Kleiderstüble Nüzider

Zur Deckung der Betriebs- und Organisationskosten erhalten diese Einrichtungen Förderungen aus der Sozialhilfe. Die unentgeltliche Abgabe von Bekleidung und Sachgütern wird vor allem von Familien in Anspruch genommen.

Qualifizierung, Ausbildung

Spezielle Beratung und Unterstützung für die berufliche Ausbildung oder Qualifizierung (Lehrlingsbeihilfe, Qualifizierungsprogramme etc.)

Gewährung von Zuschüssen für Umschulungen, Berufsorientierung, Berufstraining. Speziell für Frauen wichtig

Rehabilitation - Beruflich

Leistungen der beruflichen Rehabilitation werden für Frauen mit Behinderung (körperliche, psychische und mentale Behinderung sowie Sinnesbehinderung) gewährt.

Rehabilitation - Neurologisch

für Frauen nach Schlaganfall mit dem Ziel einer möglichst weit gehenden Wiederherstellung der Bewegungsmöglichkeit und Lebensqualität

SchülerInnen

Bedürftige SchülerInnen, die eine allgemein oder berufsbildende mittlere oder höhere Schule in Vorarlberg besuchen, können das Ansuchen um eine Schul- und/oder Heimbeihilfe beim Landesschulrat für Vorarlberg, 6900 Bregenz, Bahnhofstraße 12, einbringen (www.lsr-vbg.gv.at)..

Für bestimmte Schulen wie die Schihauptschule Schruns oder die Polytechnischen Schulen kann bei internatsmäßiger Unterbringung und entsprechender Bedürftigkeit ein Antrag beim Amt der Vorarlberger Landesregierung (Schulabteilung) eingereicht werden. Eine Förderung ist auch beim Besuch von Schulen im benachbarten Ausland (Grenzraum) möglich, sofern in Vorarlberg oder Tirol eine Schule mit gleichartigem Ausbildungsziel nicht vorhanden ist.

Schulveranstaltungen für PflichtschülerInnen

Über die Direktionen der Pflichtschulen werden Anträge für Schulveranstaltungsunterstützungen an die Eltern bedürftiger Kinder hinausgegeben. Die vollständig ausgefüllten Anträge sind dem Klassenvorstand zurück zu geben und werden über die Direktion der Schule dem Land zur weiteren Bearbeitung übersendet. Die Unterstützungen sind je nach Bedürftigkeit gestaffelt und betragen zwischen € 35,00 und € 73,00.

Sozialhilfe

Im Rahmen der Sozialhilfe werden hilfsbedürftigen Menschen bzw. Menschen in besonderen Lebenssituationen, die ihren notwendigen Bedarf nicht aus eigenen Mitteln oder eigener Kraft decken können, Hilfen gewährt.

Sozialpsychiatrische Hilfen

für Frauen mit chronifizierten psychischen Erkrankungen:
Leistungen der ambulanten Sozialpsychiatrie (Betreuung, Begleitung etc.) einschließlich Psychotherapie

sozialpsychiatrische Wohneinrichtungen (Wohngemeinschaften)

Suchtkrankenhilfe

für betroffene Frauen bzw. für Frauen mit betroffenen Angehörigen
Sozialmedizinischer Dienst für Menschen mit Suchtverhalten (legale Süchte) bzw. deren Angehörigen
Niederschwellige und höherschwellige ambulante Einrichtungen der Drogenhilfe mit Hilfen zur Schadensminimierung, zur Unterstützung im Substitutionsprogramm, zur Sicherung des Lebensunterhaltes und der Gesundheit

Unterstützungen, Beratungen und Hilfen

Im Rahmen der Jugendwohlfahrt stehen den Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten die [Schwangerschafts- und Säuglingsdienste](#), die [Familiendienste](#), [Jugenddienste](#) und [Pflegschaftsdienste](#) zur Verfügung, die weitgehend durch Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt betrieben werden.

Wohnbauförderung

Den Bau oder Kauf von Eigenheimen, Reihenhäusern und Eigentumswohnungen unterstützt das Land Vorarlberg mit einem langfristigen Darlehen, dem so genannten Landgeld. Dieselbe Förderung wird für Wohnungserweiterungen und Zubauten gewährt. Die Förderung ist von der Einkommenssituation abhängig.

Wohnbeihilfe

Die Wohnbeihilfe wurde ins Leben gerufen, um Missverhältnisse zwischen Einkommens- und Wohnungsaufwandsbelastungen zu entschärfen. Hierbei wird grundsätzlich von einem Beschäftigungsverhältnis ausgegangen. Die Höhe der Beihilfe richtet sich nach dem Einkommen.

Wohneinrichtungen für suchtkranke Menschen

Kosten für Therapien, soweit diese Kosten nicht durch Sozialversicherungsträger übernommen werden können.

Wohnungslosenhilfe - Verpflegs- und Betreuungskosten in Einrichtungen

In Wohngemeinschaften und Wohnheimen der Caritas, des DOWAS, des Haus der jungen Arbeiter, der Kolpinghäuser Bregenz und Götzis, des IfS usw. werden betreute Unterkunft, Tagesbetreuung und ambulante Betreuung, überwiegend für allein stehende Menschen mit sozialen Problemen angeboten und von der Sozialhilfe weitgehend finanziert. Dabei handelt es sich zu ca. 20 % um Frauen.

Leistungen der AK Vorarlberg

Kostenlose Rechtsberatung und Vertretung in den Bereichen Arbeitsrecht, Sozialrecht, Steuerrecht, Konsumentenschutz, Lehrlings- und Jugendschutz
Spezielle Beratungen im Konsumentenschutzbereich: Bauberatung, Kfz-Beratung.

Ständige Information über wichtige Themen: Z. B. in der AK-Zeitung AKTION, in den Medien (AK-Konsumententipp in der Neuen Vorarlberger Tageszeitung, VN-Leben in den Vorarlberger Nachrichten, Konsumententipp in Radio Vorarlberg), auf der AK-Homepage.

Attraktives Kursprogramm mit den landesweit günstigsten Preisen in den Bereichen EDV/Informationstechnologie, Sprachen, Kommunikation, Berufsreifeprüfung und Freizeit.

Kinderbetreuung für AK-KursteilnehmerInnen: In Kooperation mit dem Eltern-Kind-Zentrum bietet das Bildungs-Center der AK am Standort Feldkirch eine kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung für AK-KursteilnehmerInnen an.

Der AK-Bildungsscheck: Für alle mit dem 100-Euro-Sybombol gekennzeichneten Kurse gibt es von der AK pro Jahr € 200,- zurück.

Der AK-5 Prozent-Bildungsbonus: Alle AK-Mitglieder erhalten auf jeden Kursbesuch im Bildungs-Center der AK fünf Prozent Ermäßigung (maximal € 37,-).

Arbeitnehmerförderung gemeinsam mit dem Land Vorarlberg

Qualifikationsförderung

Zuschüsse an ArbeitnehmerInnen, die aufgrund der beruflichen Weiterbildung gezwungen sind, ihren Arbeitsplatz aufzugeben oder ihre berufliche Tätigkeit einzuschränken

Qualifikationsförderung für Lehrlinge und FacharbeiterInnen

Zuschüsse an ArbeitnehmerInnen mit abgeschlossener Lehre und an Lehrlinge, die eine berufsbegleitende Ausbildung absolvieren (insbesondere Vorbereitungslehrgänge auf die Berufsreifeprüfung, Universitätslehrgänge, WIFI-Fachakademien, Werkmeisterschule des WIFI, Vorbereitungskurse auf die Lehrabschlussprüfung und auf die Meister- oder Befähigungsprüfung)

Wohnkostenzuschuss für Lehrlinge

Zuschüsse an Lehrlinge, die aus Gründen der Entfernung, der Art des Dienstverhältnisses oder Verkehrsverhältnisse auf ein Privatquartier oder einen Heimplatz angewiesen sind, der zusätzliche Kosten verursacht.

Wiedereingliederungsförderung

Zuschüsse für die Weiterbildung von Personen, die nach den Jahren der Kindererziehung und Haushaltsführung wieder ins Berufsleben eintreten wollen, deren Qualifikation sich jedoch aufgrund der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung verändert hat.

Fahrtkostenzuschuss

Zuschüsse an ArbeitnehmerInnen, die aufgrund der Entfernung des Arbeitsplatzes vom Wohnort von besonderen wirtschaftlichen und sozialen Härten betroffen sind.

Leistungen des ÖGB (alphabetisch)

„Flexpower“ – Infos und Unterstützung für atypisch Beschäftigte: Rechtsberatung und Rechtsschutz für freie DienstnehmerInnen, neue Selbstständige und geringfügig Beschäftigte; Solidaritäts- und Berufshaftpflichtversicherung, Krankengeld und Unfallversicherung

„Hol dir dein Geld zurück“ – Projekt zur Negativsteuer – Steuertipps für Lehrlinge, Teilzeitarbeitende und geringfügig Beschäftigte

„Mit gutem Beispiel voran“ - Projekt zur Gleichstellungspolitik in Kollektivverträgen

Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Betriebsrätinnen, Personalvertreterinnen und weibliche Gewerkschaftsmitglieder in Arbeitsrecht, Sozialrecht, Kommunikation, EDV/Informationstechnologien, Steuerrecht

- während der Karenz

Beratung

- für Lehrlinge
- in Ausbildungsfragen
- in Karenzfragen
- zu Pensionsansprüchen
- zum Wiedereinstieg
- zur Karriereplanung
- zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Betriebliche Mitgestaltung und Mitbestimmung

Betriebsrätinnen /Personalvertreterinnen schulen und unterstützen

Erhöhung des Frauenanteils in der Betriebsratskörperschaft/PV und Förderung der Kolleginnen

Frauenförderung im Betrieb

Frauenvernetzung Vorarlberg (gemeinsam mit Frauenreferat der Landesregierung und AK): Informationsveranstaltungen, Projekte (F&M-Power) und Publikationen

Frauenspezifische Weiterbildungsmaßnahmen (Mutterschutz, Karenz, Kinderbetreuungsgeld)

Gender Mainstreaming in Kollektivverträgen

Gewerkschaftsschule – kostenlose zweijährige Qualifikationsmaßnahme für InteressenvertreterInnen

Informationsmaterialien zu Gesetzesänderungen für Betriebsrätinnen (BR) und Personalvertreterinnen (PV) und Schulung der Multiplikatorinnen

Kindergeldrechner unter www.kindergeldrechner.at: ein Service der ÖGB-Frauen. WiedereinsteigerInnen können ihre Zuverdienstgrenze berechnen sowie rechtliche Informationen zum Kinderbetreuungsgeld abrufen.

Kollektivverträge (mehr als 450 pro Jahr) –Schulung von Frauen in KV-Teams und Nominieren von Frauen in KV-Gremien

Landesfrauenvorstand des ÖGB Vorarlberg: legt die frauenpolitischen Schwerpunkte und Kampagnen fest.

Leitfaden zur Aufdeckung versteckter Diskriminierungen

Mobbingberatung

Öffentlichkeitsarbeit zu aktuellen frauenpolitischen Themen

Persönlichkeitsbildende Seminare für BR, PV und weibliche Mitglieder

Publikation

- „Kind und Beruf“
- „Mittendrin und trotzdem draußen“ – eine Information für geringfügig Beschäftigte
- Kinderbetreuungsgeld

Rechtsberatung in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen

Sozialpartnerschaftliche Verhandlungen und Vereinbarungen

Aufgaben der ÖGB-Frauenabteilung:

Vertretung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der weiblichen Arbeitnehmerinnen

- Sicherung des Rechts auf Arbeit, Berufsausbildung, gleiche Aufstiegsmöglichkeiten sowie gleiche Bezahlung bei gleichwertiger Arbeit für Männer und Frauen
- Mitarbeit bei der Ausarbeitung und Begutachtung von Gesetzen; Weiterentwicklung von Gesetzen zum Schutz erwerbstätiger Frauen
- Förderung der Einrichtungen zur Kinderbetreuung und Entwicklung von Strategien zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Seminare und Weiterbildungsmaßnahmen für Funktionärinnen, Betriebsrätinnen und Personalvertreterinnen sowie weiblicher Mitglieder
- Vorsorge für eine der Zahl der weiblichen Mitglieder entsprechenden Vertretung in allen Organen der Gewerkschaftsbewegung sowie allen Vertretungen der ArbeitnehmerInnen

Service:

Beratung und Betreuung in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen

Rechtsschutz durch gerichtliche Vertretung

Information über Sozialleistungen für Frauen und Familien

Spezielle Bildungsangebote und Informationsveranstaltungen für Betriebsrätinnen,

Funktionärinnen und Mitglieder

Weitere Infos unter:

www.oegb.at